



Bundesamt  
für Bevölkerungsschutz  
und Katastrophenhilfe

# Bevölkerungsschutz

2 | 2014

## Internationale Zusammenarbeit



BBK. Gemeinsam handeln. Sicher leben.



Bundesamt  
für Bevölkerungsschutz  
und Katastrophenhilfe

Liebe Leserinnen und Leser,

wir alle wissen, dass deutsches Know-how auf verschiedenen Gebieten ein sehr erfolgreicher Exportschlager sein kann. Doch gilt dies auch für einen „Bevölkerungsschutz – Made in Germany“, über den man hierzulande ob seiner föderalen Vielfaltigkeit auch gerne einmal milde lächelt?

In der Tat interessieren sich mehr und mehr Staaten auf den verschiedensten Kontinenten für Kernelemente des deutschen Bevölkerungsschutzsystems und begrüßen einen



Dr. Wolfram Geier ist  
Leiter der Abteilung II  
„Notfallvorsorge,  
Kritische Infrastrukturen“  
im Bundesamt für  
Bevölkerungsschutz und  
Katastrophenhilfe.

Know-how-Transfer in ihre Länder. Und für die Deutsche Bundesregierung stellt der Bevölkerungsschutz mittlerweile ein wichtiges Hilfs-, Unterstützungs- und Stabilisierungselement in Krisenregionen dar. Dies sowohl im Rahmen der Katastrophen- und Wiederaufbauhilfe, z. B. mit Spezialeinheiten der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk (THW), als auch im Rahmen des sogenannten „Capacity Building“, d. h. beim Aufbau von Kompetenzen und Strukturen eines Bevölkerungsschutzes mit umfassenden Beratungs-, Ausbildungs- und Technikleistungen durch das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK). Im Auftrag des Bundesministeriums des Innern (BMI), aber auch des Auswärtigen Amtes (AA), verstärkt das BBK seine internationalen Aktivitäten zusammen mit einer stattlichen Anzahl von Partnern. Die Ursachen für diesen Entwicklungsschub liegen unter anderem in der veränderten Wahrnehmung und dem Zuwachs globaler Risiken, wie dem

Klimawandel, dem internationalen Terrorismus, von Naturkatastrophen und deren sozioökonomischen und politischen Auswirkungen sowie in der wachsenden Anzahl von politischen, teils mit Waffengewalt ausgetragenen Krisen.

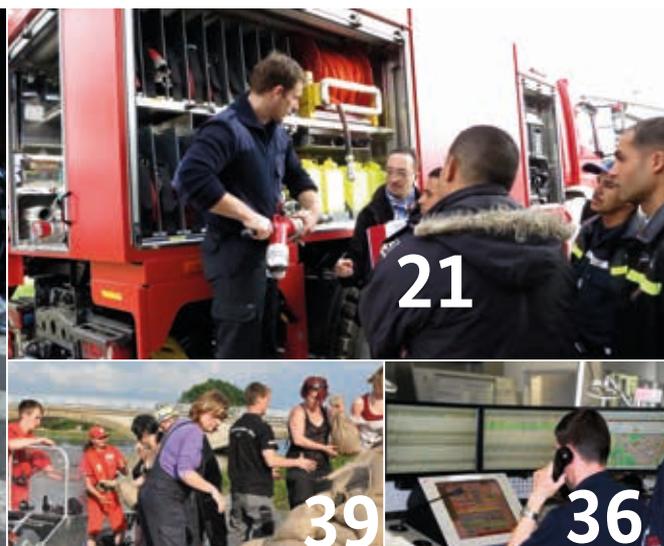
Der erfolgreiche Know-how-Transfer effektiver Bevölkerungsschutzelemente oder ganzer Systemteile wirkt einerseits zwischen den Staaten vertrauensbildend und andererseits auf die jeweilige Zivilgesellschaft sicherheitsstiftend. Derzeit werden aus den unterschiedlichsten Anlässen Projekte in China, Tunesien, Jordanien, Brasilien, u. a. mit Partnern wie der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), der Servicegesellschaft Engagement Global (EG), dem THW, den Bundesländern, international erfahrenen kommunalen Berufsfeuerwehren oder anderen Hilfeleistungsorganisationen durchgeführt. Diese Partnerschaften sind Garant dafür, dass neben konzeptionell-theoretischem Wissen die Praxis intensiv eingebunden ist. Das BBK hat für seine internationale Kooperationsfähigkeit einen modularen Angebotskoffer für Beratung, Ausbildung und Aufbauleistung rund um das Risiko- und Krisenmanagement entwickelt, um passgenaue und leistbare Angebote abgeben zu können. Doch auch die supranationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Bevölkerungsschutzes nimmt weiter zu und bedingt impulsgebende Aktivitäten wie beispielsweise im Rahmen des neuen EU-Katastrophenschutzverfahrens oder dem „Hyogo Framework for Action“ der Vereinten Nationen, um nur zwei Beispiele zu nennen.

In dieser Ausgabe des „Bevölkerungsschutz Magazins“ werden Ihnen einige Projekte und Aktivitäten aus dem beachtlichen internationalen Engagement Deutschlands vorgestellt. Diese Leistungen sind immer eine gemeinsame Leistung mehrerer Akteure unseres pluralistischen, integrierten Hilfeleistungssystems. Und dies ist auch die eigentliche Stärke des deutschen Bevölkerungsschutz-Systems, das zu einem guten und begehrten Exportartikel „Made in Germany“ in einer Welt geworden ist, die erkennt, dass Katastrophen keine (Staats-)Grenzen kennen.

Viel Spaß beim Lesen!

Ihr

Dr. Wolfram Geier



## 10 JAHRE BBK

Eine erste Zwischenbilanz 10 Jahre BBK	2
---	---

## INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT

Bevölkerungsschutz bleibt zuerst nationale Aufgabe EU beschließt neues Katastrophenschutzverfahren	4
Bienvenu à Lyon Übung der ATF Deutschland in Frankreich	6
Flächendeckender Stromausfall in Slowenien Eine Herausforderung auch für den Hessischen Katastrophenschutz	8
Forschung trifft Praxis Aktivitäten der Universität der Vereinten Nationen (Bonn) im internationalen Kontext	11
Planbesprechung Flutkatastrophe in Westafrika in Nouakchott Die Rolle der NATO im internationalen Bevölkerungsschutz	14
Deutsch-israelische Zusammenarbeit im Bevölkerungsschutz	16
Der Umgang mit Krisen Der Landkreis Karlsruhe und die israelische Region Sha'ar Hanegev kooperieren im Bevölkerungsschutz	18
Internationale Feuerwehrarbeit und Bevölkerungsschutz	20
Hyogo Framework for Action in Österreich: Ende und Anfang	22
Kompetenzen des BBK in der internationalen Zusammenarbeit Beratung – Entwicklung – Ausbildung – Vernetzung	24
Wertvoller Erfahrungsschatz Internationale Auslandseinsätze von BBK-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeitern	26

## PSNV

10 Jahre Forschung in der Psychosozialen Notfallversorgung (PSNV)	29
--	----

## KRISENMANAGEMENT

Sicher durch Notsituationen und Gefahrenlagen! Evaluiertes Training für Stabsmitglieder und Leitstellendisponenten der Feuerwehr	34
Wir packen an! Team Bayern organisiert Laienhelfer im Katastrophenfall	38

## FORUM

Arbeiter-Samariter-Bund	41
Bundesanstalt Technisches Hilfswerk	43
Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft	45
Deutscher Feuerwehrverband	47
Deutsches Rotes Kreuz	48
Johanniter-Unfall-Hilfe	50
Maltenser Hilfsdienst	52
Verband der Arbeitsgemeinschaften der Helfer in den Regieeinheiten/-einrichtungen des Katastrophenschutzes in der Bundesrepublik Deutschland e.V.	53

## RUBRIKEN

Nachrichten	56
Impressum	56

## SERIE

Kulturgutschutz in Deutschland	57
--------------------------------	----

# Eine erste Zwischenbilanz

## 10 Jahre BBK

Christoph Unger

„Die gemeinsame Strategie zum Schutz der Bevölkerung trägt Früchte“, „die länderübergreifenden Übungen (LÜK-EX) haben ihren Wert nachgewiesen“, „die Ausbildung von Verwaltungsstäben an der AKNZ hat sich als wichtiger Baustein für eine professionelle Arbeit erwiesen“ und „in der Krise hat sich das GMLZ bewährt“, so bewertet die Kommission der Sächsischen Staatsregierung zur Untersuchung der Flutkatastrophe 2013 die Arbeit des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) 10 Jahre nach dessen Errichtung. Ein schöneres Geburtstagsgeschenk als dieses fachkundige Urteil hätten wir uns nicht wünschen können!



Neben der Entwicklung und Beschaffung von rund 2.000 Fahrzeugen für das Sanitätswesen, den Brand- und CBRN-Schutz oder die Betreuung wurden auch die Flotte der Zivilschutzhubschrauber konsequent modernisiert und 16 neue Maschinen in Dienst gestellt.  
(Foto: BBK)

Wir erinnern uns: Die Terroranschläge des Jahres 2001 und die Hochwasserkatastrophe von 2002 führten zu einer Neuausrichtung des deutschen Systems zur Bewältigung von Großschadensereignissen. Ein wesentliches Kennzeichen dieser von Bund und Ländern Ende 2002 gemeinsam beschlossenen sogenannten „Neuen Strategie zum Schutz der Bevölkerung in Deutschland“ war eine vermehrte Verantwortungsübernahme des Bundes für bestimmte Schadensereignisse von nationaler Bedeutung, deren Bewältigung verfassungsrechtlich Aufgabe der Länder ist. Mit der Errichtung des BBK hat der Bund im Jahr 2004 das Werkzeug zur Wahrnehmung dieser gewachsenen Aufgabe geschaffen, insbesondere durch zentrale Koordinations- und Informationsfunktionen.

Insofern blicken wir in diesem Jahr auf eine zehnjährige Tätigkeit mit neuen Aufgabenstellungen zurück, sind uns aber unserer originären Aufträge durchaus bewusst. Die ak-

tuellen Entwicklungen in Osteuropa zeigen, dass auch der Zivilschutz weiterhin seine Bedeutung hat.

10 Jahre BBK: Was bedeutet dieser Jahrestag eigentlich? Sicherlich können wir eine eindrucksvolle statistische Bilanz ziehen: Wir haben rund 2.000 Fahrzeuge für das Sanitätswesen, den Brand- und CBRN-Schutz oder die Betreuung entwickelt, beschafft und über die Länder an Hilfsorganisationen und Feuerwehren ausgeliefert, dazu 16 neue Zivilschutzhubschrauber. Rund 90.000 Seminarteilnehmer sind an der AKNZ aus- und fortgebildet worden. Allein im letzten Jahr kamen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus rund 40 verschiedenen Staaten. Von der rund 1 Milliarde Euro an Haushaltsmitteln in diesen 10 Jahren sind rund 60%, also fast 600 Mio. Euro, mittel- oder unmittelbar dem Ehrenamt zu Gute gekommen: über die Ausstattung, die Ausbildung oder sonstige Maßnahmen bis hin zum Ehrenamtspreis „Die Helfende Hand“. Über das Gemeinsame Melde- und Lagezentrum (GMLZ) ist eine Vielzahl von Unterstützungersuchen aus Deutschland aber zunehmend auch aus aller Welt abgewickelt worden. Die Koordinierungsstelle Nachsorge, Opfer- und Angehörigenhilfe (NOAH) hat in der gleichen Zeit rund 220 Einsätze zu bewältigen gehabt.

Aber natürlich hat es seit 2004 nicht nur positive Ergebnisse gegeben: So konnten wir nicht verhindern, dass trotz wachsender Aufgaben die Anzahl der uns haushaltsmäßig zur Verfügung gestellten Stellen deutlich reduziert wurde.

Das BBK hat sich in den vergangenen 10 Jahren – nach durchaus schwierigen Anfangsjahren – faktisch als Zentralstelle im nationalen Bevölkerungsschutzsystem etabliert und sich darüber hinaus auch zu einem Knoten im internationalen Netzwerk entwickelt. Diese Erfolge beruhen auf der engagierten Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich den mit einem modernen Bevölkerungsschutz verbundenen neuen Aufgaben „mit Leib und Seele“ verschrieben haben. Hinzugekommen ist, dass Themen wie „Bevölkerungsschutz“ oder „Krisenmanagement“ objektiv aber auch in der öffentlichen Wahrnehmung wieder an Stellenwert gewonnen haben: Deutlich wird das etwa an der gewachsenen Nachfrage an Fachleuten in diesem Bereich, die ihrerseits zu einer Zunahme an Studienangeboten in Deutschland geführt hat. Mittlerweile bieten rund 20 (Fach-) Hochschulen und Universitäten entsprechende Studiengänge an. Forschungsmittel in beträchtlichem Umfang stehen mittlerweile seitens der EU und national zur Verfügung.



In 10 Jahren sind fast 600 Mio. Euro mittel- oder unmittelbar dem Ehrenamt zu Gute gekommen: über die Ausstattung, die Ausbildung oder sonstige Maßnahmen bis hin zum Ehrenamtspreis „Die Helfende Hand“ (im Bild die Verleihung am 5. Dezember 2010).  
(Foto: BMI/Hans-Joachim M. Rickel)

In den letzten Jahren, die vorliegende Ausgabe unseres Bevölkerungsschutzmagazins belegt das eindrucksvoll, ist das internationale Engagement Deutschlands im Bevölkerungsschutz gewachsen. Bei aller Kritik am nationalen System, die im Einzelfall ihre Berechtigung haben mag, ist unser System im internationalen Vergleich leistungsfähig und für viele andere modellhaft. „Bevölkerungsschutz made in Germany“ ist ein Exportschlager und im Übrigen in einem sicherheitspolitischen Kontext ein Kooperationsfeld mit internationalen Partnern, das deutlich weniger sensibel ist als die polizeiliche oder militärische Zusammenarbeit.

Diese Leistungsfähigkeit gilt es zu erhalten: Das erfordert ein stetes, nachhaltiges Arbeiten. Nur bei einem gleichbleibenden Einsatz wie in den letzten zehn Jahren werden wir das erreichte Niveau behaupten können. Gleichzeitig müssen wir uns Herausforderungen stellen, die wir vor zehn Jahren noch nicht oder nicht in ihren ganzen Dimensionen im Blick hatten: Cyber-Angriffe auf Kritische Infrastrukturen (KRITIS) oder die Folgen des Klimawandels. Vor zehn Jahren wurden wir belächelt, als wir in der ersten LÜKEX das Szenario „Stromausfall“ beübten: Nach den Stromausfällen im Münsterland 2005, im Emsland 2006 und in vielen Regionen beim Sturm Kyrill 2007, spätestens aber nach dem Bericht des Technikfolgenausschusses des Deutschen Bundestages ist die besondere Gefahr eines „Blackouts“ jedermann bewusst. Bei Themen wie Schutz von KRITIS, Folgen des Klimawandels oder Stromausfall haben die Fachleute des BBK erkennen lassen, dass sie in der Lage sind, zukünftige, für den Bevölkerungsschutz relevante Entwicklungen, zu erkennen, frühzeitig aufzugreifen und Maßnahmen und/oder Strategien zu deren Bewältigung zu entwickeln.

Wir werden unseren ersten runden Geburtstag nicht zum Anlass nehmen, uns jetzt zurückzulehnen. Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages hat das BMI

dazu aufgefordert, gemeinsam mit den Ländern die planerischen und verfassungsrechtlichen Grundlagen für einen wirksamen gesamtstaatlichen Bevölkerungsschutz zu schaffen. Dies dürfte ein besonderer „Kraftakt“ werden. In fachlicher Hinsicht kommt als besondere Herausforderung die Stabilisierung der ehrenamtlichen Grundlage unseres Bevölkerungsschutzsystems vor dem Hintergrund des demografischen Wandels auf uns zu. Wir müssen uns insgesamt mit der Frage befassen, wie unser Bevölkerungsschutzsystem in der Zukunft aussehen wird: Weg von der Reaktion hin zur proaktiven Gestaltung! Konkret steht die Realisierung und Einführung unseres neuen, von Bund, Ländern und Kommunen gemeinsam getragenen Modulare Warnsystems „MoWaS“ an. Die Notwendigkeit eines schnellen Warn- und Informationssystems, das auch bei „friedensmäßigen“ Ereignissen nutzbar ist, ist gerade in den letzten Wochen durch zahlreiche Schadensfälle bestätigt worden. Wir dürfen dann aber auch nicht bei der technischen Seite der Problemlösung stehen bleiben, sondern müssen auch die Adressaten dieser Warnungen im Blick haben: Verstehen die Menschen die Signale oder wie kann das Verhalten über welche Medien am besten gelenkt werden?

Es wird sicherlich auch nach dem 10. Geburtstag des BBK noch viel zu tun geben, insofern kann und soll das hier auch nur eine erste Zwischenbilanz sein. Auf die Ergebnisse können wir zu Recht stolz sein.

Das BBK hat anlässlich seines Jubiläums eine Seite im Internet eingerichtet: [www.10-Jahre-BBK.de](http://www.10-Jahre-BBK.de). Unsere Chronik dort gibt Einsicht in die Meilensteine seit Gründung des Amtes. Darüber hinaus würden wir uns über einen Gruß von Ihnen freuen!

Christoph Unger ist Präsident des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe.

# Bevölkerungsschutz bleibt zuerst nationale Aufgabe

## EU beschließt neues Katastrophenschutzverfahren

Philipp Gröhn

Die gemeinschaftliche Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten im Bereich des Katastrophenschutzes begann Ende der 80er Jahre angesichts zunehmender Umweltkatastrophen; 2001 unterschrieben die Innenminister das erste „Gemeinschaftsverfahren zur Förderung einer verstärkten Zusammenarbeit bei Katastrophenschutzmaßnahmen“, das 2007 aktualisiert wurde und in der Generaldirektion Umwelt ange-



Abstimmung im Europaparlament.  
(Foto: Rudolf Ortner / pixelio.de)

siedelt war. Heute gibt es eine eigene Generaldirektion für Humanitäre Hilfe und Katastrophenschutz (DG ECHO).

Seit dem 1. Januar 2014 ist nun eine neue Rechtsgrundlage in Kraft, der Beschluss 1313/2013/EU des Europäischen Parlamentes und des Rates über ein Katastrophenschutzverfahren der Union.

Die Ausarbeitung und Abstimmung des nun verabschiedeten Katastrophenschutzverfahrens der Union war ein komplexer Prozess. Je nach Position der einzelnen Mitgliedsstaaten könnte man das Bild eines Tennisspiels bemühen, bei dem die Kommission dauerhaft Aufschlag hatte: Basierend auf dem Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV), der unter § 196 von Förderung der Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten und einer unterstützenden Rolle der Union spricht, verhandelte die Kommission in die Richtung, eigene Katastrophenschutzfähigkeiten in Form von Einsatzkräften und -mitteln aufzustellen.

Deutschland positionierte sich mit weiteren „gleichgesinnten“ Mitgliedsstaaten (MS) anders und bemühte sich im Verbund aller Akteure auf Bundes- und Landesebene mit koordinierten Kräften – um im Bild zu bleiben – den Ball wieder in die Hälfte der Kommission zurückzuspielen und gemäß des Subsidiaritätsprinzips die Verantwortung für Prävention und Einsatz bei den MS zu belassen. Letztendlich ist ein Kompromiss entstanden, mit dem der Bevölkerungsschutz eine nationale Aufgabe bleibt, auch wenn die Union jetzt weitaus mehr Möglichkeiten hat, den teilnehmenden Staaten unterstützend, insbesondere mit finanziellen Mitteln, unter die Arme zu greifen.

Eine Neuerung ist, dass die europäische Union im neuen Katastrophenschutzverfahren nun auch rechtlich verantwortet die Möglichkeit erhalten hat, im Bereich der Prävention tätig zu werden. Damit soll nun über die bisherige Einsatzvorbereitung durch Ausbildungen im eigenen System sowie Übungen im Feld wie im Stabsrahmen und der klassischen Schadensbewältigung im realen Einsatz hinaus versucht werden, Vorbeugung zu betreiben, um langfristig mehr Sicherheit und niedrigere Kosten garantieren zu können.

In diesem Rahmen wurde nun auch die Pflicht der Mitgliedsstaaten aufgenommen und formalisiert, der Kommission gegenüber bis Ende 2015 – und danach alle drei Jahre – Bewertungen ihrer Risiken und Risikomanagementfähigkeiten zu übermitteln.

Ein weiteres neu eingeführtes Instrument der Prävention sind die sogenannten *Peer Reviews*. Als Pilotversuch 2012 vom Vereinigten Königreich durchgeführt, ermöglicht es den MS via EU-Finanzierung das jeweilige nationale Katastrophenschutzsystem freiwillig von Experten aus anderen am Verfahren teilnehmenden Staaten durchleuchten zu lassen und somit eine fachliche und objektiv-kritische Diagnose der eigenen Fähigkeiten zu erhalten. Ebenso formalisiert wurde die Möglichkeit, themenbezogene, beratende Expertenmissionen auch in Drittstaaten und auf Anfrage der UN durchzuführen, wie schon 2013 in Nigeria vor der Flutsaison.

Die weiteren großen Veränderungen haben im Bereich der Vorsorge stattgefunden: Aus dem ehemaligen *Monitoring and Information Centre* (MIC) ist das *Emergency Response Coordination Centre* (ERCC) geworden, welches nun durch Inklusion des Krisenzentrums für humanitäre Krisen und einer allgemeinen Aufwertung als verbesserte ver-

zahrte Informations-, Beratungs- und Koordinierungsplattform dienen soll.

Das wahrscheinlich größte Problem ist die Ausgestaltung des freiwilligen Pools, der wie in anderen Bereichen auch durch Durchführungsrechtsakte geregelt wird, die die MS noch gemeinsam erarbeiten müssen. Ziel des freiwilligen Pools ist es, eine schnellere Einsatzbereitschaft als mit dem bestehenden Modulsystem sicherzustellen. Im alten Gemeinschaftsverfahren waren zwar auch die fachlichen Anforderungen an die Module genau definiert, allerdings mussten für jedes Hilfeleistungsgesuch über die nationalen Kontaktstellen, in Deutschland das Gemeinsame Melde- und Lagezentrum von Bund und Ländern (GMLZ), die verfügbaren Ressourcen erfragt werden. Für alle im Pool eingestellten Module soll nun eine generelle Einsatzbereitschaft bestehen, zu welcher die bereitstellenden MS im Einsatzfall nur noch der Entsendung zustimmen müssen.

Um die generelle Bereitstellung von Modulen in diesen Pool anzuregen, werden seitens der EU gesonderte finanzielle Mittel, z. B. für Anpassungs- und Zertifizierungskosten für die geforderten Qualitätsmerkmale, bereitgestellt. Hier wird es bei der – bis Ende 2014 geplanten – Erarbeitung der Durchführungsbestimmungen darauf ankommen, dass sich kein Zweiklassensystem zwischen klassischen Modulen und den im neuen freiwilligen Pool bereitgestellten Modulen entwickelt.

Neu ist auch die Befugnis der Kommission, Lücken in der Notfallbewältigung zu ermitteln und sogenannte Reservekapazitäten in Form von Rahmenverträgen zur Deckung vorübergehender Defizite bei außergewöhnlichen Katastrophen aufzustellen, sollten diese Lücken nicht durch die am Verfahren teilnehmenden Staaten abdeckbar sein. Diese Analyse der Defizite soll auf den schon erwähnten – noch zu ermittelnden – Risiken basieren, woran sich weitere Diskussionspunkte in der Ausgestaltung erahnen lassen. Relevant für zukünftige Einsätze ist, dass der Anteil der Co-Finanzierung für Transportkosten seitens der Union stark gestiegen ist.

Die vermehrte Co-Finanzierung, insbesondere bei der Aufstellung von Reaktionskapazitäten via Rahmenverträge, war schlussendlich ausschlaggebend für die Enthaltung Deutschlands bei der Abstimmung. Hintergrund ist die Besorgnis, dass gesteuert durch die Mittelvergabe auch qualitative Veränderungen im Katastrophenschutz vorgenommen und dadurch falsche Anreize gesetzt werden, die langfristig die Tendenzen zu einem EU-geführten Katastrophenschutz verstärken könnten.

Mit der Umsetzung des neuen Katastrophenschutzverfahrens der Union ergeben sich für den deutschen föderalen Bevölkerungsschutz einige neue Herausforderungen. Zu meistern sind sie im Verbund der verschiedenen staatlichen wie privaten nationalen Akteure auf EU-Ebene:

Für das BBK bleiben einige der bekannten Aufgaben wie die Ausbildung von EU Einsatzexperten an der behörden-eigenen Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz (AKNZ) – in Konsortien mit Österreich, Polen und den Niederlanden – bestehen. Auch das GMLZ bleibt nationaler Kontaktpunkt zum ERCC und beteiligt

sich gemeinsam mit dem THW an der Festsetzung der zukünftigen Meldeverfahren und Entscheidungswege, welche insbesondere für den freiwilligen Pool neu gestaltet werden müssen.

Ein komplett neues Projekt steht jedoch für die Analytische Task Force (ATF) an, einer Einheit, die für den Ein-



Gebäude der Europäischen Kommission.  
Foto: Fluke / pixelio.de

satz in komplexen CBRN-Lagen aufgestellt wurde; dabei werden die Einsatzkräfte von den Kommunen bzw. Ländern und die für ihre Aufgabe erforderliche Spezialausrüstung vom Bund gestellt. Nach vielen erfolgreich absolvierten EU-Übungen im Ausland, zuletzt 2013 in Frankreich (s. folgenden Beitrag), sowie einem ersten formal als ATF Deutschland absolvierten Auslandseinsatz in Georgien, soll die ATF nun mit Unterstützung des THW als EU-Katastrophenschutzmodul mit der Aufgabe *Feststellung CBRN-Gefahren und Probenahme* für den internationalen Einsatz im Katastrophenschutzverfahren der Union und für den freiwilligen Pool ertüchtigt werden.

Ebenso neu ist, dass Bewertungen der deutschen Risiken und der Risikomanagementfähigkeiten übersichtsweise erstellt und an die Kommission übermittelt werden müssen. Mit nur noch anderthalb Jahren Zeit bis zur Deadline wird dies nicht einfach, ist aber auch hier in Zusammenarbeit mit den Ländern definitiv machbar.

Philipp Gröhn studiert mit dem Ziel BSc (Hons) Disaster Management an der Coventry University / UK und war von August 2013 bis Mai 2014 in seinem praktischen Jahr im Referat *Internationales, Auslandsunterstützung* des BBK tätig.

# Bienvenu à Lyon

## Übung der Analytische Task Force-Deutschland in Frankreich

Oliver Nestler, Knut Storm, Ralph Rudolph

Im Juni 2013 hatte ein Team der Analytischen Task Force Deutschland (ATF) die Gelegenheit, an einer groß angelegten EU-geförderten Katastrophenschutzübung der Republik Frankreich teilzunehmen. Im Rahmen des EU-Gemeinschaftsverfahrens (seit 1.1.2014: Katastrophenschutzverfahren der Union; s. vorhergehenden Beitrag) unterstützten Einsatzkräfte aus Belgien, Deutschland, Italien und Spanien die französischen Kolleginnen und Kollegen.

Die Zusammenarbeit der Mitgliedsländer der Europäischen Union im Bereich des Zivil- und Katastrophenschutzes hat sich in den vergangenen Jahren immer mehr intensiviert. Am Anfang stand die Erkenntnis, dass die Bewältigung großer und außergewöhnlicher Schadenslagen optimiert werden kann, wenn die überall in Europa vorhandenen Ressourcen effektiv vernetzt werden.

und Analytik von CBRN-Gefahrstoffen plant Deutschland die Bereitstellung der ATF als Modul 12 – CBRN Detection and Sampling (CBRN Detektion und Probenahme). Ein entsprechendes Konzept hat das BBK im Auftrag des BMI und mit Unterstützung der deutschen ATF-Standorte erarbeitet, auf verschiedenen Ebenen wird sich nun auf Einsätze innerhalb der Europäischen Union vorbereitet.

Die Übung in Lyon / Frankreich fand im Juni 2013 als EU-Vollübung der polizeilichen und nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr statt. Ziel war dabei insbesondere die Erprobung der Einsatzplanungen zur Bewältigung terroristischer Anschlagsszenarien. Hierzu wurden drei große Übungsszenarien dargestellt, die in der Innenstadt von Lyon realisiert wurden: Vom Anschlag mit einer schmutzigen Bombe (einer unkonventionellen Sprengvorrichtung mit radioaktiver Beiladung) über die Freisetzung einer unbekanntem Chemikalie in einer U-Bahnstation bis zu einer Geiselnahme mit Beteiligung chemischer Substanzen wurde dabei ein breites Spektrum möglicher Anschlagsszenarien abgedeckt.

Ergänzend zu den französischen Einsatzkräften erfolgte die Aktivierung des Europäischen Gemeinschaftsverfahrens zur Bereitstellung von Spezialressourcen. Über das Monitoring and Information Center in Brüssel (MIC, heute ERCC: Emergency Response Coordination Centre) und die nationalen Ansprechpartner wurden für die Übung Einheiten aus Belgien (Probenahme und Detektion), Deutschland (ATF), Italien (Dekontamination) und Spanien (Dekontamination, Probenahme und Detektion) entsendet und in die Übung mit einbezogen.

### Das deutsche Kontingent

Von Seiten der Bundesrepublik Deutschland wurde ein Team der ATF für die Übungsteilnahme nach Frankreich gemeldet und von dort abgefordert. Gemäß der Konzeption für Auslandseinsätze wurde hierfür ein gemischtes ATF-Team aus den deutschen Standorten gebildet und die notwendige Logistik für die Verlegung in das Zielland vorbereitet. Das ATF-Team bestand aus insgesamt 15 Einsatzkräften der ATF-Standorte Berlin, Dortmund, Hamburg, Köln, Mannheim und München sowie zwei Mitarbeitern des Technischen Hilfswerkes. Die auslandserfahrenen THW-Helfer unterstützen bei Auslandseinsätzen planmäßig als sogenanntes TAST-Team (Technical Assistance and Support Team) die Kolleginnen und Kollegen der ATF in den Bereichen Administration und Logistik.



Der Cheflogistiker und das TAST bei der Erkundung der Versorgungslage.

Die Mitgliedsstaaten haben sich hierzu auf verschiedene Module – vom Behandlungsplatz über Pumpkapazitäten für Hochwassereinsätze und Spezialressourcen für die CBRN-Abwehr bis zu Unterbringungskapazitäten in kalter Umgebung – geeinigt, deren Ausstattung und Leistungsfähigkeit im Vorfeld definiert wird. Auf Grund ihrer außergewöhnlichen Leistungsfähigkeit im Bereich der Probenahme

Neben den Einsatzkräften vor Ort ist bei einem Einsatz der ATF im Ausland eine rückwärtige Führungs- und Auswertungsunterstützung sicherzustellen. Um auch diesem Bereich eine Übungsteilnahme zu ermöglichen, wurde während der Übung eine ATF-Zelle aus Mitarbeitern der Feuerwehr Dortmund, des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) und des Auslandsreferates des THW in der THW-Operationszentrale in Bonn besetzt und von dort die Übung rückwärtig begleitet.

### Übungsablauf

Der erste Übungstag begann mit der Herstellung der Einsatzbereitschaft, Besprechungen mit den anderen europäischen Teams und den örtlichen Gefahrenabwehrbehörden. Gegen Mittag erfolgte unter hochsommerlichen Bedingungen (bis zu 38°C während der Übung) die Verlegung in den Bereitstellungsraum und daran anschließend der Einsatz der ATF im Übungsszenario „U-Bahn“. In einem belebten U-Bahnhof wurde aus zunächst nicht bekannter Ursache ein unbekannter Stoff freigesetzt. In der Folge wurden mehrere Personen verletzt und mehrere hundert kontaminiert. Aufgabe der ATF war es, den unbekanntem Stoff zu identifizieren, um den Kräften des Rettungsdienstes eine bessere Versorgung der verletzten und kontaminierten Personen zu ermöglichen. Eigentlich ein normaler ATF-Einsatz – zur Herausforderung wurde er durch die unbekanntem Randbedingungen: Einsatz eines deutschen Atemschutztrupps zur Probennahme in einer französischen Einsatzstelle; die Notwendigkeit, französische Funkgeräte zu verwenden; Kommunikation zwischen den Einsatzabschnittsleitern vor Ort und dem Probennahmeteam; gleichzeitige Arbeit der Analyseeinheit der Pariser Feuerwehr und der ATF an einer Einsatzstelle. All diese besonderen Herausforderungen wurden von den deutschen Teammitgliedern hervorragend gelöst und es konnten bereits nach relativ kurzer Zeit die ersten Ergebnisse der Analyse an die Einsatzleitung gemeldet werden. Parallel zur Probennahme wurde die Messtechnik der ATF noch durch eine von den französischen Kollegen vorbereitete chemische Schnitzeljagd gefordert, bei der mehrere unbekannte Substanzen identifiziert werden mussten.

### Fazit

Die Übung war für alle Beteiligten, egal ob vor Ort in Frankreich oder rückwärtig in Deutschland, eine große Herausforderung. Es war für die Teilnehmer eine gute Erkenntnis, dass das deutsche Konzept einer Analytischen Task Force auch im direkten europäischen Vergleich funktioniert und leistungsfähig ist. Die ATF-Deutschland ist in der Lage, zukünftig ein starkes „Sampling/Detection/Identification“-Modul für Einsätze im Rahmen des europäischen Gemeinschaftsverfahrens bereitzustellen. Sie verfügt dabei über Fähigkeiten, die derzeit auf europäischer Ebene nur sehr eingeschränkt vorhanden sind, sodass sie auf jeden

Fall einen wertvollen Beitrag für das Katastrophenschutzverfahren leisten kann.

Es war für alle Beteiligte beeindruckend, zu sehen, wie sich viele Standards zur Bewältigung von CBRN-Gefahrenlagen in verschiedenen Ländern gleichen. Gerade für die sehr speziellen Lagen mit Beteiligung von atomaren, biolo-



Der deutsche Probennahmetrupp an der französischen Absperrgrenze zum Gefahrenbereich.  
(Fotos: ATF)

gischen oder chemischen Stoffen erscheint es deshalb sinnvoll und notwendig, den Erfahrungsaustausch auf europäischer Ebene weiter zu intensivieren. Darüber hinaus konnten viele Kontakte geknüpft und viele nette Kolleginnen und Kollegen kennengelernt werden.

Bis zur vollen Einsatzbereitschaft der ATF im Katastrophenschutzverfahren der Union ist noch einiges zu tun: Die Ausstattung muss in einigen Teilbereichen noch an die Anforderungen der Auslandsverwendung angepasst, das Personal noch intensiver auf die Herausforderungen einer Auslandsverwendung vorbereitet und die schnelle Mobilisierung der Einheit bei einer Anforderung sichergestellt werden. Die ATF ist in Europa angekommen.

Branddirektor Dipl.-Chem. Oliver Nestler (Feuerwehr Dortmund), Brandrat Knut Storm (Feuerwehr Hamburg) und Dr. Ralph Rudolph (Feuerwehr Mannheim) haben bei der Übung URBAN CREATS im deutschen ATF-Team die Funktionen des Teamleiters, stellv. Teamleiters und Verbindungsbeamten wahrgenommen.

# Flächendeckender Stromausfall in Slowenien

## Eine Herausforderung auch für den Hessischen Katastrophenschutz

Tobias Bräunlein

### Schneekatastrophe legt Stromversorgung in Teilen des Landes lahm

Ende Januar wurde Slowenien von einer landesweiten Schneekatastrophe heimgesucht. Heftiger Eisregen hatte sich zudem auf Überlandleitungen festgesetzt. Unter dem Gewicht knickten Strommasten ein, so dass ganze Strom-



Widrigste Wetterverhältnisse verwandeln das Land in eine Eiswüste.

trassen zerstört wurden. Infolgedessen war die Stromversorgung der slowenischen Bevölkerung massiv beeinträchtigt: Ganze Stadtteile und Ortschaften waren von der Versorgung abgeschnitten. Etwa zehn Prozent der Einwohner Sloweniens hatten keinen Strom, zeitweise saßen 250.000 Menschen im Dunkeln. Es bedarf keiner näheren Beschreibung, was ein solcher Ausfall der Energieversorgung für eine moderne Industrienation bedeutet, noch dazu wenn wie hier eisige Temperaturen hinzukom-

men. Slowenien benötigte dringend Notstrom-Großaggregate für die Wiederherstellung der Stromversorgung.

### Slowenien richtet internationales Hilfeersuchen an die EU

Das Land hat daher ein internationales Hilfeersuchen an das MIC gerichtet und um Unterstützung mit 100 Notstrom-Großaggregaten mit einer Leistung zwischen 100 und 300 kVA gebeten. Das MIC hat das Gemeinschaftsverfahren ausgelöst und die Mitgliedstaaten informiert. Die Länder erhielten das Hilfeersuchen durch das GMLZ umgehend am 2. Februar 2014.

### Hessen entsendet Hilfeleistungsteam

Die Hessische Landesregierung hat daraufhin sofort entschieden, ein Hilfeleistungsteam mit zehn Notstrom-Großaggregaten des Hessischen Katastrophenschutzes anzubieten, was von Slowenien umgehend akzeptiert wurde. Staatsminister Peter Beuth hat seinem für Zivilschutz zuständigen slowenischen Amtskollegen, Minister Roman Jakic, in einem persönlichen Schreiben der Unterstützung des Landes Hessen versichert. Das Hessische Ministerium des Innern und für Sport aktivierte den Führungsstab, der den Einsatz koordinierte, und entsendete ein Vorauskommando nach Slowenien. So machten sich bereits rund vierzig Stunden nach Eingang des Hilfeersuchens rund 50 Angehörige kommunaler Feuerwehren, unterstützt von einem Logistikteam des THW, mit den zehn Aggregaten auf den Weg. Ziel war die Region um die Stadt Logatec, etwa 30 km südlich der slowenischen Hauptstadt Ljubljana. Bereits am 5. Februar gingen die ersten Aggregate ans Netz.

Insgesamt wirkten über 100 Feuerwehrangehörige mit Unterstützung einer Logistik-Einheit des Technischen Hilfswerks (THW) rund drei Wochen lang zusammen mit Kräften aus Tschechien und Österreich maßgeblich daran mit, dass die Stromversorgung der slowenischen Bürgerinnen und Bürger schnellstmöglich wieder lief. Darüber hinaus waren Einsatzkräfte des THW aus Bayern und vier Groß-Aggregate der bayerischen Wasserwirtschaftsverwaltung im Einsatz.

### Vorbildliche Zusammenarbeit im Einsatzgebiet

Die Zusammenarbeit zwischen Helferteams des slowenischen Zivilschutzes, internationalen Helfern und Mitarbeitern der Energieversorger vor Ort verlief vorbildlich.

Der slowenische Zivilschutz hat bei der Schadensbeseitigung hochprofessionell gearbeitet und die internationalen Hilfskräfte bestens integriert. Innerhalb von drei Wochen gelang es ihnen auf diese Weise gemeinsam, die schlimmsten Folgen der Schneekatastrophe zu beseitigen. Es wird noch dauern, bis die reguläre Energieversorgungsinfrastruktur wieder vollständig hergestellt ist und das Netz stabil betrieben werden kann. Dennoch ist es beeindruckend, wie zügig die Helfer mit vereinten Kräften die Energieversorgung wieder hergestellt haben.

Auch die Zusammenarbeit mit dem THW hat sich im internationalen Hilfeleistungseinsatz bestens bewährt. Neben der technischen Expertise bei der Wartung und Instandhaltung der im Dauerbetrieb, z. T. über Wochen rund um die Uhr, laufenden Aggregate konnte das THW hier seine langjährigen Erfahrungen aus vielfältigen Auslandseinsätzen höchst produktiv einbringen. Ein Vertreter des THW-Länderverbands HERPSL war dabei als Fachberater im Führungsstab integriert.

Durch das GMLZ konnten Ansprechpartner in Slowenien benannt und wertvolle Unterstützung bei der Klärung von Transit- und Mautfragen in Österreich geleistet werden. Der Führungsstab im Hessischen Ministerium des Innern und für Sport hat das GMLZ mit den aktuellen Lageberichten der Führungseinheit vor Ort über die Lage fortlaufend informiert.

### Europäisches Gemeinschaftsverfahren hat sich bewährt

Der Hilfeleistungseinsatz hat gezeigt, dass das europäische Gemeinschaftsverfahren ein wirkungsvolles Instrument ist, innerhalb dessen schnell und kompetent Hilfe geleistet werden kann. Dort, wo nationale Eigenverantwortung und internationale Solidarität der Mitgliedstaaten Hand in Hand gehen, können die Menschen darauf vertrauen, dass ihnen Hilfe erfahren.

Die gerade aus dem Süden Europas häufig erhobenen Forderungen nach einer EU-eigenen Katastrophenschutztruppe, die von der Kommission aufgenommen und befördert werden, sind aus erster Sicht verständlich, führte diese doch zu eigener Entlastung. Eine Verbesserung hin zu einer effektiveren Hilfeleistungsfähigkeit in den jeweiligen Mitgliedstaaten ist damit jedoch nicht verbunden. Nur wenn die Mitgliedstaaten die notwendigen Hilfeleis-

tungsstrukturen selbst und in eigener Verantwortung flächendeckend sicherstellen, ist es möglich, den Menschen im Katastrophenfall – dann auch mit internationaler Unterstützung – bestmöglich zu helfen. Eine europäische Katastrophenschutztruppe ist also weder effektiv noch not-



Hessische Feuerwehren unterstützt vom THW helfen Hand in Hand.

wendig. Das hat auch der Einsatz in Slowenien bewiesen. Dass ihre Einrichtung darüber hinaus auch nicht vom Gemeinschaftsrecht getragen wäre, darüber sind sich Bund und Länder einig.

### Ehrenamt auch im Auslandseinsatz ein Erfolgsmodell

In Slowenien haben die Helfer aus Deutschland, Österreich und Tschechien einmal mehr die Leistungsfähigkeit des ehrenamtlichen Systems auch im internationalen Kontext gezeigt. Es war beeindruckend, welches Hilfeleistungspotenzial hier in kürzester Zeit mobilisiert werden konnte. Hier ist den Helfern ganz besonders zu danken. Ihre Hilfsbereitschaft endet nicht an der eigenen Landesgrenze. Familien, Freunden und vor allem auch Arbeitgebern, ohne deren Mitwirken sich diese Einsatzfreude nicht realisieren ließe, ist jedoch an dieser Stelle nicht weniger zu danken. Staatsminister Peter Beuth wird in Kürze die Helfer in einer gemeinsamen Feierstunde für ihren geleisteten Einsatz persönlich auszeichnen.

### Strategische Investitionen für ein effektives Hilfeleistungssystem

Ein auch über die eigenen Landesgrenzen hinaus leistungsfähiges Hilfeleistungssystem bedarf allerdings nicht nur engagierter und gut ausgebildeter Helfer, die von einem

entsprechenden Umfeld getragen werden, sondern auch vorausschauender staatlicher Investitionsentscheidungen, um die erforderliche Ausstattung sicherzustellen und an moderne Herausforderungen anzupassen.

So war der hessische Hilfeleistungseinsatz nur möglich, weil die Hessische Landesregierung im Rahmen einer beispielhaften Ausstattungsoffensive seit dem Jahr 2008 rund 30 Millionen Euro in die Ausstattung des Katastrophenschutzes investiert hat. Die Stromversorgung kritischer Infrastrukturen nahm sie dabei besonders in den Blick.



Einspeisung an einer Trafostation zur Versorgung eines Wohngebietes.  
(Fotos: Führungseinheit Hessen)

Die Notstrom-Großaggregate aus Hessen sind Teil eines flächendeckenden Vorsorgekonzepts des Hessischen Katastrophenschutzes, im Rahmen dessen das Land insgesamt 27 Geräte mit einer Leistung von je 250 kVA beschafft hat. Diese sind bei den unteren Katastrophenschutzbehörden stationiert. Feuerwehren (23) und THW (3) sind mit der Bedienung betraut und können die mit umfangreichem Zubehör, einschließlich eines leistungsfähigen Lichtmasts, ausgestatteten Aggregate auch für kommunale Zwecke nutzen. Ein weiteres Aggregat ist bei der Hessischen Landesfeuerweherschule stationiert.

### Hessische Rahmenempfehlungen für einen Stromausfall

Das Land hat den Verantwortlichen vor Ort darüber hinaus Rahmenempfehlungen für einen flächendeckenden langanhaltenden Stromausfall gegeben. Diese Handlungsanleitung dient dazu, die jeweils erforderlichen Präventivmaßnahmen zu ermitteln. Ein Mustereinsatzkonzept für die Feuerwehren sowie ein Einsatzkonzept für die Notstrom-Großaggregate komplettieren die Rahmenempfehlungen. Das Gesamtpaket aus Notstrom-Großaggregaten und Handlungsanleitungen soll bei den Verantwortlichen vor Ort den Anstoß geben, das Thema weiter zu vertiefen. Es muss aber ebenso den Bürgerinnen und Bürgern vermittelt werden, dass eine funktionierende Stromversorgung mit Notstrom-Aggregaten – gleich welcher Grö-

ße – nicht ersetzt werden kann. Ein langanhaltender flächendeckender Stromausfall wird mit erheblichen Einschränkungen für die Bevölkerung verbunden sein, so dass hier verstärkt auf die Bedeutung von Selbstschutzmaßnahmen hingewiesen werden muss.

### Gemeinsame Herausforderungen für Bund und Länder

In Zeiten notwendiger Einsparungen, gerade im öffentlichen Sektor, ist eine der besonderen Herausforderungen für Bund und Länder, auch künftig eine moderne Ausstattung im Zivil- und Katastrophenschutz bereitzustellen. Die Länder haben dabei die im Zuge der Umsetzung der neuen Strategien zum Schutz der Bevölkerung und dem teilweisen Rückzug des Bundes entstandenen Lücken zu schließen. Aber auch der Bund konnte bislang seine gegebene Zusage, jährlich rund 57 Millionen Euro für Ausstattung und Unterhaltung bereitzustellen, weitgehend einhalten. Er hat den Ländern dabei vor allem in der Kernkomponente eine Fahrzeugausstattung übergeben, die – nicht nur wenn man dies mit früheren Zeiten im Zivilschutz vergleicht – beeindruckend ist. Allerdings ist es hier gerade in der aktuellen Vergangenheit immer wieder zu Kürzungen der Finanzmittel gekommen und derzeit ist bedauerlicherweise eine nicht unerhebliche Unterdeckung festzustellen, so dass nicht mit Sicherheit davon ausgegangen werden kann, dass die vom Bund gegebene Zusage, bis zum Jahr 2025 den Ländern 5.036 Fahrzeuge bereitzustellen, erreicht werden kann. In diesem Geschäft auf Gegenseitigkeit ist es wichtig, dass auch künftig beide Seiten ihre eingegangenen Verpflichtungen einhalten.

Ein schlagkräftiges und im Bedarfsfall auch über die eigenen Grenzen hinaus wirksames Hilfeleistungssystem zu gewährleisten, ist dabei nicht nur eine gemeinsame Herausforderung von Bund und Ländern. Es ist auch ein Gebot der Glaubwürdigkeit. Nur wenn wir zu europäischer Solidarität nicht nur bereit, sondern auch in der Lage sind, können wir von den übrigen Mitgliedstaaten eine angemessene nationale Eigenvorsorge verlangen und – vom AEUV aus deutscher Sicht nicht getragene Forderungen nach einer EU-eigenen Katastrophenschutz-Truppe zurückweisen.

Dass das Ehrenamt dabei eine tragende Säule sein kann, haben die Helfer in Slowenien eindrucksvoll bewiesen. Der Stromausfall in Slowenien hat aber auch deutlich vor Augen geführt: Es handelt sich bei einem solchen Szenario nicht um bloße Planspiele. Ein flächendeckender langanhaltender Stromausfall kann schnell bittere Realität werden. Und so sind auch die Verantwortlichen in Deutschland gut beraten, eine der größten Herausforderungen für moderne Industrienationen rechtzeitig anzunehmen.

Dr. Tobias Bräunlein ist Referatsleiter *Katastrophenschutz* im Hessischen Ministerium des Innern und für Sport.

# Forschung trifft Praxis

## Aktivitäten der Universität der Vereinten Nationen (Bonn) im internationalen Kontext

Jörg Szarzynski, Claudia Bach, Jörn Birkmann, Janine Kandel und Jakob Rhyner

Die Universität der Vereinten Nationen (United Nations University, UNU) ist der akademische Arm der UN. Die Universität hat ihren Hauptsitz (Rektorat) in Tokyo, Japan, und mehr als ein Dutzend Institute und Programme weltweit. UNU dient als Brücke zwischen der akademischen Welt und der internationalen Politik, vornehmlich der des UN-Systems. Ziel ist es, auf wissenschaftlicher Basis nachhaltige Lösungen für aktuelle und zukünftige Probleme der Menschheit in allen Lebensbereichen zu erarbeiten. Durch eine problemorientierte und interdisziplinäre Herangehensweise zielt UNU im globalen Maßstab auf angewandte Forschung, themenspezifische Kapazitätsentwicklung und Politikberatung ab.

In Deutschland (Bonn) unterhält UNU das Vizerektorat in Europa (UNU-ViE), welches Teil des Rektorates in Tokyo ist, sowie das Institut für Umwelt und menschliche Sicherheit (UNU-EHS). Mit UNU-ViE als Gastgeber sind in Bonn ebenfalls das Sekretariat des Internationalen Programms zur sozialen Dimension globaler Umweltveränderungen (UNU-IHDP), das Programm für Kapazitätsentwicklung im Rahmen der Wasserdekade der Vereinten Nationen (UNW-DPC) sowie die Operating Unit „SCYCLE“ des in Tokyo beheimateten Instituts für Nachhaltigkeitsstudien (UNU-IAS) angesiedelt.

Das Institut für Umwelt und menschliche Sicherheit der Universität der Vereinten Nationen (UNU-EHS), gegründet im Dezember 2003, befasst sich mit Risiko- und Verwundbarkeitsaspekten menschlicher Sicherheit und den Konsequenzen komplexer Naturgefahren und des globalen Wandels. UNU-EHS hat mit seiner Arbeit zum Ziel, durch Aufklärung, Anpassung und angemessene Maßnahmen die menschliche Sicherheit zu erhöhen. Die Forschung von UNU-EHS soll das Verständnis von Ursache-Wirkungs-Beziehungen verbessern, um Wege zur Verwundbarkeitsreduktion für eine nachhaltige Entwicklung zu finden.

Das Institut konzentriert sich auf angewandte Forschung mit folgenden Schwerpunkten:

- Verwundbarkeitsforschung, Resilienzanalyse, Risikomanagement und Anpassungsstrategien, die in einem gekoppelten Mensch-Umwelt-System betrachtet werden
- Forschung in Bezug auf interne, aber auch grenzüberschreitende Migration, die durch Umweltveränderungen sowie Klimawandel verursacht werden kann.

### Forschungszusammenarbeit zwischen UNU-EHS und dem BBK

Im Bereich der Forschung besteht eine langjährige Zusammenarbeit zwischen dem BBK und UNU-EHS. Der Grundstein hierfür wurde durch das Projekt „INDIKATOREN zur Abschätzung von Vulnerabilität und Bewältigungspotenzialen am Beispiel wasserbezogener Naturgefahren“ gelegt, das im Jahr 2006 startete. Durch die Finanzierung des



Die ersten Studierenden des seit Oktober 2013 von UNU-EHS gemeinsam mit dem Geographischen Institut der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn (GIUB) angebotenen Master-Studienganges „Geography of Environmental Risks and Human Security“.

BBK konnte UNU-EHS u. a. in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) sowie den Städten Köln und Dresden Methoden zur Verwundbarkeitsabschätzung gegenüber Hochwassergefahren entwickeln. Diese mündeten u. a. in einen Leitfaden für Kommunen (Praxis im Bevölkerungsschutz Band 4). Die erfolgreiche Kooperation im Bereich der Forschung wurde ab 2009 durch das Projekt KIBEX (Kritische Infrastrukturen (KRITIS) und Bevölkerungsschutz im Kontext klimawandelbeeinflusster Naturgefahren) fortgesetzt. Im Fokus stand auch hier die Entwicklung von Methoden zur Abschätzung der Verwundbarkeit, wobei sich diese auf die Naturgefahren Starkregen und Hitzewellen bezogen. Neben weiteren

praktischen Handreichungen für Kommunen (Praxis im Bevölkerungsschutz Band 11) konnten dabei u. a. bereits KRITIS-bezogene Beiträge für das Bevölkerungsschutzmagazin erarbeitet werden (1-2012 bzw. 1-2013). Die in beiden Projekten entstandenen Leitfäden wurden zudem ins Englische übersetzt, um sie einem breiteren, internationalen Publikum zugänglich zu machen. Sie stehen auf den jeweiligen Internetseiten von UNU-EHS und BBK als pdf-Dokumente zum Download bereit.

In Anknüpfung an die beiden abgeschlossenen Projekte setzt sich die Zusammenarbeit derzeit in der Entwicklung gemeinsamer Forschungsanträge fort. Zudem konnte UNU-EHS gemeinsam mit einer Vielzahl von europäischen Partnern das FP7-Forschungsprojekt INTACT gewinnen. Dieses schließt thematisch an das KIBEX-Projekt an, indem



Wissenschaftler von UNU-EHS unterrichten auch in Masterstudiengängen der Universität in Lomé, Togo. (Fotos: UNU-EHS)

es die Auswirkungen von Extremwetter auf Kritische Infrastrukturen untersucht. INTACT wird durch die im BBK zur Verfügung stehende Expertise beratend unterstützt.

### Lehre und Ausbildung – für Akademiker und Praktiker – weltweit

Über das Forschungsmandat hinaus hat sich UNU-EHS auch der Kapazitätsentwicklung verschrieben. Hierbei umfasst das Portfolio primär Präsenzveranstaltungen, die jedoch in zunehmendem Maße durch geeignete elektronische und digitale Medien (E-Learning) erweitert werden. Die derzeit angebotenen Lehrveranstaltungen reichen von einem postgraduierten Masterprogramm über mehrwöchige Blockkurse bis hin zu projektbezogenen Trainingskursen in Afrika und Südostasien sowie Vorlesungen an diversen Universitäten in In- und Ausland. Der gemeinsame Master-Studiengang „Geography of Environmental Risks and Human Security“ wird seit Oktober 2013 von UNU-EHS gemeinsam mit dem Geographischen Institut der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn (GIUB) angebo-

ten. Im ersten Jahrgang wurden insgesamt 28 Studierende zugelassen. Mit diesem Joint Masterprogramm soll erstmalig ein international anerkannter akademischer Grad durch die Universität der Vereinten Nationen vergeben werden. Gleichzeitig erweitert dieses Programm die Palette vergleichbarer Studienangebote in Bonn, wie beispielsweise den Master-Studiengang „Katastrophenvorsorge und -management (kavoma), der seit 2006 als berufsbegleitende akademische Weiterbildung durch die Universität Bonn und das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe angeboten wird (<http://www.kavoma.de>).

Der Joint Master UNU-EHS / GIUB besitzt ein klar forschungsorientiertes Profil, welches neben aktuellen fachwissenschaftlichen Inhalten auch in hohem Maße Methodenkompetenzen vermittelt, die zu einer selbständigen Erweiterung von wissenschaftlichen Erkenntnissen befähigt. Verbessert wird ebenfalls die aktuelle Lehre im Bereich der Umweltrisiken und der menschlichen Sicherheit im Kontext der geografischen Risiko- und Resilienzforschung. Fragestellungen und Ergebnisse internationaler Forschungsprojekte werden als maßgebliche Bestandteile in die Lehrveranstaltungen integriert. Zudem erlaubt der Studiengang einen engen Bezug zu gegenwärtig politik- und praxisrelevanten Fragen in der Forschung, da durch entsprechende Kontakte zu UN-Organisationen weltweit aktuelle Themen stärker in Schnittstellenaspekten im Bereich Science-Policy aufgegriffen werden können.

Inhalt und Struktur des Programms sind wichtige Meilensteine für die weitergehende Internationalisierung der akademischen Lehre in Deutschland und im Besonderen in Bonn. Aufgrund der engen Kooperation mit nationalen und internationalen Organisationen und einem entsprechenden Pflichtpraktikum bei nationalen oder internationalen Organisationen werden relevante Kompetenzen im Bereich der internationalen Zusammenarbeit und gleichzeitig spezielle Schlüsselqualifikationen vermittelt, die einzelne Studenten für eine spätere Beschäftigung unter anderem in internationalen Organisationen qualifizieren. Im weitesten Sinne können hier alle Berufsfelder eingeschlossen werden, die sich auf wissenschaftlicher Grundlage mit den unterschiedlichen Bereichen des internationalen Katastrophen-Management-Zyklus beschäftigen. Im einzelnen sind dies vor allem internationale Institutionen, Behörden und Forschungseinrichtungen, die sich mit Verwundbarkeitsforschung, Resilienzanalyse, Risikomanagement und Anpassungsstrategien in einem gekoppelten Mensch-Umwelt-System auseinandersetzen. Dabei spielt die gemeinsame Betrachtung von Umwelt- und gesellschaftlichen Veränderungen eine zentrale Rolle.

Das zweijährige Masterprogramm bietet Studenten einerseits eine umfassende Einführung in problemorientierte Forschungsmethoden und praktische Herausforderungen, denen sich internationale Organisationen stellen. Auf der anderen Seite behandelt und verfestigt das Programm entsprechende wissenschaftliche Theorien und Konzepte, welche die Absolventen in die Lage versetzen, verschiedene Aspekte von Unsicherheit, Krisen und Katastrophen, als Folge von Umweltgefahren, Klimawandel und Gesell-

schaftswandel, erfassen, erklären und bewerten zu können. Das resultierende Expertenwissen ist erforderlich für die adäquate Übersetzung wissenschaftlicher Diskurse in Politik- und Managementstrategien und die Analyse von politischen Programmen und Managementstrategien vor dem Hintergrund aktueller wissenschaftlicher Diskurse. Das Forschen und Arbeiten an der Schnittstelle zwischen Forschung-Praxis-und-Politik stellt dabei ein besonderes Merkmal der Qualifikationen dar.

Die Berufsfeldorientierung des Studienganges wird insbesondere durch das obligatorische Berufspraktikum gefördert, welches mithilfe organisatorischer Unterstützung durch die UNU bei UN-Organisationen und anderen nationalen, internationalen oder international wirkenden Organisationen weltweit abgeleistet werden kann. Am Standort Bonn haben u. a. das BBK und das THW ihre Bereitschaft signalisiert, im Rahmen der jeweiligen Möglichkeiten Studierende der UNU aufzunehmen. Außerdem wird die Bearbeitung von Masterarbeiten im inhaltlichen und organisatorischen Kontext bei beiden Organisationen vermittelt und unterstützt.

In einigen Modulen werden Praxisvertreter aus verschiedenen Berufsfeldern und mandatierten Organisationen eingebunden, die den Studierenden ein realitätsnahes Bild der Inhalte und Schwerpunkte der jeweils vorgestellten Organisation vermitteln. Hier nutzt der Studiengang die besonderen Vorteile des Wissenschafts- und Politikstandortes Bonn und gerade auch die existierenden guten Beziehungen zum BBK. Beispielsweise werden Experten des BBK zu Lehrveranstaltungen eingeladen, um den internationalen Studierenden einen detaillierten Einblick in die vielfältigen Aufgaben des BBK als Kompetenz-Zentrum für den Bevölkerungsschutz und die Katastrophenhilfe in Deutschland zu vermitteln. Im Gegenzug leisten Wissenschaftler der UNU-EHS seit 2013 aktive Beiträge im Rahmen der alljährlich stattfindenden Sommerakademie der Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz (AKNZ) des BBK sowie im Seminar „Zukünftige Führungskräfte in der zivilen Sicherheitsvorsorge“.

Neben dem gemeinsamen Master-Studiengang hat UNU-EHS Blockkurse für Doktoranden, Masterstudenten, aber auch Berufspraktiker mit dem Schwerpunkt Vulnerabilitätsforschung und Katastrophenvorsorge fest im Jahresprogramm etabliert. In den letzten Jahrgängen fanden sich neben eingeschriebenen Studenten von Universitäten aus allen Kontinenten erfreulicherweise auch Teilnehmerinnen des BBK sowie Kolleginnen und Kollegen des schwedischen Zivilschutzes (Swedish Civil Contingencies Agency MSB) ein. Die Kurse finden einmal jährlich in Bonn in Kooperation mit der Universität Bonn sowie in Südafrika in enger Zusammenarbeit mit dem „Disaster Management Training and Education Centre for Africa“ (DiMTEC) in Bloemfontein, University of the Free State statt. Zudem unterrichten einige Wissenschaftler von UNU-EHS in Masterstudiengängen der Universitäten in Lomé, Togo sowie der Universität in Serekunda, The Gambia, die von WASCAL (West African Science Service Center on Climate Change and Adapted Land Use) implementiert wurden. WASCAL ist eine

internationale und interdisziplinäre Forschungsinitiative, die dazu beiträgt, Mensch und Umwelt besser gegen die negativen Folgen des Klimawandels zu wappnen. Dazu werden die mit dem Klimawandel befassten Wissenschaftszweige vor Ort gestärkt, indem die vorhandene Kompetenz aus zehn westafrikanischen Ländern und Deutschland gebündelt und Wissenschaftler untereinander vernetzt werden. Darüber hinaus werden in relevanten Bereichen gezielt zusätzliche Forschungskapazitäten aufgebaut, an denen UNU-EHS ebenfalls beteiligt ist. WASCAL wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert und gemeinsam mit westafrikanischen und deutschen Partnern umgesetzt. Die Koordination des Projektes liegt beim Zentrum für Entwicklungsforschung der Universität Bonn (<https://icg4wascal.icg.kfa-juelich.de/welcome-to-wascal-de>).

Neben den vielfältigen Aktivitäten in Afrika wird aufbauend auf langjährigen Projekterfahrungen von UNU-EHS im Rahmen des BMBF-finanzierten „Deutsch-Indonesischen Tsunami Frühwarnsystems – GITEWS“ (<http://www.gitews.de/index.php?id=6>) nunmehr verstärkt auch die bilaterale Zusammenarbeit mit Indonesien ausgebaut. Hierzu arbeitet seit 2013 ein leitender Mitarbeiter des Instituts beim Indonesian Institute of Sciences (LIPI) in Jakarta. Die anvisierte Kooperation soll vor allem eine mittel- bis langfristige Verstärkung gemeinsamer Forschungsaktivitäten, aber auch die gemeinschaftliche Entwicklung von Ausbildungskomponenten sowie den Austausch von Studenten und Wissenschaftlern umfassen. Das resultierende Netzwerk institutioneller Partner, bestehend aus beteiligten Ministerien und nationalen Universitäten, NGO's sowie anderen Einrichtungen der Vereinten Nationen in Indonesien verdichtet sowohl thematisch als auch regional-geografisch das internationale Forschungsnetzwerk von UNU-EHS. Thematisch stehen vor allem Anpassungsstrategien an den Klimawandel, insbesondere in den am stärksten betroffenen Küstenregionen Indonesiens im Vordergrund des Forschungsinteresses und natürlich auch wissenschaftliche Untersuchungen zur Entstehung und Vorhersagbarkeit von Tsunamis. In diesem Kontext verstärkt UNU-EHS nun die Zusammenarbeit mit dem Tsunami and Disaster Mitigation Research Center (TDMRC) der Syiah Kuala Universität in Banda Aceh, (<http://www.tdmrc.org/en/>), ebenso wie die Kooperation mit dem International Research Institute of Disaster Science – Tsunami Engineering Institute der Tohoku Universität in Sendai, Japan ([http://www.dcrc.tohoku.ac.jp/jobs/IRIDeS06\\_e.html](http://www.dcrc.tohoku.ac.jp/jobs/IRIDeS06_e.html)).

Dr. Jörg Szarzynski ist bei UNU-EHS tätig als Programmleiter Bildung und Kapazitätsentwicklung und leitet die Abteilung: Enhancing Graduate Educational Capacities for Human Security Section.

Claudia Bach ist wissenschaftliche Mitarbeiterin bei UNU-EHS in der Abteilung: Vulnerability Assessment, Risk Management & Adaptive Planning.

PD Dr.-Ing. Jörn Birkmann ist bei UNU-EHS Leiter der Abteilung: Vulnerability Assessment, Risk Management & Adaptive Planning.

Janine Kandel ist bei UNU-EHS Leiterin der Kommunikationsabteilung.

Prof. Dr. Jakob Rhyner ist Institutsdirektor UNU-EHS und gleichzeitig Vize-Rektor der UNU in Europa.

# Planbesprechung Flutkatastrophe in Westafrika in Nouakchott

## Die Rolle der NATO im internationalen Bevölkerungsschutz

Andreas Karsten

Eine Aufgabe der NATO ist es, die Alliierten und die Partnerstaaten im Bereich des Bevölkerungsschutzes zu unterstützen. Dies geschieht sowohl in den Bereichen der Prävention und Vorbereitung wie im Einsatz. Grundsatz der NATO ist es, keine Parallelstrukturen zu existierenden zivilen Kapazitäten (z. B. der UN und EU) aufzubauen. Im Bevölkerungsschutz arbeitet die NATO eng mit ihren Partnernationen zusammen. Dies sind die Euro-Atlantic-Staaten, Staaten des Mediterranean Dialogue und der Istanbul Cooperation Initiative sowie die globalen Partner.

### Organisatorischer Aufbau der NATO

Die NATO ist in einem zivilen und einem militärischen Bereich organisiert. Im NATO Hauptquartier in Brüssel ist der International Staff (IS) beheimatet, in ihm arbeiten ca. 1.200 Zivilisten. Die primäre Rolle des IS ist die Beratung, Betreuung und administrative Unterstützung der nationalen Delegationen im NATO-Hauptquartier. Er hilft, Entscheidungen umzusetzen, und unterstützt den Prozess der Konsensbildung und Entscheidungsfindung innerhalb der Allianz. In der „Division of Operations“ sind die Bereiche „Civil-Military Planning and Support“ (CMPS, früher Civil Emergency Planning (CEP)), und „Civil Emergency Planning Outreach“ mit dem „Euro-Atlantic Disaster Response Coordination Centre“ (EADRCC) angesiedelt. Bevölkerungsschutzprävention und -vorbereitung fallen im Wesentlichen in die Zuständigkeit von CMPS, während sich das EADRCC um die Einsatzbelange kümmert.

### Euro-Atlantic Disaster Response Coordination Centre

Hauptaufgabe des EADRCC ist das Informations- und Ressourcenmanagement ähnlich dem deutschen GMLZ. Seit 1998 wurde es in über 40 Fällen von betroffenen Staaten um Hilfe gebeten. Seit 2000 organisiert und teilfinanziert das EADRCC jährliche Feldübungen, in denen vor allem die Zusammenarbeit von Rettungskräften aus unterschiedlichen Staaten trainiert wird. Gastländer der Feldübungen waren bisher überwiegend Staaten des ehemaligen Ostblocks.

### Civil-Military Planning and Support

Aufgabe des Bereiches CMPS ist das Sammeln, Analysieren und zur Verfügung stellen von Informationen für den nationalen Bevölkerungsschutz, um einen effektiven Einsatz von zivilen Ressourcen während Katastrophen sicherzustellen. Es ermöglicht den Alliierten und den Partnernationen, sich gegenseitig bei der Prävention und im Einsatz

zu unterstützen. Dafür stehen der NATO neben dem International Staff unter anderem 380 zivile Experten und mehrere nationale Ausbildungszentren zur Verfügung. Eines der CBRN Trainingszentren, das die NATO regelmäßig

### Aus- und Fortbildung

Im Rahmen des EADRCC führt das BBK an seiner AKNZ in Ahrweiler als „Regional CBRN Training Centre“ seit 2012 internationale Kurse für CBRN-Experten unter dem Titel „COURSE FOR TRAINERS OF FIRST RESPONDERS TO CBRN INCIDENTS“ durch.

Im Zentrum des Kurses steht die Einführung in das internationale CBRN Training Curriculum (INTRODUCTION TO THE INTERNATIONAL CBRN TRAINING CURRICULUM), das von der NATO in internationaler Zusammenarbeit mit zivilen Experten entwickelt und in verschiedenen Trainingszentren (Schweden 2006, Finnland 2009) evaluiert wurde.

Auf der Basis von Empfehlungen (Non Binding Guidelines) soll das Verständnis und die Handlungskompetenz der verschiedenen „First Responder“ (insbesondere Feuerwehr, Rettungsdienst, Polizei, Zivilschutz, Militär) in zehn Lernfeldern, die sich auf CBRN-Einsätze beziehen, verbessert werden.

Das Programm umfasst Vorträge, praktische Trainingssequenzen und

Übungen zu den Bereichen Gefahrenerkennung, Risikoabschätzung, Persönliche Schutzausrüstung, Führung und Kommunikation, Detektion/Probenahme, Dekontamination und psychosoziale Unterstützung.

Neben den Dozenten aus dem jeweiligen Trainingszentrum werden weitere nationale CBRN-Experten und internationale Experten der NATO und aus anderen etablierten Trainingszentren hinzugezogen. Ziel ist die Bildung eines internationalen CBRN-Experten- und Trainerpools.

Die Kursteilnehmer, in ihrer Heimat bereits erfahrene CBRN-Trainer, erhalten in diesem sehr praxisorientierten Lehrgang durch Trainer aus den verschiedenen CBRN-Trainingszentren zusätzliches Know-how, das sie in die Lage versetzt, ihre nationalen CBRN-Teams (First Responder) auf organisationsübergreifende Einsätze, einschließlich der zivil-militärischen Zusammenarbeit, im In- und Ausland vorzubereiten und selbst als Führungskraft vor Ort (Incident Commander) tätig zu werden.

*Dr. Dorothee Friedrich, Fachbereichsleiterin IV.4 „Wissenschaft, Technik und Gesundheit“ im Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe*

für die Ausbildung ziviler Einsatzkräfte nutzt, ist die BBK eigene AKNZ in Bad Neuenahr-Ahrweiler. Die NATO Trainingszentren führen entsprechende Seminare auch für die UN und die EU durch. Somit ist sichergestellt, dass die Einsatzkräfte, die durch die unterschiedlichen Organisationen in den Einsatz entsandt werden, eine einheitliche Sprache sprechen und gut zusammenarbeiten können. Neben Ausbildungsveranstaltungen organisieren und teilfinanzieren die einzelnen Gruppen jährliche Kongresse zu speziellen Themen. So führt in diesem Jahr die Civil Protection Group ein Seminar in Helsinki zum Thema „Paradigm shift in planning for large-scale emergencies“ durch, an dessen Vorbereitung das BBK beteiligt ist.

Der Bereich zivile Notfallplanung wird seitens der Nationen im Ausschuss für zivile Notfallplanung (CEPC) sowie den nachgeordneten Planungsgruppen: Civil Protection, Transport (Civil Aviation, Ocean Shipping and Inland Surface), Public Health, Food and Water, Industrial Resources and Communications wahrgenommen. Hier oder in entsprechenden Ad-hoc-Gruppen bringt das BBK z. B. seine Expertise des Erstellens von Non-Binding Guidelines im Zusammenhang mit Großveranstaltungen oder im Aufbau eines nationalen Warnsystems ein: So beteiligt sich das BBK mit einem Experten in der Ad-hoc-Gruppe „Ballistic Missile Defense“, um die möglichen Entwicklungen in diesem Bereich zu erkennen und daraus Schlüsse für Maßnahmen auf nationaler und NATO-Ebene zu ziehen; als Lösungsansatz für nationale Warnsysteme ist der NATO das nationale Warnsystem MoWaS (Modulares Warnsystem), welches unter Berücksichtigung der deutschen föderalen Zuständigkeiten aufgebaut wurde, vorgestellt worden.

Derzeit vertritt Frau Dorothee Knackstedt von der deutschen ständigen Vertretung bei der NATO Deutschland im Ausschuss für zivile Notfallplanung. Gleichzeitig ist sie Vizevorsitzende der CPG. Frau Knackstedt kommt ursprünglich vom Bundesministerium der Inneren und vertritt die Belange, die in die Zuständigkeit des BMI fallen, z. B. den Bevölkerungsschutz.

### Die Arbeit als ziviler Experte

Die zivilen Experten rekrutiert die NATO aus den Regierungen, Organisationen und der Industrie der Staaten des Euro-Atlantic-Partnerschaftsrates. Sie stehen der NATO oder einzelnen Staaten beratend zur Seite. (Dies kann vom Arbeitsplatz aus oder vor Ort durch Entsendung eines Advisory Support Teams oder eines Rapid Reaction Teams erfolgen (z. B. während der Flutkatastrophe in Pakistan 2010)). So halfen zivile Experten u. a. bei der Erstellung von Ausbildungskursen für die Kosovo Security Forces oder bei der Ausbildung von Stabsoffizieren der mauretanischen Armee an der Ecole Nationale D'Etat-Major (ENEM). In einem einwöchigen Ausbildungsmodul in der Hauptstadt Nouakchott wurden mit den Lehrern und dem diesjährigen Offiziersjahrgang sowie zivilen mauretanischen Experten anderer Ministerien über Konzepte in den Bereichen Terrorismus- und Rebellenabwehr sowie Krisenmanagement diskutiert.

Abschluss der Veranstaltung war eine Planbesprechung mit dem Szenario einer Flutkatastrophe in den Staaten Mauretanien, Senegal und Burkina Faso: Hauptaufgabe des militärischen Übungsstabes die Unterstützung der lokalen Behörden und der UN beim Lufttransport der Hilfsgüter, der medizinischen Hilfe vor Ort mittels Feldlazaretten, beim Bau von temporären Unterkünften für mehrere 100.000 Betroffene sowie bei der Instandsetzung der Infra-



NATO-Staaten und Partnerländer.  
(Grafik: www.nato.int)

struktur. Dabei standen besonders die Zusammenarbeit mit den zivilen internationalen, staatlichen und nichtstaatlichen Organisationen im Mittelpunkt der Diskussionen sowie der in vielen NATO-Staaten selbstverständliche Umstand, dass die Führung in den Händen der zivilen Autoritäten liegt und nicht von den Militärs übernommen wird. So bestand der Übungsstab des Verteidigungsministeriums auch nicht nur aus Vertretern aller Teilstreitkräfte, sondern es wurden Vertreter der Feuerwehr und der Finanzbehörden und einer NGO integriert. Ziel der dreijährigen Ausbildungsunterstützung ist es, die Lehrer der ENEM dazu zu befähigen, zukünftig eigenständig diese Lehrinhalte zu unterrichten.

Andreas Karsten ist seit 2008 Ziviler Experte der NATO Civil Protection Group und war bis April 2014 Fachbereichsleiter IV.2 *Operative Führung und Leitung* im Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe. Seit 01.05.2014 ist er Strategic Adviser für Crisis Management der Abu Dhabi Police und des Ministerium des Inneren der Vereinigten Arabischen Emirate.

# Deutsch-israelische Zusammenarbeit im Bevölkerungsschutz

Willi B. Marzi

Deutschland und Israel arbeiten seit vielen Jahren auf einer Vielzahl von Politikfeldern zusammen. Hierzu zählen insbesondere die Wirtschaft und die Forschung, aber auch der Bevölkerungsschutz.

Institutionalisiert wird diese Zusammenarbeit durch Regierungskonsultationen. Die fünfte dieser Konsultationen fand am 25. Februar 2014 in Jerusalem statt. Unter Leitung von Bundeskanzlerin Angela Merkel und Ministerpräsident Benjamin Netanjahu nahmen auf deutscher Seite 14 Bundesminister teil, darunter auch Bundesinnenminister Thomas de Maizière. Dies ist bereits Beleg für das breite Spektrum der Zusammenarbeit und die politische Bedeutung, die ihr zugemessen wird.

Die deutsch-israelischen diplomatischen Beziehungen blicken im nächsten Jahr auf ihr 50jähriges Bestehen zurück. In diesem Zeitraum haben sich die Beziehungen erheblich intensiviert und es ist auch jetzt die gemeinsame Absicht, die Zusammenarbeit zu vertiefen.

Im Bevölkerungsschutz bestehen seit Jahrzehnten Kontakte, die einen engen Informationsaustausch über Fragen gemeinsamen Interesses zur Folge hatten. Seit Mitte der achtziger Jahre fanden regelmäßige Treffen zwischen dem damaligen Bundesamt für Zivilschutz und der israelischen Botschaft statt.

Nach dem ersten Irakkrieg 1991 hatte der Autor die Gelegenheit, die Maßnahmen und Vorbereitungen auf kriegerische Auseinandersetzungen ebenso wie auf Terroranschläge kennenzulernen. Auf Israel wurden während des Irakkrieges insgesamt 40 Scud-Raketen abgeschossen, denen zwei israelische Bürger zum Opfer fielen. Besondere Brisanz erhielten diese Angriffe dadurch, dass nicht bekannt war, ob der Irak chemische Gefechtsköpfe verwenden würde, die für die Bevölkerung eine erhebliche zusätzliche Gefährdung zur Folge gehabt hätten. Glücklicherweise hat sich diese Befürchtung als gegenstandslos erwiesen.

Gleichwohl spielt der Schutz vor CBRN-Gefahren für Israel ebenso wie für Deutschland auch heute eine wichtige Rolle. Nicht zuletzt die syrischen Chemiewaffen stellen bis zu ihrer endgültigen Entsorgung eine Bedrohung für die gesamte Region dar. Dies galt und gilt umso mehr vor dem Hintergrund des Bürgerkrieges in Syrien mit seinen verschiedenen Akteuren und unvorhersehbaren Entwicklungen.

Die Zusammenarbeit im Bevölkerungsschutz ist über Jahrzehnte informell erfolgt. Am 31. Januar 2011 wurde sie durch die Unterzeichnung einer Gemeinsamen Absichtserklärung über die bilaterale Zusammenarbeit und die gegenseitige Hilfe im Notfallmanagement formalisiert. Unter-

zeichner waren der Minister für den Heimatschutz (Home Front Defence) des Staates Israel Matan Vilnai und der Bundesminister des Innern Thomas de Maizière. Mit dieser Absichtserklärung wird die Kontinuität gewährleistet, unabhängig vom Engagement einzelner Akteure.



Auf Israel wurden während des Irakkrieges insgesamt 40 Scud-Raketen abgeschossen, glücklicherweise „nur“ mit konventionellen Gefechtsköpfen. Die Aufnahme von 1989 zeigt irakische Scud-B-Raketen. (Foto: commons.wikimedia.org)

Die gemeinsame Absichtserklärung zum Notfallmanagement von 2011 steht in einer Reihe mit

- der gemeinsamen Absichtserklärung des Bundesministeriums des Innern und des israelischen Ministeriums für Öffentliche Sicherheit vom 18. November 2008 über

die Zusammenarbeit in der Abwehr von Kriminalität und Terrorismus und

- dem Übereinkommen zur Gesundheitssicherheit des Bundesministeriums für Gesundheit und des israelischen Verteidigungsministeriums vom 18. April 2005.

Das Ziel der gemeinsamen Absichtserklärung zum Notfallmanagement ist es, die Zusammenarbeit im Bereich des Katastrophenmanagements und des Zivilschutzes zu initiieren, zu stärken und weiter zu entwickeln. Sie soll zudem die Grundlage für den Austausch von Erfahrungen und Erkenntnissen bilden. Die Erklärung umfasst sowohl die Prävention als auch die Notfallvorsorge und das Management der Folgen von Katastrophen.

Sie hat also die gesamte Palette der Aktivitäten im Bevölkerungsschutz einschließlich des Schutzes Kritischer Infrastrukturen zum Gegenstand.

Um die Umsetzung zu strukturieren, wird jährlich ein Arbeitsplan entwickelt und von den zuständigen Generaldirektoren des Heimatschutzministeriums (Ministry of Home Front Defence, MHFD) und des Bundesministeriums des Innern (BMI) genehmigt. Schwerpunkte der Aktivitäten sind derzeit:

- die Warnung der Bevölkerung,
- das Feuerwehrwesen,
- der CBRN-Schutz,
- die internationale Hilfeleistung,
- Übungen und Ausbildung,
- das Thema Host-Nation Support und
- der gesundheitliche Bevölkerungsschutz.

Eine Schlüsselrolle bei der Umsetzung spielen das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) sowie die Bundesanstalt Technisches Hilfswerk (THW), die auf eine lange Zusammenarbeit mit Israel zurückblickt. Zu nennen sind insbesondere gemeinsame Übungen, die auch für dieses Jahr wieder geplant sind. Das THW unterstützt weiter durch Ausbildungsveranstaltungen zusammen mit den Vereinten Nationen in den Bereichen internationale Hilfeleistungen. So sind in 2014 weitere Workshops und Kurse in Planung.

In der aktuellen Kooperation hat das BBK gemeinsam mit dem israelischen Home Front Command (Teil des Verteidigungsministeriums) Workshops zur Warnung durchgeführt, 2013 in Israel und 2014 in Deutschland. Mit Unterstützung des Deutschen Feuerwehrverbandes wird das Thema Feuerwehrwesen bearbeitet. Auf israelischer Seite ist hierfür – ebenso wie für den Rettungsdienst – das Ministerium für Öffentliche Sicherheit (Ministry of Public Security) zuständig. Auf dem Gebiet des CBRN-Schutzes hat das israelische Verteidigungsministerium (Ministry of Defence) im April dieses Jahres einen Workshop veranstaltet, zu dem von ziviler Seite neben dem BBK auch das Bundeskriminalamt (BKA) sowie das Robert Koch Institut (RKI) vertreten waren.

Die Zusammenarbeit im gesundheitlichen Bevölkerungsschutz ist allgemein sehr intensiv. Akteure sind hier das

Bundesministerium für Gesundheit mit dem RKI und das israelische Gesundheits- sowie das Verteidigungsministerium. Darüber hinaus gibt es neben den Aktivitäten des BBK auch einen Informationsaustausch mit der Schutzkommission beim Bundesministerium des Innern. Diese Kommission berät die Bundesregierung und hier insbesondere das BMI in Fragen des Bevölkerungsschutzes. Mit den israelischen Partnern werden Themen aus der Forschung sowie dem gesundheitlichen Bevölkerungsschutz mit den Schwerpunkten Katastrophenmedizin, Massenansturm Verletzter und Erkrankter sowie Sichtung diskutiert. Die Schutzkommission war auf den beiden letzten International Conferences on Health Care System Preparedness & Response to Emergencies and Disasters (IPRED) mit eigenen Vorträgen vertreten.



Besuch einer israelischen Delegation bei der ATF in Köln.  
(Foto: BBK)

Die Zusammenarbeit mit Israel im Bevölkerungsschutz ist sehr umfangreich und umfasst darüber hinaus gemeinsame Forschungsprojekte, in die neben staatlicher Stellen auch Hilfsorganisationen eingebunden sind. So arbeitet beispielsweise das Deutsche Rote Kreuz mit seinem israelischen Counterpart Magen David Adom sehr eng zusammen.

Ohne alle Aktivitäten abschließend dargestellt zu haben, erweist es sich immer wieder, dass die Zusammenarbeit mit den israelischen Partnern im Bevölkerungsschutz vertrauensvoll und freundschaftlich ist. Dies macht sie nicht nur erfolgreich, sondern auch angenehm.

Dr. Willi B. Marzi hat langjährig mit den Israelis in den Bereichen CBRN-Schutz und gesundheitlicher Bevölkerungsschutz zusammengearbeitet, u. a. von 9 / 2007 bis 1 / 2014 im BMI, Abteilung *Krisenmanagement und Bevölkerungsschutz* als Referent für Israel.

# Der Umgang mit Krisen

## Der Landkreis Karlsruhe und die israelische Region Sha'ar Hanegev kooperieren im Bevölkerungsschutz

Knut Bühler

Der Landkreis Karlsruhe pflegt seit über zwei Jahrzehnten partnerschaftliche Beziehungen zur Region Sha'ar Hanegev an der nordöstlichen Grenze des Gazastreifens in Israel. Was mit Besuchen von Delegationen und Austauschprogrammen von Schülern und Lehrern begann, hat sich im Laufe der Jahre zu einem engen und guten Miteinander auf vielen weiteren Feldern entwickelt. Eine einzigartige Kooperation besteht im Bereich des Bevölkerungsschutzes, wo die Landkreisverwaltung und das Sha'ar Hanegev Regional Council intensiv zusammenarbeiten.



Der Disponent erläutert den israelischen Gästen die Funktionsweise der Feuerwehrleitstelle im Landratsamt Karlsruhe.

Die Unterschiede könnten größer kaum sein: In der Region Sha'ar Hanegev wohnen etwa 7.000 Menschen, im Landkreis Karlsruhe mit 430.000 mehr als sechzig mal so viele. Entsprechend verschieden sind die Strukturen in Gesellschaft und Verwaltung: Während die israelische Region eine Feuerwehr nur aus der Stadt Sderot kennt, wo zwei Fahrzeuge mit Besatzung zur Brandbekämpfung für einen Einzugsbereich von rund 32.000 Einwohnern stationiert sind, engagieren sich in den 32 Städten und Gemeinden mit ihren 100 Stadt- und Ortsteilen insgesamt 4.000 Feuerwehrleute in 100 Einsatzabteilungen. Was auf den ersten Blick nach einer ungleichen Partnerschaft aussieht, erweist sich bei näherer Betrachtung als gewinnbringender Austausch auf Augenhöhe.

Prägend auf der israelischen Seite ist die jahrelange und noch immer andauernde Erfahrung von Raketenangriffen und anderen gewaltsamen Übergriffen aus dem Gazastreifen. Gerade Anfang März wurden erneut Dutzende Raketen auf israelisches Gebiet abgefeuert, was auch zu enormen psychischen Belastungen führt. Entsprechend viel Erfahrungswissen haben die israelischen Partner gesammelt: zur Vorbeugung durch Resilienz, zur psychischen Notfallversorgung sowie zur Begleitung bei posttraumatischer Belastungsstörungen. Das gilt auch für die Handhabung von Informationswegen vom und zum einzelnen Bürger, wo interessante Lösungen entwickelt und vorbildliche Strukturen geschaffen wurden. Nutzbar sind diese auch für zivile Krisen vom Autounfall bis hin zu Naturkatastrophen, z. B. dem plötzlichen Anschwellen von Flüssen in der Ebene in Folge eines schweren Schneesturms im Dezember. Als eine Brücke vor Kibbutz Erez von Schwemmgut und Wassermassen blockiert und die zweite Zufahrt durch Straßenbauarbeiten unpassierbar war, war der Kibbutz plötzlich auf unbestimmte Zeit von jeglichem Verkehr abgeschnitten.

Der Grundstein für die Zusammenarbeit wurde im Rahmen der regierungsbezirksweiten Hochwasserübung „Rheinflut 2012“ und einer israelweiten Erdbebenübung gelegt, zu denen Fachleute der befreundeten Verwaltungen jeweils eingeladen wurden. In weiteren Begegnungen, zuletzt in Sha'ar Hanegev im Januar 2014, wurde inzwischen ein festes Programm für die weitere Zusammenarbeit vereinbart. Beide Seiten haben sich auf ein konkretes Projekt für die Jahre 2014 bis 2016 verständigt. Es trägt den Titel „Der Umgang mit Krisen im internationalen Vergleich“ und nimmt verschiedene Facetten des Krisenmanagements in den Blick. Ziel ist es, dass beide Partner von den Strukturen und Erfahrungen der jeweils anderen Seite profitieren und gemeinsam neue Erkenntnisse für die praktische Arbeit im Bevölkerungsschutz gewinnen.

### Der Umgang mit Krisen in der Praxis und seine theoretischen Grundlagen:

Beide Partner arbeiten im Bevölkerungsschutz auf der Grundlage einer Reihe von Konzepten (z. B. Gesetze, Pläne), Strukturen (z. B. Verwaltungsaufbau, Zusammenarbeit von hauptberuflichen und ehrenamtlichen Kräften) und technischen Gegebenheiten (z. B. Kommunikationsmittel, Ge-

räte). In diesem Projektbereich wollen sich die Partner nicht nur austauschen, sondern insbesondere neue Erkenntnisse gewinnen, auf deren Grundlage die bestehenden Konzepte, Strukturen und Techniken auf kommunaler Ebene weiter entwickelt werden können.

Der Fokus beider Partner ist hier auf die praktischen Bedürfnisse für den Umgang mit Krisen ausgerichtet, die Praxis soll aber theoretisch hinterlegt sein und hinterfragt werden. Eine wissenschaftliche Begleitung erscheint wünschenswert, weshalb begonnen wurde, entsprechende Kontakte zu knüpfen.

### Fähigkeit des Einzelnen zur Bewältigung von Krisen

In einem Gutachten der Universität Kiel zum Katastrophenschutz heißt es: „Es hilft den Menschen nicht, wenn man Katastrophenschutz als Reaktion auf Ereignisse versteht; man muss ihn als Unterstützungsfunktion für Menschen konzipieren, die auf Ereignisse reagieren. Die Reaktionen der Menschen machen die Katastrophe aus, nicht die Trümmer, Zerstörungen oder Funktionsausfälle.“ Deshalb ist die Selbsthilfefähigkeit der Menschen von zentraler Bedeutung für die Bewältigung von Krisen.

Inhaltlich gehören dazu nicht nur technische Hilfsmittel wie Werkzeuge oder Lebensmittel, sondern auch die Fähigkeit, mit einer Krise psychisch richtig umzugehen und sie bewältigen zu können. Auch der Austausch von Informationen zwischen den Behörden und der Öffentlichkeit entscheidet darüber, wie Menschen sich in einer Krise verhalten.

### Ehrenamt

Beide Partner arbeiten im Bevölkerungsschutz in erheblichem Umfang mit ehrenamtlichen Kräften. Wie diese möglichst sinnvoll in die Strukturen eingebunden werden, wie Menschen für freiwillige und uneigennütige Tätigkeiten gewonnen und im Ehrenamt gehalten werden können, sind hierbei die zentralen Fragen. Diese gilt es zu beantworten, wenn das derzeit gut funktionierende System bei beiden Partnern auch in Zukunft arbeitsfähig bleiben soll. Insbesondere in Deutschland stellt der sich abzeichnende demografische Wandel ganz besondere Aufgaben.

### Die nächsten Projektschritte:

Im **April 2014** besuchte eine Delegation des Kreistages des Landkreises Karlsruhe Sha'ar Hanegev. Ziel des Besuches war es, den gewählten Mandatsträgern einen unmittelbaren Eindruck über die Situation in der Partnerregion zu vermitteln und über das gemeinsame Projekt und seine Hintergründe zu informieren.

Im **Juli 2014** ist ein Gegenbesuch der israelischen Partner anlässlich des Kreisfeuerwehrtages im Landkreis Karlsruhe ein fester Bestandteil der weiteren Arbeit. Hauptge-

genstand des Treffens soll der Einstieg in die Zusammenarbeit bei der psychischen Notfallversorgung und Krisenintervention sein. Einer der Höhepunkte des Festwochenendes wird eine deutsch-israelische Tagung sein, die unter dem Motto „Helfern helfen“ steht und den Umgang mit belastenden und traumatisierenden Situationen im Einsatz zum Gegenstand hat. Von deutscher Seite wird die Veranstaltung von der Notfallseelsorge Karlsruhe professionell begleitet.



Die deutschen Gäste beim Blick über die gesicherte Grenze nach Gaza bei Kibbutz Nahal Oz.  
(Fotos: LRA Karlsruhe)

Hieran knüpft im **November 2014** ein weiterer Arbeitsbesuch einer Delegation aus Karlsruhe in Sha'ar Hanegev an, wo die Arbeit mit ehrenamtlichen Kräften auf beiden Seiten näher beleuchtet und auf der Grundlage praktischer Erfahrungen weiter entwickelt werden soll.

Im **Jahr 2015** sind anlässlich des 50-jährigen Bestehens der diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und Israel jeweils Konferenzen in Karlsruhe und in Sha'ar Hanegev geplant. Diese sollen die gesamte Bandbreite der Zusammenarbeit im Bereich Krisenmanagement abdecken. Neben dem fachlichen Austausch sind Echtzeitübungen und Simulationen als Praxisanteile vorgesehen. Im weiteren Fokus stehen dann auch die Bedürfnisse und Anforderungen beider Partner für die Weiterentwicklung des technischen Krisenmanagements.

**Ab 2016** folgt dann sukzessive die Umsetzung der gewonnenen Erkenntnisse in die jeweiligen Strukturen des Krisenmanagements auf kommunaler Ebene.

Der intensive Austausch hat bislang gezeigt, dass trotz erheblicher struktureller Unterschiede beide Seiten von einer Institutionalisierung und gezielten Strukturierung der Zusammenarbeit profitieren können – und dies weit über den Bevölkerungsschutz hinaus.

Knut Bühler ist Erster Landesbeamter im Landratsamt Karlsruhe und Stellvertreter des Landrates. Zu seinem Aufgabenbereich gehört u. a. auch der vorbeugende Brand- und Katastrophenschutz.

# Internationale Feuerwehrarbeit und Bevölkerungsschutz

Johannes Franz

In der alltäglichen Gefahrenabwehr und im Bevölkerungsschutz spielen die Feuerwehren in Deutschland eine tragende Rolle. Mit über einer Millionen haupt- und ehrenamtlichen Einsatzkräften sind sie die größte und personalstärkste Organisation der nicht-polizeilichen Gefahrenabwehr. Flächendeckend nehmen die Feuerwehren Aufgaben in der Menschenrettung, Brandbekämpfung, technischen Hilfeleistung, dem vorbeugenden Brandschutz, im Umweltschutz und in der CBRN-Gefahrenabwehr wahr und wirken je nach landesrechtlichen Regelungen auch im Rettungsdienst mit.

Die Erfahrung und das Wissen der Feuerwehren können auch im Ausland helfen. Deutsches Know-how im Bevölkerungsschutz wird international sehr geschätzt. Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) kann bei der Durchführung von internationalen Projekten auf die umfangreiche Expertise und das Engagement der Feuerwehren und ihrer Verbände bauen: So unterstützt das BBK zusammen mit der Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Berufsfeuerwehren Brasiliens im Vorfeld der FIFA WM 2014 in Fragen der nicht-polizeilichen Gefahrenabwehr, dem Krisenmanagement, der Einsatzplanung von Großveranstaltungen, dem Schutz vor CBRN-Gefahren sowie der Einsatzbewältigung eines Massenankomms von Verletzten. Ziel des Projektes ist es, die unterschiedlichen Akteure der an der WM-Planung beteiligten Behörden und Organisationen in Brasilien zu informieren und fachliche Erfahrungen weiterzugeben.

Zusammen mit der Berufsfeuerwehr Frankfurt am Main schloss das BBK im vergangenen Jahr im Auftrag des Auswärtigen Amtes (AA) ein Projekt zur Unterstützung des tunesischen Zivilschutzes im Rahmen der Transformationspartnerschaft der Bundesrepublik mit Tunesien ab: Ziele des Projektes, dessen Finanzierung aus Mitteln erfolgte, die der Deutsche Bundestag dem AA zur Verfügung gestellt hat, waren der Ausbau der Leistungsfähigkeit des dortigen Zivilschutzes in den Bereichen Krisenmanagement und Feuerwehr/Notfallrettung durch Krisenmanagementausbildungen, Ausstattungshilfe für Feuerwehr und Rettungsdienst sowie Erfahrungsaustausch in der Waldbrandbekämpfung. Für die Waldbrandbekämpfung wurde von der Feuerwehr Frankfurt ein Fahrzeugkonzept ausgearbeitet, das die Zusammenarbeit von mehreren Pick-ups mit Großtanklöschfahrzeugen und spezieller Ausrüstung vorsieht, um Waldbrände möglichst effektiv zu bekämpfen. Die hierfür eigens beschafften Fahrzeuge wurden gemeinsam nach Tunesien überführt.

Der im BBK verantwortliche Teilprojektleiter Tom Neumann lobt die gute Zusammenarbeit mit der Feuerwehr Frankfurt: „Uns war es sehr wichtig, die Ausstattungshilfe auf die Bedürfnisse vor Ort zuzuschneiden. Bei verschiedenen Erkundungsmissionen in Tunesien sowie bei der Aus-

arbeitung des Ausstattungskonzeptes mussten wir die vorhandenen französischen Standards genauestens analysieren und bei der weiteren Beschaffung beachten. Hierbei unterstützte uns die Feuerwehr Frankfurt maßgeblich.“

Für die Umsetzung des Projektes konnte das BBK auf den umfangreichen internationalen Erfahrungsschatz der Frankfurter Kollegen aus anderen Projekten und internationalen Einsätzen zurückgreifen:

In Granada, der Partnerstadt in Nicaragua, führte die Feuerwehr Frankfurt eine Ausbildung von zwanzig Feuerwehrleuten zu Rettungssanitätern durch. Diese Ausbildung war der erste Teil einer dreijährigen Ausbildungsreihe innerhalb der Kooperation zwischen den Feuerwehren von Granada und Frankfurt. Im Jahr 2014 folgt eine ebenfalls dreiwöchige Fortbildung in der Höhen-, Tiefen- und Seerettung. Abgeschlossen wird das Programm 2015 mit dem Ausbildungsmodul Brandbekämpfung und Atemschutz. Das Projekt mit einer dreijährigen Laufzeit wird überwiegend aus Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) im Rahmen des „Engagement Global“ Projektes „Nachhaltige Kommunalentwicklung durch Partnerschaftsprojekte“ (Nakopa) finanziert.

Ähnlich arbeitet die Feuerwehr Bonn mit der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) bei einem Brandschutzprojekt in Bangladesch zusammen, um die technische Hilfeleistung nach Gebäudeeinstürzen und den vorbeugenden Brandschutz vor Ort zu verbessern.

Für Jochen Stein, Amtsleiter Feuerwehr und Rettungsdienst Bonn und Vorsitzender der AGBF, „leistet das Projekt in Bangladesch einen wichtigen Beitrag, um den dortigen Bevölkerungsschutz nachhaltig zu stärken. Zudem bieten internationale Projekte auch immer eine gute Gelegenheit, über das eigene System zu reflektieren und sinnvolle Ideen für die eigene Arbeit aufzunehmen. Darüber hinaus gewinnen die beteiligten Mitarbeiter neue Eindrücke und Erfahrungen.“

Im Gegenzug profitieren betroffene Staaten davon, wenn sie auf die Unterstützung anerkannter Fachleute und Spezialgeräte bauen können, wie der DFV in seinem Beitrag zu den Einsätzen in Slowenien darlegt (S. 47 f, auch S. 8 ff).



Einweisung durch die Feuerwehr Frankfurt ins Gerät.  
(Foto: BBK)

Andere europäische Feuerwehren engagieren sich ebenfalls im Ausland, so zum Beispiel die Brigade der Feuerwehr von Paris, die Ausbildungen in Afrika, Asien und Südamerika durchführt und an internationalen Übungen und Workshops teilnimmt.

Für Capitaine Romain Kimmel, Chef der Abteilung für internationale Beziehungen, bietet die internationale Zusammenarbeit eine gute Gelegenheit zu sehen, in welchen Bereichen sich Feuerwehren in anderen Ländern engagieren und forschen; auch geht es um einen Erfahrungsaustausch, „vom einsatztaktischen Vorgehen und von Einsatzkonzepten anderer Ländern kann viel gelernt werden.“

So zeigt die Brigade ein besonderes Interesse am vorbeugenden Brandschutz in China und an der Leitstelle in London, um die dortigen Abläufe kennenzulernen. Mit deutschen Feuerwehren tauscht sich die Feuerwehr Paris in Forschungsfragen zu Fahrzeugen mit alternativen Antrieben, Großveranstaltungen und der Kooperationen mit Hilfsorganisationen aus. Interessiert zeigt sich die Brigade ebenfalls an dem Einsatzablauf und der Zusammenarbeit aller Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben an größeren Einsatzstellen.

Ein wichtiger Akteur und Partner des BBK sind die Feuerwehren und die Fähigkeiten ihrer MitarbeiterInnen im Bereich der Analytischen Task Force; in der internationalen Kooperation geht es hier zum einen um die Einsatzfähigkeit der ATF im EU-Ausland, aber auch um den Einsatz von

ATF-Mitarbeitern als Experten in drittmittelgeförderten Projekten.

So unterstützte die ATF-Deutschland auf Bitten des Bundes 2013 eine EU-Katastrophenschutzübung in Frankreich, mit der insbesondere die Erprobung der Einsatzplannungen zur Bewältigung von Anschlagsszenarien geprobt wurde (s. S. 6 f).

Auch bei der Unterstützung des jordanischen Zivilschutzes bei der generischen Stärkung seiner CBRN-Schutzfähigkeiten kann das BBK bei der Projektumsetzung im Auftrag des Auswärtigen Amtes auf die Expertise ATF-geschulter Experten der Feuerwehren zählen.

Die hier aufgezeigten Beispiele verdeutlichen, wie bilaterale Kooperationen im Bevölkerungsschutz mit Leben gefüllt werden und internationale Unterstützungs- und Beratungsleistungen im Zusammenspiel zwischen Bund und Kommune unter Einbeziehung der Länder konkret gestaltet werden. Dass BBK steht hier als Ansprechpartner und Koordinator zur Verfügung, der dankbar ist, in seiner Projektarbeit im Ausland die deutschen Feuerwehren und ihre Verbände an seiner Seite zu wissen.

Johannes Franz, Brandoberinspektor der Freiwilligen Feuerwehr Bonn, ist Mitarbeiter im Referat „Internationales, Auslandsunterstützung“ des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe im Projekt „Schutz und Rettung von Menschen“ in Tunesien.

# Hyogo Framework for Action in Österreich: Ende und Anfang

Siegfried Jachs, Michal Staudinger

Zehn Jahre nach seiner Annahme im Jahr 2005 steuert der Hyogo Framework for Action, der globale Aktionsrahmen zur Katastrophenvorsorge und Risikominimierung, vorerst auf sein geplantes Ende zu. Im Rahmen der Third World Conference on Disaster Risk Reduction im März 2015 in Sendai soll er aber in einen neuen „Post-2015 Prozess“ übergeleitet werden. Parallel dazu finden auch Vorbereitungen auf einen Nachhaltigkeitsgipfel und den UN-Klimagipfel in Paris im Jahr 2015 statt. Die Gleichzeitigkeit dieser drei Prozesse bietet erstmals die Chance, sie auf globaler Ebene stärker miteinander zu vernetzen und strategisch neu auszurichten. Nicht nur aus diesem Grunde wird der Hyogo Framework for Action nunmehr auch in Österreich stärker wahrgenommen. Mit dem Aufbau einer nationalen Plattform wurde bereits im Vorjahr begonnen.

Es war im Januar 2005, als die zweite und bislang letzte Weltkatastrophenkonzferenz in Kobe in der japanischen Präfektur Hyogo ihre Pforten öffnete und Vertreter von 168 Staaten zusammenbrachte, um gemeinsame Strategien zur Senkung der weltweiten Anfälligkeit gegenüber Katastrophen zu entwickeln. Die Präfektur gab schließlich dem Aktionsrahmen auch seinen Namen. Zehn Jahre zuvor, am

klargestellt hat, dass der Vermeidung von Katastrophen Vorrang gegeben werden soll gegenüber der Bekämpfung ihrer Auswirkungen.

Der Hyogo Framework setzt drei strategische Ziele und fünf Prioritäten, die sich über den gesamten Katastrophenmanagementzyklus spannen. Er stellt somit den umfassendsten internationalen Rahmen für Risikoreduktion und



Eisregen in Genf, Winter 2012.  
(Foto: KNMI)

17. Januar 1995, war Kobe durch ein schweres Erdbeben getroffen worden, dem über viereinhalbtausend Menschen zum Opfer gefallen waren. Kobe, das bis dahin vor allem für den umschlagstärksten Nichtöl-Hafen bekannt war, erholte sich wirtschaftlich nicht mehr von dem Schock und wird wohl wie andere Orte und Städte noch lange mit der Katastrophe assoziiert werden. Auch Fukushima, in dessen Nähe im März 2015 die dritte Weltkatastrophenkonzferenz stattfinden wird, hat ein ähnliches Schicksal. Begonnen hat die Reihe Weltkatastrophenkonzferenzen im Jahr 1994 ebenfalls in Japan mit der ersten Konferenz von Yokohama, bei der der Yokohama Strategy and Plan of Action for a Safer World verabschiedet wurde, jenes Dokument das vor allem

Resilienzbildung dar. Blickt man auf die letzten zehn Jahre, die verfügbaren Daten sowie die nationalen, regionalen und globalen Fortschrittsberichte zurück, so stellt man fest, dass die Zahl der registrierten Katastrophen in den letzten zehn Jahren tatsächlich rückläufig war, die Schäden aber weiter angestiegen sind. Eine Bilanz fällt unter diesem Gesichtspunkt gemischt aus. Die Vorarbeiten für die Verlängerung des Hyogo Frameworks über 2015 hinaus sind daher schon weit vorgeschritten. Konsultationen auf nationaler Ebene haben eine Reihe von Kernthemen und Ziele ergeben, die in einen neuen Rahmenplan ein-

fließen sollen. Sie streichen Themen hervor wie die Stärkung der lokalen Ebene der Katastrophenvorsorge, die stärkere Einbindung der Zivilgesellschaft, Genderaspekte, die stärkere Einbeziehung des privaten Sektors und einige mehr.

In Österreich wurde der Hyogo Framework bislang offiziell nur mit Abstrichen wahrgenommen. Dies mag verschiedene Gründe haben und u. a. darin liegen, dass er vielfach als Instrument der Außenpolitik und der Entwicklungszusammenarbeit gesehen wurde. Auch dass er rein rechtlich nicht bindend ist, mag eine Rolle gespielt haben. In Österreich besteht zwar seit Jahren ein Focal Point zu ISDR, jedoch wurde noch keine nationale Plattform wie das

Deutsche Komitee Katastrophenvorsorge e.V. eingerichtet. Die Österreichische Akademie der Wissenschaften hatte allerdings in den letzten vier Jahren ein Forschungsprogramm, das an ISDR-Grundsätzen orientiert war. Trotz des Fehlens eines formalen Rahmens heißt dies aber keineswegs, dass den Zielsetzungen des Hyogo Frameworks nicht entsprechend Rechnung getragen worden wäre. Dem Aufbau von Widerstandsfähigkeit gegenüber Naturkatastrophen hat Österreich besonders in den letzten Jahren umfangreiche Maßnahmen und Ressourcen gewidmet. In den Ausbau des Naturgefahrenschutzes ist viel investiert worden, und die Maßnahmen haben sich mittlerweile auch rentiert, was an den wesentlich geringeren Schäden beim letzten Hochwasser im Juni 2013 im Vergleich zum Jahr 2002 deutlich wurde. Mit dem staatlichen Katastrophenfonds verfügt Österreich über ein Instrument, aus dem der Schutz vor Naturgefahren trotz Wirtschafts- und Finanzkrise weiter finanziert werden konnten. Dies wurde auch unlängst in einer OECD-Review gewürdigt. Im Bundesland Tirol haben rund 300 Gemeinden den Status von "Resilient Cities" erhalten, was den Fortschritt ebenso beispielgebend veranschaulicht. Eine besondere Stärke im österreichischen Katastrophenschutz liegt in der Selbsthilfefähigkeit in lokalen Strukturen, in einer hohen Aufgabendelegation auf die kommunale Ebene und im hohen Ausmaß der Beteiligung der Zivilgesellschaft. Das Ehrenamt ist eine tragende Säule. Team Österreich, eine Einrichtung des Österreichischen Roten Kreuzes, die spontane Freiwilligenhilfe koordiniert, hat über Österreich hinaus als Modell für die Beteiligung der Zivilgesellschaft Anerkennung gefunden.

Mit dem Staatlichen Krisen- und Katastrophenschutzmanagement (bekannt als "SKKM") hat Österreich zwar schon seit dem Jahr 1986 eine Plattform für die Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Einsatzorganisationen, die viele Aufgaben wahrgenommen hat, die in anderen Ländern durch eine nationale Plattformen im Sinne des Hyogo Frameworks umgesetzt werden. Dennoch wird jetzt aber auch intensiv am Aufbau einer solchen Plattform gearbeitet. Vorbereitungswokshops fanden schon 2012 und 2013 statt. Im Dezember 2013 wurde eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die die Grundlagen der Plattform ausarbeiten und zur Beschlussfassung vorlegen soll. Geleitet werden die Arbeiten durch den Direktor der Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik, maßgeblich beteiligt sind das Innenministerium, das „Lebensministerium“ sowie das Außenministerium. Der Rahmen der Plattform soll möglichst breit sein und den privaten Sektor sowie vor allem wissenschaftliche Institutionen und Forschungseinrichtungen mitumfassen, die im SKKM bislang nicht institutionell vertreten waren.

Mit der Verlängerung des Hyogo Frameworks for Action verbinden sich einige Erwartungshaltungen und Zielvorstellungen aus österreichischer Sicht. In den Konsultationen über die Neuausrichtung nach 2015 wurden Ziele genannt, die aus österreichischer Sicht unterstützbar und erreichbar erscheinen, vor allem die weitere Stärkung der lokalen Komponente der Katastrophenvorsorge oder die Arbeit mit besonders vulnerablen Gruppen der Gesellschaft. An-



Hochwasser 2005 in Salzburg.  
(Foto: Staudinger)

zudenken sein wird auch eine stärkere Vernetzung mit EU-Politiken. Der Hyogo Framework sieht unter anderem eine freiwillige Selbstbewertung auf staatlicher Ebene hinsichtlich der Erreichung seiner fünf prioritären Ziele vor, auf EU-Ebene sollen die Mitgliedstaaten ab 2015 ebenfalls periodisch ihre Risikomanagementfähigkeiten beurteilen. Im Post-2015 Hyogo Framework soll hierfür ein neues System von Indikatoren entwickelt werden. Diese Parallelen verlangen wohl nach einem abgestimmten Vorgehen und einem Gleichklang, um Synergien zu finden und zu nutzen. Dies sollte auch darin seinen Ausdruck finden, dass sich die nationalen Katastrophenschutzbehörden stärker mit dem Hyogo Framework und dem Post-2015 Prozess auseinandersetzen. Diese Auseinandersetzung sollte wesentlich zu einer umfassenderen und integrierten Sicht des Katastrophenmanagements beitragen, indem Vermeidung, Vorsorge und Bewältigung noch stärker miteinander vernetzt werden.

Siegfried Jachs beschäftigt sich als Leiter des Referates für Staatliches Krisen- und Katastrophenschutzmanagement sowie Zivilschutz im Bundesministerium für Inneres in Österreich (BM.I) u. a. mit dem Post2015 Hyogo Framework for Action. Dr. Michal Staudinger, Direktor der Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik, leitet die „Arbeitsgruppe für die Vorbereitung auf eine österreichische Plattform.“

# Kompetenzen des BBK in der internationalen Zusammenarbeit

## Beratung – Entwicklung – Ausbildung – Vernetzung

Nadia vom Scheidt

Wenn in El Kef (Tunesien) die Waldbrandsaison beginnt, kann sich die lokale Bevölkerung eines gut gerüsteten Zivilschutzes gewiss sein: Ausrüstung und Know-how sind mit Beratung und tatkräftiger Unterstützung aus Deutschland entwickelt und eingesetzt worden. Wenn Krisenstäbe in der Provinz Guangdong in China vor besondere Herausforderungen gestellt werden, haben sie durch Ausbildung in Deutschland und durch deutsche Experten vor Ort Methoden erlernt, die helfen können, im Einsatzfall die richtigen Entscheidungen zu treffen. Wenn die WM-Städte in Brasilien sich mit den Sicherheitsaspekten von Großveranstaltungen beschäftigen, wurden sie dabei von Angehörigen deutscher Feuerwehren unterstützt. In allen Fällen hat das BBK zusammen mit Partnern Konzepte entwickelt und Projekte umgesetzt.

„Der Schutz der Bevölkerung vor besonderen Gefahren, die nicht aus eigener Kraft abzuwehren sind, ist eine der vornehmsten Aufgaben des modernen Staates.“ – Dieser Leitsatz aus der *Neuen Strategie zum Schutz der Bevölkerung* (Konferenz der deutschen Innenminister und -senatoren /IMK 2002) bestimmt das Handeln des BBK und seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der nationalen Arbeit. Doch ist Sicherheitspolitik in Deutschland heute auch untrennbar mit der europäischen und internationalen Sicherheitslage verbunden. Der Schutz der Bevölkerung ist daher auch wichtiges Element in der Europäischen Sicherheitspolitik, deren Aktionsplan zum Stockholmer Programm von 2010 beispielsweise Maßnahmen beschreibt, die die Kapazitäten der EU zur Prävention, Vorsorge und Abwehr von Katastrophen stärken sollen.

### Kompetenzen und Know-how-Transfer

Das BBK hat in den letzten 10 Jahren fachübergreifend alle Bereiche der zivilen Sicherheitsvorsorge zu einem wirksamen Schutzsystem für die Bevölkerung und ihrer Lebensgrundlage verknüpft. Damit hat es sich als nationaler Knotenpunkt im Bereich Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe aufgestellt. Durch Deutschlands Verpflichtungen und aktive gestaltende Rolle innerhalb der EU und der Staatengemeinschaft hat auch das BBK mittlerweile in vielen Themenfeldern eine internationale Kompetenz herausgebildet.

Dadurch gelingt es auch international, über eine Vielzahl von Themen hinweg Prozesse mitzugestalten und Expertise zu vermitteln; mit Partnern werden Erfahrungen ausgetauscht, Kompetenzen gemeinsam weiterentwickelt sowie Solidarität und gegenseitige Hilfe gefördert und ermöglicht: In die grenzüberschreitenden konzeptionellen und strategischen Planungen fließen einerseits nationales

Wissen und nationale Erfahrungen nutzbringend ein; andererseits profitiert Deutschland von einem lebendigen Wissenstransfer und kann zur Wahrung eigener Interessen den internationalen Planungs- und Umsetzungsprozess unterstützen.

Die Zusammenarbeit findet vor allem im Austausch mit unseren direkten Nachbarn, innerhalb der EU, und mit ausgewählten Gremien und Themen der Vereinten Nationen sowie der NATO statt; mit einzelnen Staaten sind gemeinsame Kooperationsvereinbarungen und Arbeitsprogramme festgelegt. Auf der Grundlage politischer Rahmenvorgaben durch das Bundesministerium des Innern wird die politische-strategische Schwerpunktsetzung der Bundesregierung umgesetzt: So trägt das Projekt mit Tunesien zur Umsetzung der vom Auswärtigen Amt initiierten Transformationspartnerschaft mit nordafrikanischen Staaten bei, deren demokratischer Wandel unterstützt werden soll; die Stärkung der CBRN-Abwehrkapazitäten des jordanischen Zivilschutzes ist ein Beitrag zum zivilen Engagement der Bundesregierung in Krisenregionen.

### Angebote und Themen

Für den internationalen Austausch eignen sich zunächst Themen, für die bereits nationale Expertise erworben wurde, die auf internationale Angebote übertragen werden kann oder für die es schon eine breite Basis von Erfahrungswerten im internationalen Bereich gibt.

Die international vermittelbaren Kompetenzen des BBK orientieren sich am allgemeingültigen Risiko- und Krisenmanagement-Zyklus. Sie folgen den Prinzipien Katastrophenprävention, Katastrophenvorsorge sowie Krisenmanagement, Katastrophenbewältigung und Lessons learned. Eine herausgehobene Kompetenz im nationalen Bevölke-



#### Internationale Angebotsformate

Bevölkerungsschutz besitzt das BBK durch Expertise zum Schutz vor chemischem biologischen, radiologischen und nuklearen Gefahren, die als originäre Leistung des Bundes auch international vertreten wird, z. B. bei der Organisation für die Vernichtung von Chemiewaffen (OPCW).

Die Angebotsformate decken eine große Bandbreite ab: vom fachlichen Austausch mit internationalen Besucherdelegationen über die Vertretung deutscher Positionen in internationalen Gremien zur Konzeption und Durchführung von extern finanzierten Sonderprojekten; auch die internationalen Inhalte und Netzwerke in der Ausbildung nehmen einen hohen Stellenwert ein und sind ein Markenzeichen der AKNZ. Von besonderer Bedeutung sind die institutionalisierten Rollen, die im BBK wahrgenommen werden, wie z. B. durch das GMLZ in internationalen Meldeverfahren oder durch die Zentralstelle zur Koordinierung der Nachsorge, Opfer- und Angehörigen-Hilfe (NOAH), deren Angebot sich im Auftrag des Auswärtigen Amtes an Deutsche wendet, die im Ausland durch schwere Unglücksfälle oder Terroranschläge zu Schaden gekommen sind.

#### Umsetzung und Ressourcen

Die Angebote des BBK können je nach politischer Anforderung und zur Verfügung stehender finanzieller und personeller Ressourcen auf unterschiedlicher Umsetzungsebene erbracht werden:

1. Informationsaustausch bis Analyse
2. Analyse bis Beratung
3. Beratung bis Schulung
4. Schulung bis Projekt-Umsetzung

Während einige Angebote aus Eigenmitteln und damit im Regelbetrieb des BBK erbracht werden können, erfordern komplexe Projekte und Ausbildungsangebote einen erhöhten Koordinierungs-, Umsetzungs- und Personalaufwand, für die externe Finanzierung erforderlich ist, beispielsweise über das Auswärtige Amt, die Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), Engagement Global, das Unionsverfahren für den Katastrophenschutz, EU-Forschungsgelder oder Eigenmittel von Partnern.

Fachliche externe Partner für die Umsetzung von Projekten oder Beratungsleistungen sind beispielsweise die Arbeitsgemeinschaft der Berufsfeuerwehren (ABGF), aber auch einzelne Berufsfeuerwehren und deren Fachexperten. Mit der Bundesanstalt THW steht das BBK in engem Austausch und gegenseitiger Beratung und ist oftmals in den gleichen Partnerländern mit unterschiedlichen Schwerpunkten tätig; im Rahmen internationaler Konzeptentwicklung zur Katastrophenvorsorge unterstützt das BBK die Aktivitäten des Deutschen Komitees Katastrophenvorsorge (DKKV), der nationalen Plattform der UN-Strategie zur Katastrophenvorsorge – ISDR.

Dank guter Partner, gewachsener Erfahrung und solider Leistung haben die international ausgerichteten Tätigkeiten des BBK und seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über die letzten Jahre einen wichtigen Beitrag für eine solidarische und kompetente Zusammenarbeit im grenzüberschreitenden Bevölkerungsschutz geleistet.

Nadia vom Scheidt war von 2010 bis Mai 2014 Referatsleiterin für die internationalen Angelegenheiten im BBK, zuvor arbeitete sie in international ausgerichteten Verwendungen im Bundesministerium des Innern sowie der Europäischen Kommission; ab Juni 2014 leitet sie die Abteilung für Außenbeziehungen der Stadt Stuttgart.

# Wertvoller Erfahrungsschatz

## Internationale Auslandseinsätze von BBK-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeitern

Orsola Lussignoli

Deutschland engagiert sich immer mehr international, in der Sicherheitspolitik und im internationalen Krisenmanagement – nicht nur durch militärischen Einsatz, sondern auch durch bilaterale Zusammenarbeit mit gegenseitigem Austausch und Kapazitätenaufbau durch zivile Behörden. Dies betrifft zunehmend auch die zwischenstaatliche Zusammenarbeit im Bereich des Katastrophen- / Bevölkerungsschutzes.

Dabei transferieren und vermitteln die deutschen Sicherheitsbehörden und ihre Partner in dieser bilateralen Zusammenarbeit nicht nur Technik und fachliches Know-how, sondern auch eine Kultur des Katastrophenmanagements, die auf Ehrenamt, Kooperation von vielfältigen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren und Ebenen sowie Nähe der Hilfeleistenden zu Hilfeempfangenden aufbaut und sich durch seit langem bewährte Praxis auszeichnet.

Im internationalen Transfer und Austausch, welchen der Bund koordiniert und leitet, gilt es auch diese Prinzipien nicht nur zu vermitteln, sondern auch zu leben, damit Effektivität und Glaubwürdigkeit auch die Leitprinzipien der internationalen Kooperation im Bereich Hilfeleistung prägen.

Innerhalb dieser internationalen Kooperation ist auch das BBK immer mehr gefordert, im Rahmen seiner Kompetenzen nicht nur national, sondern auch international, mit europäischen Partnern aber auch anderen Staaten in den Austausch zu treten.

Aus diesem Grund schätzt und profitiert das BBK kontinuierlich von der aktuellen Praxiserfahrung aus dem internationalen (aber auch nationalen!) Einsatzgeschehen seiner MitarbeiterInnen, erworben durch haupt- oder ehrenamtliche Tätigkeiten im Auftrag von Hilfsorganisatio-

nen, Behörden oder internationalen Organisationen. Das Bundesamt fördert und ermöglicht diese Einsatzerfahrung, indem es während der Arbeitszeit die Teilnahme an Übungen, Trainings oder Einsatzmissionen ermöglicht, durch Abordnungen unterstützt oder einsatzerfahrene Mitarbeiter in bestimmten Bereichen bevorzugt einstellt.

Dadurch unterscheidet sich das BBK von anderen klassischen Bundesverwaltungsbehörden und das ist sein Reichtum und seine Stärke. Auch wenn es immer wieder gilt, auf die Balance zwischen den national zu erledigenden Aufgaben, und die dafür zur Verfügung stehenden knappen personellen Ressourcen, und der Einsatz- und Praxiserfahrung zu achten, hat die Kompetenz im internationalen Einsatzgeschehen im BBK ein hohen Stellenwert.

Die hier dargestellten Erfahrungen von ausgewählten BBK Mitarbeitern sind Beispiele dafür, wie diese Vielfalt der internationalen Erfahrung im BBK gelebt wird und wie nicht nur das Amt durch diese Erfahrung profitiert, sondern auch die Mitarbeiter durch eigene persönliche und berufliche Weiterentwicklung dadurch gewinnen.

Denn aus den Erfahrungen aus dem internationalen Einsatzgeschehen nehmen diese, neben soliden Praxiserfahrungen aus dem Feld, auch Flexibilität, Anpassungsfähigkeit und Offenheit gegenüber Neuem mit, sowie die Fähigkeit, schnell über neue Zusammenhänge und die Bedürfnisse zu urteilen, die für den eigenen beruflichen und persönlichen Alltag wiederum von Vorteil sind.

Orsola Lussignoli ist Mitarbeiterin des Referates *Internationales, Auslandsunterstützung* im BBK.

### Als „Deputy Police Commissioner South“ im Sudan

Klaus-Dieter Tietz, Fachbereich IV.2, Operative Führung und Leitung

Als Polizeibeamter des Landes Niedersachsen, der seit 2007 zum BBK und der AKNZ als Dozent abgeordnet ist, hatte ich die besondere Ehre, im Rahmen eines weltweiten Auswahlverfahrens für die Position des „Deputy Police Commissioner South“ in der United Nations Mission in Sudan (UNMIS) ausgewählt zu werden.

Beamtenrechtlich war ich für diesen Zeitraum in Deutschland beurlaubt und im Dienst der Vereinten Nationen.

Meine Aufgabe war es, in einem Land das durch fast 50 Jahre Krieg gelitten hat, eine zivile Polizei aufzubauen. Von Februar 2011 war ich dann in der Position des Acting Police Commissioners zuständig für die Polizeikomponente im gesamten Sudan, ein Land, siebenmal größer als die Bundesrepublik Deutschland. Dazu hatte ich über 700 Internationale Polizeibeamte aus 41 Nationen zur Verfügung. Allein die Polizei des Süd-Sudan umfasst ca. 40.000 Polizeibeamte, die so gut wie nicht ausgebildet

waren. 80 % sind Analphabeten, was die Trainings nicht einfacher macht. Es fehlt an allem: Qualifiziertes Personal, Strukturen, Material, Gesetzgebung.

Dazu kommen ethnische Spannungen, die, wie die aktuelle Situation im Süd-Sudan zeigt, auch leicht zu einem Bürgerkrieg führen können.

Während meiner fast zweieinhalb Jahre Tätigkeit im Süd-Sudan konnte ich wesentlich an der Sicherheitsarchitektur mitwirken. So

ging es um die Absicherung der ersten freien Wahlen seit über 20 Jahren, der Frage, ob der Süd-Sudan unabhängig werden soll, der Absicherung des Referendums hierzu und dann am 09. Juli 2011 auch den Vollzug der Separation. Außerdem war ich an den Friedensverhandlungen unter Führung der African Union in Addis Abeba beteiligt.

Im weiteren Verlauf nach der Separation habe ich in der United Nations Mission in the Republic of South Sudan (UNMISS) gewirkt.

Besonders belastend war sicherlich der ethnische Konflikt zwischen dem Stamm (Tribe) der Lou Nuer und der Murle, bei denen über 3.000 Menschen getötet wurden. Es ist schon schwer zu ertragen das kommende De-

saster zu erkennen und genau zu wissen was passieren wird, es dann aber trotzdem nicht verhindern, allenfalls abmildern, zu können.



Amtseinführung beim Innenminister der Republic of Southern Sudan, Maj. General Radjew Dewan, bis Februar 2011 aktiver Police Commissioner aus Indien. (Foto: Klaus-Dieter Tietz)

Geholfen hat mir bei der Aufgabenbewältigung, dass ich mich seit Jahren mit dem Krisenmanagement und der Führung beschäftige. Dazu gehört natürlich auch der Umgang mit Stress und der psycho-emotionalen-Belastung im Einsatz. Was ich in meinen eigenen Seminaren in Ahrweiler einfordere, dass konnte ich im praktischen „Führungs“-Leben umsetzen.

Seit meiner Rückkehr setze ich meine neuen Erkenntnisse in der Lehre an der AKNZ ein. Ich begrüße es auch, an der AKNZ und für das BBK gelegentlich international tätig sein zu können.

### Als Mitglied des Erkundungsteams der Internationalen Rotkreuz-Föderation in Tunesien

*Holger Schmidt, Referat III.4, Katastrophenmedizin, medizinische Selbsthilfe*

Während des Bürgerkriegs in Libyen flohen Hunderttausende über die Grenze nach Tunesien. Dort wurden sie in Transitlagern versorgt.

Am 20. Februar 2011 flohen die Ersten aus Libyen; zehn Tage später hatten bereits 70.000 Menschen die Grenze nach Tunesien passiert. Das UN-Flüchtlingshilfswerk und der Tunesische Rote Halbmond waren sofort zur Stelle, errichteten Lager hinter der Grenze, forderten aber weitere Unterstützung an. Mein Einsatzanruf erfolgte am Morgen des 1. März, zwei Tage später war ich am Grenzposten in Ras Ajdir.

Der Grenzposten liegt in einem unbewohnten, wüstenartigen Gebiet. Die Massen an Menschen kamen nicht weiter und mussten versorgt werden. Wasser, Lebensmittel und Zelte wurden knapp, die Stimmung drohte zu kippen – damals trafen bis zu 14.000 Menschen am Tag ein.

Ich war Mitglied des Erkundungsteams der Internationalen Rotkreuz-Föderation. Wir stellten zunächst fest, was die nationalen Behörden und Helfer bereits leisteten und wo es Bedarf an Unterstützung gab.

Wir kamen vom Deutschen, Norwegischen, Belgischen und Amerikanischen Roten Kreuz.

Das Team bestand aus einem Koordinator sowie Fachleuten für Wasser- und Sanitärversorgung, für Betreuungsdienste und für Kommunikation. Ich war für die medizinische Versorgung zuständig.

Das Problem war der Massenansturm, den wir anfangs zu bewältigen hatten. Allein im März kamen rund 140.000 Menschen über die Grenze. Letztendlich dürften insgesamt Hunderttausende durch die Transitlager gegangen sein.

Das UN-Flüchtlingshilfswerk und der Tunesische Rote Halbmond erweiterten die Lager, was auch bedeutete, dass auf einen Schlag eine große Zahl freiwilliger Helfer eintraf. Die mussten natürlich ebenfalls versorgt werden, um einsatzfähig zu bleiben. Mit Hilfe des DRK errichtete mein Team ein Basiccamp mit Zelten, Nahrungsmitteln, Wasser und Sanitäreinrichtungen für 100 Menschen. Später wurde es auf eine Kapazität von 150 erweitert.



Ankunft in Ras Ajdir. (Foto: Holger Schmidt)

Uns lösten internationale Hilfsteams ab, zu denen auch DRK-Mitarbeiter gehörten. Diese Kollegen blieben länger: Zwei oder drei Monate. Sie sorgten dafür, dass die Qualität der Versorgung in den mittlerweile drei Transitlagern

stabilisiert und verbessert wurde. Das DRK lieferte eine Trinkwasseranlage für 4000 Menschen sowie Wassertanks und Duschen, die einer unserer Wasserexperten betreute. Bei Bedarf wurde weiteres Hilfsmaterial per Flug von Berlin nach Ras Ajdir geschickt.

Die Erfahrungen und Erkenntnisse aus dieser Mission waren vielfältig. Bei der Einrichtung von Transitlagern auf freier Fläche muss vorab u.a. geklärt werden: Wie ist die Windrichtung? Wie ist der Boden beschaffen? Wie verändert die Regenzeit das Hilfscamp? Wenn in Notsituationen Bevölkerungsgruppen in Camps auf engem Raum zusammenleben, müssen lokale Gewohnheiten, regionale und klimatische Besonderheiten, für unterschiedliche Essgewohnheiten Nahrungsmittelbeschaffung sowie Aspekte der Siedlungshygiene, der Gewaltprävention oder religiöser Besonderheiten beachtet werden. Unabdingbar sind dabei vor Ort die Einbeziehung lokal verfügbarer Ressourcen sowie die Kooperation mit der Bevölkerung und den lokalen Autoritäten.

Als gelernter Fachkrankenpfleger für Anästhesie und Intensivmedizin bin ich seit 1979 DRK-Delegierter für den medizinischen Bereich. Der Einsatz an der tunesisch-libyschen Grenze war meine 34. Auslandsmission.

### Teamleader des multinationalen „European Aerial Medical Evacuation Team - EURAMET“

*Constantin Wenzel, I.2, Gemeinsames Melde und Lagezentrum von Bund und Ländern (GMLZ)*

Seit 2010 bin ich ehrenamtlich als Soforthelfer im Bereich Auslandshilfe der Johanniter-Unfall-Hilfe e.V. tätig. Dort bin ich originär als Teamleader des multinationalen European

Aerial Medical Evacuation Team „EURAMET“ eingeteilt. In den Jahren 2011 und 2012 hatte ich die Möglichkeit an zwei internationalen Katastrophenschutzübungen des „Euro-At-

lantic Disaster Response Coordination Centre (EADRCC)“ der NATO teilzunehmen. 2011 in Moldawien war ich als Teamleader eines „Medical Emergency Response Teams (MERT)“ der

Johanniter und 2012 in der Übungssteuerung im Bereich der medizinischen Versorgung eingesetzt. In beiden Übungen war es mir möglich, die multinationale Zusammenarbeit im operativen Bereich zu beobachten bzw. Teil von ihr zu sein.

Da in diesen Übungen die Strukturen im Rahmen internationaler Hilfeinsätze beübt wurden (Etablierung eines UN geführten On-site Operations Coordination Centre, „OSOCC“, Zusammenarbeit zwischen OSOCC und Local Management Authority, „LEMA“ bzw. zwischen den lokalen On Site Commander und den Teams sowie das integrative Zusammenspiel verschiedener internationaler Teams), war es mir möglich, einen Eindruck der damit verbundenen Schwierigkeiten und der Lösungsmöglichkeiten zu gewinnen.

Für meine Tätigkeit im GMLZ, wo wir auch bei Schadenslagen im internationalen Bereich stark eingebunden sind, konnte ich nützliche Erfahrungen sammeln. Durch diese ist es mir möglich, eine Situation, die wir sonst nur in Form von Situation Reports der EU, UN, EAD-RCC u.a. beschrieben bekommen, plastischer zu sehen, Verzögerungen in der Berichterstattung (verglichen mit den Medien) nachzuvoll-

ziehen und zeitliche Verläufe bei internationalen Hilfeinsätzen zu verstehen und diese Faktoren entsprechend zu bewerten. Ebenso mögliche Probleme erkennen, die entstehen können, wenn internationale Hilfskräfte in betroffene Staaten einreisen und hier unter Umständen eine Unterstützung des entscheidenden Staates erforderlich sein kann.



Mit dem Teamleader des türkischen Medical-Teams während der Übung CODR II 2011 in Moldawien. (Foto: Privat)

Eine weitere positive Erfahrung war, dass ich neben dem Knüpfen von persönlichen Verbindungen zu anderen Kolleginnen und Kollegen der „Community“, die kulturellen und

strukturellen Gegebenheiten der Gastgeberländer kennenlernen bzw. vertiefen konnte, ebenso wie die Möglichkeiten der Zivil-militärischen Zusammenarbeit, die mir bereits aus verschiedenen Auslandseinsätzen in Afghanistan und dem ehemaligen Jugoslawien während meiner Dienstzeit bei der Bundeswehr bekannt waren.

Rückblickend betrachtet, kann ich beide Teilnahmen als positiv und hilfreich für meine tägliche Arbeit betrachten, da Erfahrungen im Feld meines Erachtens nach unverzichtbar sind, um, in Bezug auf das GMLZ, Lagen zu bewerten, zu beurteilen und entsprechende Maßnahmen einzuleiten, aber auch um gewonnene Erfahrungen im Rahmen struktureller Arbeit und der entsprechenden Ausbildung in diesem Bereich einfließen zu lassen.

Insofern kann ich nur jedem, der in einem dieser Bereiche tätig ist, empfehlen, Erfahrungen auf diesem Gebiet zu sammeln. Entweder als aktiver Helfer/ausgebildeter Experte (wobei hier eine entsprechende Ausbildung erforderlich ist) oder als Beobachter bei Übungen.

## Die humanitäre Hilfe in Süd/Ossetien Georgien in 2008

Orsola Lussignoli, Referat II.7, Internationales, Auslandsunterstützung

Von 2005 bis 2009 war ich als Delegierte des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes in Krisengebieten tätig. Seit 2007 war ich als Büroleiterin im Nord Kaukasus (Russische Föderation) in Post-Konfliktprogrammen tätig, die das Internationale Komitee des Roten Kreuzes (IKRK) zum Schutz und zur Hilfe der Bevölkerung und der Kriegsoffer seit den tschetschenischen Kriegen unterhält.

Als der Krieg zwischen Russland und Georgien um die Region Südossetien im Sommer 2008 ausbrach, kam es durch den Zufluss von Flüchtlingen und die Unterbrechung der Versorgung der Bevölkerung in Tskhinvali, (der Hauptstadt Südossetiens) zu einer humanitären Notlage in einer Region, die schon durch interethnische Konflikte und Instabilität geprägt und daher bereits von strukturellen Problemen betroffen war. In Kürze wurde klar, dass eine schnelle humanitäre Aktion gebraucht wurde.

Zwar hatte das IKRK bereits ein Büro in Tskhinvali, dieses musste aber logistisch und operationell aufgestockt und mit zusätzlichen personellen Ressourcen gestärkt werden, welche die Hilfeleistungsprogramme in Gang setzen konnten. Das bedeutete, sich innerhalb kürzester Zeit ein klares Bild über die dringendsten Bedürfnisse zu machen. Dies alles unter Rahmenbedingungen in einem Kontext, wo noch teilweise Milizen kämpften, Unsicherheit und Ausgangsperre herrschte, und Wasser, Lebensmittel, medizinische Hilfe sowie gene-



Logo des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes. (Foto: wikimedia commons.org)

rell Transportmittel knapp waren und wo die Bevölkerung zum Teil auf der Flucht war und zum Teil dringende Hilfe von außen benötigte, um die täglichen Bedürfnisse zu decken. Mit einem kleinen Team von expatriierten Kollegen fuhren wir im Hilfskonvoi durch die Kriegsgelände, um die Stadt und das Büro zu erreichen.

Danach galt es sich schnellstmöglich um die betroffene Bevölkerung zu kümmern: Familienmitglieder, die ihre Angehörigen suchten und keinen Kontakt hatten, Frauen und Kinder, die medizinisch versorgt werden mussten, Dörfer, die auf Lebensmittelhilfe angewiesen waren, ältere Menschen, die in einer völlig zerstörten Gegend zurückgeblieben und auf sich allein gestellt waren, Gefangene auf beiden Seiten, die durch den Krieg in Gefangenschaft gekommen waren, Mütter, Brüder und Schwestern, die männliche Familienmitglieder vermissten und um deren Verbleib bangten.

Gleichzeitig galt es schnellstmöglich, die Voraussetzungen für anlaufende Langzeit-Hilfeleistungsprogramme zu schaffen, da der Winter vor der Tür stand. Dies bedeutete unter anderem Kontakte und Vereinbarungen mit den teilweise neuen lokalen Autoritäten zu schaffen, die Organisation bekannt zu machen,

einen Rahmen für die Sicherheit der IKRK Operationen zu schaffen, aber auch die personellen und logistischen Herausforderungen zu bewältigen (unterbrochene Straßen, schlechte Kommunikationsmittel, fehlende topographische Referenzen, durch Minen gefährdete Gebiete, aber auch qualifiziertes und zuverlässiges lokales Personal zu rekrutieren, einzuweisen und zu organisieren).

Es war eine sehr prägende Erfahrung, sowohl aufgrund der extremen Arbeitsbelastung und der Notwendigkeit eng im Team zu arbeiten und in engen Räumen zu leben, als auch aufgrund der generellen Lage des Konfliktgebietes und der schwierigen Zustände mancher Opfer. Daraus habe ich aber für die aktuelle Arbeit im BBK viel gelernt, vor allem die Fokussierung auf die wichtigsten Bedürfnisse, die Notwendigkeit einer guten Erkundung und einer klaren Analyse der Bedarfslage und die Bedeutung einer guten, anhaltenden Kooperation mit lokalen Partnern, die es ermöglichen, die Hilfeleistung ankommen zu lassen.

Jederzeit würde ich eine solche Erfahrung an alle weiterempfehlen, die unmittelbar in der Hilfeleistung, sei es national oder international, arbeiten, da diese Erfahrung hilft, sich auf eine effektive und äußert praktisch angelegte Hilfeleistung zu konzentrieren und das Wesentliche im Sinne einer besseren Hilfe an die Betroffenen zu planen.

# 10 Jahre Forschung in der Psychosozialen Notfallversorgung (PSNV)

Jutta Helmerichs

Die psychosoziale Betreuung von Überlebenden, Angehörigen und weiteren Notfallbetroffenen nach schweren Unglücksfällen und Katastrophen sowie die psychosoziale Einsatzvorbereitung und Nachsorge für Einsatzkräfte ist selbstverständlicher Bestandteil der Gefahrenabwehr und hat sich in der Praxis bewährt. Dieses Ergebnis geht auf das hohe Engagement einzelner Personen und Gruppen aus Feuerwehr, Rettungsdienst, Polizeien, Hilfsorganisationen, THW, Kirchen sowie einschlägigen Vereinen und Verbänden in den letzten 20 Jahren zurück.

Seit 2002 wird der Psychosozialen Notfallversorgung, abgekürzt PSNV, auch auf Bundesebene zunehmend Beachtung geschenkt. Ausgangspunkt war die Verantwortung für die Einsatzkräfte des Bundes im Technischen Hilfswerk, der Bundespolizei und dem Bundeskriminalamt. Das Bundesministerium des Innern veranlasste die Bildung eines eigenen Fachgebietes für PSNV mit den Aufgaben, die Integration der PSNV in die traditionelle Gefahrenabwehr zu fördern und gleichzeitig eine evidenzbasierte Qualitätssicherung zu gewährleisten. Dazu wurde – als Teil der Ressortforschung – ein eigenes Forschungsprogramm zu psychosozialen Themen und Fragestellungen im Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) (bzw. seiner Vorgängerbehörde im Bundesverwaltungsamt) aufgelegt. Bis heute konnten acht Forschungsprojekte abgeschlossen werden, drei Projekte befinden sich derzeit in der Umsetzung und eines in der Vorbereitung. Daneben vergab das BBK seit 2002 drei wissenschaftliche Gutachten zu PSNV-Fragen. Alle Forschungsaktivitäten werden durch Projekt begleitende Arbeitskreise beraten, die den Praxisbezug der wissenschaftlichen Arbeiten sicherstellen.

## Forschungsschwerpunkte und Fragestellungen

### Wirksamkeit von Einsatznachsorge und Anti-Stress-Training

Beim ICE-Unglück in Eschede 1998 waren rund 2.000 haupt- und ehrenamtliche Einsatzkräfte mit hohen psychischen Belastungen konfrontiert. Erstmals stand in diesem Kontext bei einer Großschadenslage in Deutschland umfassend und systematisch psychosoziale Hilfe zur Verfügung. Die angebotenen Nachsorgegespräche stießen auf breite Akzeptanz; jede dritte Einsatzkraft machte von dieser Möglichkeit zur Einsatznachbereitung Gebrauch. Von Seiten der Wissenschaft sowie der Fachgesellschaften der Psy-

chologie und Psychiatrie wurde jedoch zu Recht kritisch angemerkt, dass die wissenschaftlichen Grundlagen für diese Nachsorgemaßnahmen fehlten. Vor allem die Wirksam-



Erarbeitete Ergebnisse werden auf Konferenzen vorgestellt.

keit einzelner verbreiteter Gesprächsangebote, aber auch die von Trainingseinheiten zur psychosozialen Ausbildung im Einsatzwesen war nicht erwiesen. An dieser Stelle hat der Bund angesetzt und vergab entsprechende Studien an die Ludwig-Maximilians-Universität in München. 4.000 Einsatzkräfte aus verschiedenen Regionen Deutschlands be-

Titel	Untersuchung bestehender Maßnahmen zur sekundären Prävention und Entwicklung einer Methodik und eines zielgruppenorientierten Programms zur sekundären Prävention einsatzbedingter Belastungsreaktionen und -störungen (Sekundäre Prävention) und Untersuchung des langfristigen Adaptationsprozesses nach unterschiedlichen Nachsorgemaßnahmen im Kontext von Katastrophen und extrem belastenden Einsätzen (Follow up).
Hochschule & Projektverantwortung	Ludwig-Maximilians-Universität München, Department Psychologie: Prof. Dr. Willi Butollo, Dr. Marion Krüsmann & Dr. Regina Karl
Laufzeit	02/03 – 05/06 und 05/07-06/08

teiligten sich an den insgesamt vier Jahre laufenden Studien. Zu den wesentlichen Ergebnissen gehören die Erkenntnisse, dass Einsatzkräfte zwar stärker psychisch belastet sind als der Durchschnitt der Bevölkerung, schwerwiegende psychische Erkrankungen infolge belastender Einsätze –

wie beispielsweise die posttraumatische Belastungsstörung – allerdings seltener vorkommen als angenommen. Wichtiges Ergebnis der Münchener Studien ist auch der wissenschaftliche Nachweis, dass ein einmaliges Nachsorgegespräch nach einem belastenden Einsatz keinen Einfluss auf die Entwicklung oder Verhinderung einer posttraumatischen Belastungsstörung hat, sondern nur umfassende und dauerhaft angelegte Maßnahmenpakete die gewünschte präventive Wirkung entfalten können. Ein weiteres Ergebnis, dass viele überraschte: Führungskräfte zeigen ein erhöhtes Risiko

<b>Titel</b>	Entwicklung eines praxisnahen, zielgruppenorientierten Anti-Stress-Trainingsprogramms zur primären Prävention einsatzbedingter Belastungsreaktionen und -störungen auf der Grundlage einer systematischen Untersuchung der Wirksamkeit vorhandener Trainingskonzepte (Primäre Prävention).
<b>Hochschule &amp; Projektverantwortung</b>	Ludwig-Maximilians-Universität München, Department Psychologie: Prof. Dr. Willi Butollo, Dr. Marion Krüsmann & Monika Schmelzer
<b>Laufzeit</b>	01/03 – 03/06

ko für die Entwicklung von psychischen Erkrankungen. Gleichzeitig sind sie Vorbild für den wertschätzenden Umgang mit der eigenen Gesundheit und beeinflussen durch ihre Haltung, ob psychosoziale Themen in den Wachen und Wehren akzeptiert werden. Ihnen kommt somit eine Schlüsselrolle bei der psychosozialen Prävention im Einsatzwesen zu.

**Qualitätssicherung und Vernetzung**

Mit dem zum Ende der 1990er Jahre voranschreitenden Auf- und Ausbau von psychosozialen Unterstützungsange-



Die Empfehlungen aus der Wissenschaft finden breiten Zuspruch auf Länder- und kommunaler Ebene und in den Organisationen der Gefahrenabwehr.

boten für Betroffene schwerer Unglücke und Katastrophen sowie für Einsatzkräfte ging eine sehr unterschiedliche Entwicklung in der Qualität der Angebote einher. Sehr verschiedene Methoden kamen zum Einsatz und es zeigten sich rasch fachliche Differenzen, teilweise sogar Konkurrenzen. Das BBK beauftragte deshalb die Hochschule Magde-

burg-Stendal damit, eine wissenschaftliche Systematik der PSNV in Deutschland vorzunehmen. Damit verbunden war

<b>Titel</b>	Entwicklung von Standards und Empfehlungen für ein Netzwerk zur bundesweiten Strukturierung und Organisation psychosozialer Notfallversorgung und Entwicklung von Rahmenplänen zur Umsetzung von Leitlinien und Standards zur Sicherstellung, Vernetzung und strukturellen Einbindung Psychosozialer Notfallversorgung für Einsatzkräfte der polizeilichen und nicht polizeilichen Gefahrenabwehr.
<b>Hochschule &amp; Projektverantwortung</b>	Hochschule Magdeburg-Stendal, Fachbereich Sozial- und Gesundheitswesen: Prof. Dr. Irmtraud Beerlage, Prof. Dr. Thomas Hering, Liane Nörenberg, Silke Springer, Dr. Dagmar Arndt
<b>Laufzeit</b>	12/02 – 05/04 und 08/04-03/06

die Entwicklung von Qualitätsstandards und Umsetzungsrahmenplänen, die den Verantwortlichen in der Gefahrenabwehr als Entscheidungsgrundlage zur Verfügung gestellt wurden. Das Fach- und Organisationskonzept, welches das Forscherteam erarbeitete, stieß sowohl in der Wissenschaft wie auch bei den Entscheidungsträgern auf Landes- und Kommunalebene auf breite Akzeptanz und fand innerhalb kurzer Zeit Eingang in die Praxis. So konnte beispielsweise bereits in mehreren Bundesländern die Empfehlung, eine Zentralstelle zur Koordination der PSNV auf Landesebene zu institutionalisieren, umgesetzt werden.

**Organisationskultur, Gesundheit und Engagement**

Die Fortentwicklung des Fachgebietes der PSNV basierte zu Beginn zum Großteil auf ersten Erkenntnissen aus der praktischen Arbeit. Dokumentierte Erfahrungen mit belastenden Einsatzsituationen wie Kindernotfällen, Suiziden oder auch Großschadenslagen mit vielen Toten und Ver-

<b>Titel</b>	Arbeitsbedingungen und Organisationsprofile als Determinanten von Gesundheit, Einsatzfähigkeit sowie von haupt- und ehrenamtlichem Engagement bei Einsatzkräften in Einsatzorganisationen des Bevölkerungsschutzes.
<b>Hochschule &amp; Projektverantwortung</b>	Hochschule Magdeburg-Stendal, Fachbereich Sozial- und Gesundheitswesen: Prof. Dr. Irmtraud Beerlage, Dr. Dagmar Arndt, Prof. Dr. Thomas Hering, Silke Springer
<b>Laufzeit</b>	04/06 – 09/09

letzten gaben Hinweise auf drängende Fragen in dem damals noch jungen Arbeitsfeld. Darauf aufbauend konzentrierte sich die Grundlagenforschung zunächst auf Belastungsfolgen wie Stressreaktionen und psychische Erkrankungen (bspw. posttraumatische Belastungsstörung) sowie auf Einsatznachsorgemethoden. Das BBK gab in diesem Zusammenhang eine quantitative Längsschnittuntersuchung in Auftrag, die sich erstmals dienstübergreifend und dienstvergleichend mit dem Zusammenhang von Anforderungen im Einsatzwesen und verfügbaren Ressourcen einerseits und Burnout, subjektiver Gesundheit und lang-

fristigem Engagement von haupt- und ehrenamtlichen Einsatzkräften andererseits befasste. Zu zwei Zeitpunkten im Abstand von 12 Monaten wurden rund 7.000 und dann rund 4.000 Einsatzkräfte aus Landes- und Bundespolizei, Berufs- und freiwilliger Feuerwehr, Rettungsdienst und THW mit einem standardisierten Fragebogen befragt. Mit dieser Studie konnte schließlich der Blick vom belastenden Ereignis auf den Einsatzalltag gelenkt und der hohe Einfluss des organisatorischen Rahmens auf Wohlbefinden, Engagement und das potenzielle Entstehen psychischer Belastungen oder Störungen hervorgehoben werden. Auch wurde – vor allem durch den Vergleich der Dienste untereinander – deutlich, dass Maßnahmen zur Einsatzvorbereitung und Nachsorge nicht nach dem „Gießkannenprinzip“ erfolgen können, sondern sehr gut abgestimmt sein müssen auf die einzelnen Einsatzkräfte und den strukturellen Rahmen, in dem der Einzelne tätig ist.

**PSNV für Terroropfer**

Die Bedrohung durch den islamistischen Terrorismus ist – spätestens seit dem 11. September 2001 – ein Thema, das nicht nur Fragen der inneren Sicherheit sowie notwendiger politischer Positionierungen aufwirft, sondern auch die Frage nach der Versorgung Betroffener im Falle eines terroristischen Anschlages in Deutschland. Das BBK beauftragte deshalb die Universität Heidelberg, Handlungsempfehlungen für die psychosoziale Versorgung bei einem Terroranschlag zu entwickeln. Im Zentrum stand die Frage,

<b>Titel</b>	Terrorismusfolgeabschätzung – Optimierung der Versorgungssituation potenzieller Opfer eines terroristischen Anschlages in Deutschland.
<b>Hochschule &amp; Projektverantwortung</b>	Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg, Sektion Psychotraumatologie an der Klinik für Psychosomatische und Allgemeine Klinische Medizin – Zentrum für Psychosoziale Medizin: Prof. Dr. med. Günter H. Seidler, Dr. Angelika Treibel, Markus Dewald, Dr. Frank Wagner
<b>Laufzeit</b>	09/08 – 09/09

inwieweit die Viktimisierung durch einen terroristischen Anschlag ein Ereignis ist, das sich – im Sinne der psychosozialen Folgen für die Betroffenen – von anderen Ereignissen (wie Natur- und Technikkatastrophen, individueller Gewalt) unterscheidet. Die Heidelberger Forscher legten eine umfassende und systematische Übersicht zu den Bedürfnissen und Bedarfen von Betroffenen von Großschadenslagen und Katastrophen vor. Zudem arbeiteten sie heraus, dass eine qualifizierte Betreuung von Terrorbetroffenen zwar auch spezifische psychosoziale Versorgungsangebote erfordern, die bestehende PSNV jedoch den Grundstock einer angemessenen Angebotsstruktur bilden kann.

**Interkulturelle Kompetenz im Bevölkerungsschutz**

Ein aktuelles Forschungsprojekt, bei der Ernst-Moritz-Arndt Universität Greifswald in Auftrag gegeben, befasst sich mit dem Aspekt der interkulturellen Kompetenz im

Bevölkerungsschutz. Übergeordnetes Interesse des Vorhabens ist es, Führungs- und Einsatzkräfte gezielter auf die kulturelle und ethnische Vielfalt der zu versorgenden Be-



Die Forschungsergebnisse werden vielerorts präsentiert und finden großen Anklang.

völkerung vorzubereiten, um die Handlungssicherheit im Einsatz zu stärken. Gleichzeitig geht das Forschungsprojekt in einem zweiten Teil der Frage nach, wie es um das Bevölkerungs- und Katastrophenschutzrelevante Wissen in der

<b>Titel</b>	Interkulturelle Kompetenz im Bevölkerungsschutz Deutschlands – Konzeption, Durchführung und Evaluation eines Aus- und Fortbildungskonzeptes für Führungs- und Einsatzkräfte im Bevölkerungsschutz Teil I & II.
<b>Hochschule &amp; Projektverantwortung</b>	Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald: Prof. Dr. Silke Schmidt, Christian Hannig, Diana Kitzmann, Doris Kehl & Dr. Mike Mösko
<b>Laufzeit</b>	09/10 – 02/13 und 03/13 – 12/15

Bevölkerung bestellt ist. Abschließend werden Vorschläge zu Informations- und Qualifizierungsmaßnahmen erarbeitet.

**PSNV beim Amoklauf Winnenden / Wendlingen 2009**

Erkenntnisse aus der Praxis spielen bei der fachlichen Fortentwicklung der PSNV eine entscheidende Rolle. Dabei

<b>Titel</b>	Evaluation der Psychosozialen Notfallversorgung in Großschadenslagen am Beispiel des School Shootings in Winnenden / Wendlingen (März 2009).
<b>Hochschule &amp; Projektverantwortung</b>	Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) und Medical School Hamburg (MSH): Dr. Jutta Helmerichs, Verena Blank-Gorki, Prof. Dr. Harald Karutz
<b>Laufzeit</b>	01/11-12/15

stehen vor allem Aspekte der Einbindung und Umsetzung psychosozialer Betreuungsangebote bei komplexen Gefahrenlagen und Katastrophen im Fokus der Betrachtung. Vor diesem Hintergrund setzt das BBK einen Schwerpunkt auf die wissenschaftliche Auswertung von PSNV-Einsätzen in

solchen Lagen. So nimmt ein Projektteam des BBK gemeinsam mit den verantwortlichen Akteuren vor Ort die psychosozialen Aspekte in den Blick, die nach dem Amoklauf von Winnenden/Wendlingen 2009 eine Rolle spielten



Kerzen und Blumen vor der Albertville-Realschule in Winnenden. (Foto: Ra Boe / Wikipedia, Lizenz: CC by-sa 3.0)

bzw. spielen. Gesichtspunkte der psychosozialen Akutversorgung sowie der mittel- und langfristigen Versorgung wurden unter Verwendung eines teilstandardisierten Interviewleitfadens in zahlreichen Expertengesprächen untersucht. Die Ergebnisse bilden die Grundlage für einen Auswertungsleitfaden für die Evaluation von PSNV-Einsätzen in komplexen Gefahren- und Schadenslagen, der den Ländern, Kommunen und Organisationen der Gefahrenabwehr zur Verfügung gestellt wird.

**Evaluation der Qualifizierung von PSNV-Führungskräften**

Einsatzkräfte der Psychosozialen Notfallversorgung kommen seit vielen Jahren in Deutschland auch bei komplexen Schadenslagen zum Einsatz. Die dortigen vielfältigen

Titel	Evaluation der Ausbildung und des Einsatzes von Führungskräften der Psychosozialen Notfallversorgung (PSNV) in komplexen Gefahren- und Schadenslagen.
Hochschule & Projektverantwortung	Friedrich-Schiller-Universität Jena, Fachgebiet Interkulturelle Kommunikation: Prof. Dr. Stefan Strohschneider, Dr. Gesine Hofinger, Mareike Mähler, Robert Zinke & Lara Künzer
Laufzeit	08/13-07/16

gen Aufgabenstellungen und Zielgruppen der PSNV, die größere Anzahl der PSNV-Kräfte verschiedener Fachrichtungen und ihr Einsatz an verschiedenen Orten im Schadensgebiet erfordern die Einrichtung entsprechender

Strukturen. Dazu gehören die Bildung eines eigenen Einsatz- bzw. Unterabschnittes PSNV und der Einsatz eines Leiters und Fachberaters PSNV, unterstützt durch PSNV-Führungsassistenten. Das BBK hat deshalb gemeinsam mit den Feuerwehren, Hilfsorganisationen, Polizeien, dem THW, der Notfallseelsorge und vielen weiteren Akteuren in der Gefahrenabwehr die Voraussetzungen und Tätigkeitsprofile der PSNV-Führungskräfte abgestimmt und daraus ein Bund-Länder-Fortbildungskonzept entwickelt. Erste Train-the-Trainer-Seminare für Lehrkräfte an Landesfeuerwehrschulen und Bildungseinrichtungen anderer Träger, die zukünftig PSNV-Führungskräfte fortbilden, wurden bereits



Die Teilnehmer des Seminars „Qualifizierung von PSNV-Führungskräften“ werden per Fragebogen zu ihren Erfahrungen befragt.

an der Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz (AKNZ) des BBK veranstaltet.

Um von Anfang an die Qualität der Fortbildung von PSNV-Führungskräften sicherzustellen, beauftragte das BBK die Universität Jena mit der wissenschaftlichen Begleitung. Die insgesamt sechs einwöchigen Train-the-Trainer-Seminare in der AKNZ, die im Zeitraum 2014 bis 2016 stattfinden, werden evaluiert. Gleichzeitig hat das vierköpfige Forscherteam die Möglichkeit, die in der AKNZ ausgebildeten Trainer an den Bildungseinrichtungen der Feuerwehren oder anderer Träger wissenschaftlich zu „beobachten“. Schließlich werden die geschulten PSNV-Führungskräfte selbst bei Übungen (oder Reallagen) wissenschaftlich begleitet. Mit diesem Drei-Stufen-Konzept wird die langfristige Wirksamkeit der Fortbildung erfasst. Von Interesse ist dabei Nutzen und Effektivität der pädagogischen Konzeption und der Materialien.

**Kinder in Katastrophen**

Kinder erleben komplexe Gefahren- und Schadenslagen anders als Erwachsene. Der jeweilige Entwicklungsstand ist mit speziellen Bedürfnissen und Bedarfen verbunden, im Hinblick auf die Genese langfristig anhaltender psychischer Belastungsfolgen sind Kinder eine besonders vulnerable Risikogruppe. So treten beispielsweise posttraumatische Belastungsstörungen bei Kindern, die ein schweres

Unglück miterlebt haben, weitaus häufiger auf als bei Erwachsenen. Dem steht gegenüber, dass zur Hilfeleistung, insbesondere zur PSNV, für diese spezielle Bevölkerungsteilgruppe bislang kaum wissenschaftliche Untersuchungen durchgeführt worden sind. Das BBK bereitet deshalb die Beauftragung eines Forschungsprojektes vor, das untersucht, welche altersspezifisch differenzierten psychoso-



Konsensus-Konferenz-Teilnehmer stimmen Ergebnisse ab.

zialen Akuthilfen sowie längerfristige Versorgungsangebote tatsächlich hilfreich, welche Maßnahmen konkret bei

Titel	Psychosoziale Notfallversorgung für Kinder in komplexen Gefahren- und Schadenslagen
Laufzeit	10/14-09/17

Kindern zu leisten und welche administrativen, organisatorischen sowie einsatzstrategischen Voraussetzungen zu treffen sind.

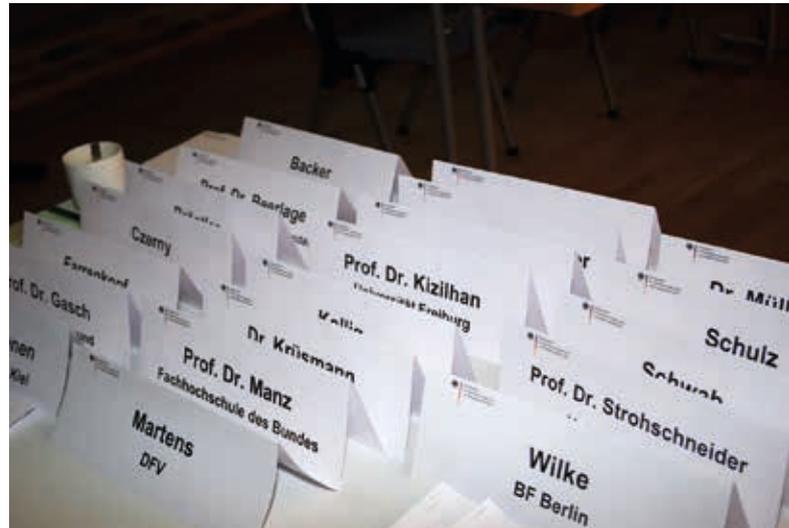
### Wissenschaftliche Gutachten zu Fragestellungen der PSNV

Fragestellungen der Psychosozialen Notfallversorgung werden im BBK nicht nur im Rahmen umfassender Forschungsprojekte mit mehrjähriger Laufzeit bearbeitet. Es werden ebenso kurzfristig und bei speziellen Fragestellungen notwendige wissenschaftliche Gutachten beauftragt. Zu speziellen Fragen der Terminologie und Maßnahmen der PSNV verfassten Prof. Dr. Irmtraud Beerlage, Hochschule Magdeburg-Stendal, und Prof. Dr. Dr. Jürgen Bengel, Universität Freiburg, gutachterliche Stellungnahmen. Prof. Dr. Carsten Fehn von der Fachhochschule Köln befasste sich in seinem Gutachten mit grundlegenden rechtlichen Fragen der PSNV.

### Forschungsprojektbegleitender Arbeitskreis

Alle Forschungsprojekte des BBK zur Psychosozialen Notfallversorgung wurden und werden fachlich begleitet

durch einen Expertenkreis, in dem namhafte Wissenschaftler sowie alle für die PSNV relevanten Behörden, Or-



Bewährte Zusammensetzung der Forschungsprojekt begleitenden Arbeitskreise: Führungskräfte aus Einsatzorganisationen, psychosoziale Fachkräfte und Wissenschaftler. Fotos: BBK

ganisationen, Fachgesellschaften, Vereine, Berufsverbände und Kammern durch Delegierte vertreten sind.

### Konsensusprozess zur PSNV-Qualitätssicherung

2010 verabschiedeten die Vertreter der sogenannten Konsensuskonferenz zur PSNV-Qualitätssicherung bundeseinheitliche und international kompatible Qualitätsstandards und Leitlinien für das gesamte Fachgebiet. Im vorangegangenen dreijährigen Arbeitsprozess hatten 120 Delegierte aus 45 Organisationen unter Moderation des BBK das Leitlinienpaket erarbeitet. Daran beteiligt waren alle wesentlichen Akteure, die die PSNV in Deutschland verantworten, anbieten und anwenden. Den inhaltlichen Ausarbeitungen lagen die Forschungsergebnisse zur psychosozialen Prävention im Einsatzwesen, zur Qualitätssicherung und Vernetzung und zum Engagement in den Einsatzorganisationen (vgl. vorangegangene Abschnitte) zu Grunde. Ergänzt wurden diese durch die seinerzeit verfügbaren internationalen und nationalen wissenschaftlichen relevanten Quellen.

Mit der Verabschiedung der Ergebnisse wurde ein wesentliches Fundament für die Weiterentwicklung des Fachgebietes gelegt. Darauf aufbauend wurden seither weitere Ausarbeitungen und Ergänzungen zu den vielfältigen Themenfeldern in der PSNV vorgenommen, die bei einem alljährlich vom BBK ausgerichteten Symposium zur Qualitätssicherung in der PSNV der Fachöffentlichkeit präsentiert werden.

Dr. Jutta Helmerichs ist Leiterin des Referates *Psychosoziale Notfallversorgung (PSNV)* im Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe.

# Sicher durch Notsituationen und Gefahrenlagen!?

## Evaluiertes Training für Stabsmitglieder und Leitstellendisponenten der Feuerwehr

Matthia Quellmelz

Im Januar 2007 versetzte der Orkan „Kyrill“ Deutschland in einen Ausnahmezustand. Zahlreiche Menschen waren plötzlich auf die Hilfe der Feuerwehr im Einsatz vor Ort angewiesen. Verborgen im Hintergrund arbeiteten darüber hinaus Führungsstäbe der Feuerwehr sowie Leitstellendisponenten, welche den Einsatz in Bezug auf die Gefahrenabwehr planen und durchführen und die Hilfeersuchen der Bevölkerung entgegennehmen. Durchschnittlich mindestens einmal im Leben ruft heutzutage jeder Mensch die Nummer 112 an, um um Hilfe zu bitten. Die Tendenz der Einsätze, und auch das Vorkommnis sogenannter „Großschadensereignisse“, wie die Duisburger Loveparade, ist steigend. Immer sind Menschen direkt oder indirekt betroffen. Direkt, wenn sie beispielsweise körperlich oder physisch verletzt wurden, indirekt, wenn sie vielleicht die Notlage anderer Menschen mit ansehen mussten. Dies gilt natürlich auch für alle Helfer im Einsatz, welche zum Teil großen psychischen Belastungen ausgesetzt sind.

Bei der Stabsarbeit und der Arbeit in der Leitstelle gilt es demnach auch immer mehr psychologische Aspekte zu beachten. Im Führungsstab spielen dabei Aspekte wie Kommunikation und Visualisierung, in der Leitstelle psychologische Aspekte der Gesprächsführung im Notruf eine immer größere Rolle. So kommt es in Leitstellen und Stäben unweigerlich auch zu Konflikten, die sich auf die Qualität der Arbeit auswirken können. Auch Informationsmangel und -überflutung sind teils steuerbare Problematiken (eine der wichtigsten Anforderungen ist die effektive und effiziente Kommunikation im Team), ebenso wie teils immer wieder auftretendes unsensibles Verhalten gegenüber Kollegen, oder im Fall der Leitstelle auch des Anrufers. Auch der Umgang mit Stress stellt im Berufsfeld Feuerwehr ein immer sensibleres Thema dar. Beide Bereiche – Stabsarbeit und die Arbeit in der Leitstelle – sind außerordentliche psychologisch anspruchsvolle Tätigkeiten. Sie erfordern einerseits Teamarbeit in einem komplexen Arbeitsfeld, aber auch Einzelkämpfertum und -verantwortung.

Anforderungen wie diese sind in den aktuellen Ausbildungskonzepten im Bevölkerungsschutz noch wenig integriert. Die Ausbildung von Leitstellendisponenten und Stabsmitgliedern ist zum großen Teil von technischen Details und taktisch orientierten Handlungsabläufen geprägt. Diese haben natürlich eine Berechtigung, es ist aber prob-

lematisch, wenn sie die Ausbildung dominieren. Die Notwendigkeit psychologischer Aspekte in Trainings zur Krisenbewältigung, in der Literatur auch oft als Human-Factor-Training deklariert, ist auch in vielen anderen Branchen noch nicht genügend etabliert. So sind einige, wie die Luftfahrt mit ihren CRM-Trainings, führend, in anderen Bereichen, wie der Feuerwehr, sind derartige Entwicklungen noch lange nicht gegeben. Wenn denn überhaupt trainiert wird, dann eher operativ-taktische Aspekte; psychologische Themen wie Teamprozesse oder individuelle Kompetenzen werden gar nicht oder nur kaum berücksichtigt. Dem Weiterbildungsbedarf in diesen Bereichen steht damit ein großes Defizit an adäquaten Trainingsformaten gegenüber, dies gilt insbesondere für nachhaltige Trainingsverfahren.

Die Trainingsforschung setzt sich dabei vor allem mit neuen Zielgruppen auseinander, die mit individuellen Lösungen für Unternehmen verbunden sind. Da Trainings in Unternehmen strategisch immer bedeutsamer werden und mit hohen Kosten verbunden sind, wird deren Evaluation immer mehr Beachtung geschenkt. Ein Training für die Praxis sollte beispielsweise gewährleisten, dass die Teilnehmer einerseits Lerninhalte erwerben, andererseits diese aber auch effektiv in der Praxis anwenden können.

An dieser und anderen Stellen der Trainingsevaluation stößt die aktuelle Forschung jedoch an ihre Grenzen. Zum einen wird die Entwicklung und Durchführung von Trainingsverfahren nur selten von empirischen Untersuchungen begleitet, zum anderen gestalten sich die empirischen Untersuchungen selbst oft nur als schwierig umsetzbar.

Die vorliegende Studie (Quellmelz, 2013) möchte einen konzeptionellen sowie empirischen Beitrag zu den aktuellen Entwicklungen im Bereich Trainingsevaluation im Kontext Feuerwehr leisten.

In einer Vorstudie wurde aus diesem Grunde eine Bedarfserhebung zum Trainingsbedarf von Stabsmitgliedern und Leitstellendisponenten durchgeführt, auf deren Basis Trainingsmodule entwickelt wurden. Im Rahmen der Hauptstudie wurde anschließend das Trainingskonzept durchgeführt und in einer Fragebogenerhebung evaluiert. Auf der Grundlage der vorliegenden Ergebnisse kann das Trainingskonzept nun mit dem Ziel einer breiteren Umsetzung optimiert werden.



Die Ausbildung von Leitstellendisponenten und Stabsmitgliedern ist noch zum großen Teil von technischen Details und taktisch orientierten Handlungsabläufen geprägt.

### Zielgruppe des Trainings

Leitstellendisponenten organisieren nicht nur die Alarmierung von Rettungsmitteln, sondern müssen sich auch auf psychologischer Ebene mit beispielsweise sehr aufgeregten oder auch aggressiven Anrufern auseinandersetzen. Dies setzt eine hohe Kommunikations- und Kooperationsfähigkeit voraus, welche durch die aktuelle Ausbildung in deutschen Leitstellen häufig nicht in ausreichendem Maße gefördert wird. Bei größeren Schadenslagen kooperiert die Leitstelle mit dem Führungsstab der Feuerwehr. Dieser wird bei größeren Schadenslagen gebildet, um für den politisch Verantwortlichen Entscheidungen zu treffen, zu koordinieren und letztendlich auch Einsatzmaßnahmen zu verantworten. Für diese komplexen Aufgaben sollten die Führungskräfte hohe Kommunikations- und Kooperationskompetenzen aufweisen, um bestmöglich im Team interagieren zu können, beispielsweise durch den bewussten Aufbau gemeinsamer mentaler Modelle.

### Eine Bedarfserhebung (Vorstudie): Was soll trainiert werden?

Um ein effektives Training entwickeln zu können und konkrete Ziele zu erreichen, ist eine systematische Planung von großer Bedeutung. Dabei ist eine Bedarfsanalyse als Teil der Prozessevaluation von elementarer Bedeutung. In einer Interviewstudie wurden Führungskräfte und Leit-

stellenmitglieder von Berufswehren mit einem halbstandardisierten Interviewleitfaden im Hinblick auf ihre Ausbildung, Stressoren, Kommunikation, Visualisierung etc. befragt. Insgesamt wurden 30 Interviews mit Stabsmitgliedern zweier Berufsfeuerwehren sowie einer Flughafenfeuerwehr durchgeführt und 59 Interviews mit Leitstellendisponenten dreier Berufsfeuerwehren. Die Auswertung der Interviewdaten erfolgte in Anlehnung an die qualitative Inhaltsanalyse nach Mayring (2008).

Aus der Befragung der Leitstellendisponenten und der Stabsmitglieder im Rahmen der Vorstudie konnte ein großes Interesse an einem psychologischen Training geschlossen werden. Zusammenfassend unterstützen die Ergebnisse der Vorstudie das Vorhaben, ein psychologisches Training für Leitstellendisponenten und Stabsmitglieder zu entwickeln. Sie gaben dabei zugleich Hinweise auf die konkrete Entwicklung und Gestaltung des Trainings.

Für die Stichprobe Leitstelle ließen sich zwei Schwerpunkte für ein psychologisches Leitstellentraining ableiten:

- Psychologische Gesprächsführung
- Umgang mit Stress

Für die Stichprobe Stab ließen sich drei Schwerpunkte für ein psychologisches Stabstraining ableiten:

- Umgang mit Stress
- Kommunikation
- Visualisierung

**Trainingsziele und Lehrplan:**

Aufbauend auf den gewonnenen Erkenntnissen der Bedarfsanalyse wurden drei Trainingsmodule entwickelt.

**Modul: Umgang mit Stress (für Stabsmitglieder und Leitstellendisponenten)**

Ziel des Moduls ist, dass die Teilnehmer zunächst ihre persönlichen Stressoren reflektieren, aber auch ihre Ressourcen benennen. Durch den Austausch über die bei der Arbeit wahrgenommenen Stressoren und Ressourcen können die Teilnehmer erkennen, dass ihre Kollegen möglicherweise ähnliche Stressoren benennen. Zudem kann durch einen Austausch der individuellen Ressourcen auch eine Anregung für die Erweiterung der eigenen Ressour-



In den Leitstellen spielen psychologische Aspekte der Gesprächsführung im Notruf eine immer größere Rolle. (Fotos: Feuerwehr Bonn)

cen stattfinden. Weitere Ressourcen können in Form von vier Ebenen der Stressbewältigung (muskulär, vegetativ, kognitiv, Rituale) ergänzt werden. Die Ebenen werden durch die Teilnehmer aktiv ausgeübt und auf eine mögliche persönliche Vertiefung für die Zukunft reflektiert werden. Neben Inputphasen (Begriffsdefinitionen, Stressmodelle etc.) wird mit Metaplanübungen sowie reflektiv angeleiteten Entspannungsübungen gearbeitet.

**Modul: Kommunikation (für Stabsmitglieder)**

Im Modul „Kommunikation“ erhalten die Teilnehmer Informationen zu Fragen der Kommunikation im Stab aus psychologischer Sicht. Durch einen praktischen Übungsanteil (z. B. Stille-Post-Übung) soll die Bedeutung von Kommunikation im Stab hervorgehoben werden. Zudem sollen Bereiche im Stab identifiziert werden, die in Gruppenarbeiten in Begleitung durch die Trainerin optimiert werden sollen. Die Verbesserungsvorschläge werden im Plenum diskutiert und in einem Stabskonzept festgehalten. Das entwickelte Stabskonzept bietet die Grundlage für die folgende Stabsrahmenübung.

**Modul: Gesprächsführung am Notruf (für Leitstellendisponenten)**

Im Modul „Gesprächsführung am Notruf“ erhalten die Teilnehmer zunächst Input zu Grundlagen der psychologischen Gesprächsführung sowie Möglichkeiten des Umgangs mit suizidalen Anrufern, die im Notrufgespräch anwendbar sind. Auch wird das individuelle Verhalten in der Gesprächsführung reflektiert. In Gruppenarbeit setzen sich die Teilnehmer mit vier verschiedenen möglichen „Anruftypen“ auseinander und geben Empfehlungen für den Umgang mit ihnen. Die theoretischen Grundlagen werden außerdem ausführlich aus der Position des Anrufers sowie des Disponenten von jedem Teilnehmer im Rollentraining eingeübt. Zudem wird die Arbeit mit Checklisten thematisiert.

**Das Evaluationskonzept zum Training:**

Hauptbestandteil der Trainingsevaluation ist eine Fragebogenerhebung. Zudem erfolgt durch Checklisten und eine Stabsrahmenübung eine Beobachtung der Teilnehmer in der Praxis. Im Evaluationskonzept integriert die Autorin die vier Ebenen nach Kirkpatrick (2005). So wird auf der ersten Ebene im Rahmen des Fragebogens die Zufriedenheit der Teilnehmer, in der Post-Erhebung sowie in der Post- und den Follow-up-Erhebungen die Nützlichkeit des Trainings aus Sicht der Teilnehmer erfasst. Auf der zweiten Ebene wird zwar auf einen Wissenstest verzichtet, doch schätzen die Trainingsteilnehmer im Rahmen des Fragebogens ihren Lernerfolg und ihre Einstellung zu den Trainingsinhalten selbst ein. Durch die Checklisten wird auf der dritten Ebene der Transfer in die Praxis erfasst. Lediglich die vierte Ebene kann mit der vorliegenden Trainingsevaluation nicht bedient werden, da keine Kennzahlen etc. der Organisation erfasst werden können.

Ebene	Operationalisierungen
Reaktion	<ul style="list-style-type: none"> <li>Zufriedenheit der Teilnehmer</li> <li>Nützlichkeit aus Sicht der Teilnehmer</li> </ul>
Lernen	<ul style="list-style-type: none"> <li>Lernerfolg aus Sicht der Teilnehmer</li> <li>Abfrage von Einstellungen</li> </ul>
Verhalten	<ul style="list-style-type: none"> <li>Transferquantität (Anzahl der umgesetzten Schritte)</li> <li>Transferqualität (durchschnittlicher Umsetzungsgrad)</li> <li>Beobachtung</li> </ul>
Resultate	<ul style="list-style-type: none"> <li>keine Kennzahlenerfassung möglich</li> </ul>

Die vier Ebenen des Trainingserfolgs und ihre Umsetzung im vorliegenden Evaluationskonzept.

**Evaluationsstudie – die Trainingsevaluation:**

Das Training wurde bei zwei Führungsstäben und zwei Leitstellen von Feuerwehren im Ruhrgebiet mit insgesamt 84 Personen durchgeführt. Zur Evaluation der Trainingsmaßnahme wurde ein quasi-experimentelles Kontrollgruppendesign mit mehreren Messzeitpunkten realisiert, wobei eine Wartegruppe als Kontrollgruppe fungierte. Für die

Stichprobe Stab wurde an fünf zeitlich versetzten Messzeitpunkten, für die Stichprobe Leitstelle an vier Messzeitpunkten erhoben. Die erste Erhebung wurde zur Äquivalenzüberprüfung zwischen Experimental- und Wartegruppe herangezogen. Von ca. 70% der Stichprobe lagen komplette Datensätze vor. Gerechnet wurden Varianzanalysen mit Messwiederholung und dem Zwischensubjektfaktor „Training“ mit anschließenden Post-hoc-Berechnungen zur Bestimmung der signifikanten Differenzen. In einigen Fällen wurden auch non-parametrische Verfahren eingesetzt. Die Einschätzungen von Trainerin, Atmosphäre und Motivation wurden anhand von Regressionen analysiert. Bei beiden Stichproben ließ eine Gesamtauswertung über alle Messzeitpunkte erwarten, dass die Befragten ihre Kompetenzen nach dem Training im Posttest besser bewerten. Diese Veränderungen sollten bis zur Follow-up-Erhebung konstant sein, wenn man von der Nachhaltigkeit der Intervention ausgeht. Die Messung vor der Intervention (t1 zu t2) sollte ebenfalls konstant sein, da diese Befragung die Befragung einer Kontrollgruppe im Sinne einer Wartegruppe ersetzt.

### Ergebnisse:

Insgesamt ließ sich der Trainingserfolg für die wichtigsten Variablen signifikant nachweisen: Für die Stichprobe Stab lagen signifikante Effekte vor in den Kategorien

- Umgang mit Stress,
- Kommunikation – allgemein und
- Kommunikation – Lagebesprechung,

für die Stichprobe Leitstelle für sämtliche erhobenen Kategorien, nämlich

- Umgang mit Stress,
- Gesprächsführung und
- Einschätzung des Trainings durch die Teilnehmer.

Zu den Messzeitpunkten t3-t4 wurde außerdem die Einschätzung der Wirkung des Trainings durch die Teilnehmer erhoben. An dieser Stelle kann ebenfalls ein signifikanter Effekt aufgezeigt werden. Die positiven Mittelwerte für die Kategorien

- Trainerin,
- Atmosphäre / Rahmenbedingungen und
- Motivation

verweisen auf eine positive Evaluation dieser Kategorien. Die Auswertung der Checklisten zu den Lagebesprechungen in den Stabsrahmenübungen zeigt, dass die einzelnen Aspekte gut umgesetzt wurden. Insbesondere ist eine Steigerung der Umsetzung erkennbar, welche mit der Anzahl der Lagebesprechungen einhergeht. Somit scheint die wiederholte Übung der einzelnen Aspekte der Lagebesprechung vorteilhaft gewesen zu sein. Die Auswertung der Checklisten zur

### Literatur:

- Kirkpatrick, D. (2005). Evaluating Training Programs – The Four Levels. San Francisco: Berrett-Koehler Publishers.
- Mayring, P. (2008). Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. Weinheim: Beltz.
- Quellmelz, M. (2013): Entwicklung und Evaluation eines psychologischen Trainings für Stabsmitglieder und Leitstellendisponenten der Feuerwehr. Schriftenreihe Arbeits-, Betriebs-, und Organisationspsychologie. Bd. 68, Hamburg: Dr. Kovac.

psychologischen Gesprächsführung im Notruf zeigen, dass diejenigen Disponenten, welche mit diesen gearbeitet haben, die einzelnen Aspekte gut umgesetzt haben. Insbesondere die Strategien

- Beruhigung eines Anrufers,
- Einsatz der Stimme,
- Einsatz von Fragetechniken und
- Umgang mit Stress

wurden durch die Disponenten als gut angewendet eingeschätzt.

Die Ergebnisse der Evaluation sprechen deutlich dafür, dass die im Training weiterentwickelten Kompetenzen von den Praktikern wirkungsvoll umgesetzt werden konnten.

Das vorliegende Training ist zwar für die Zielgruppe Feuerwehr entwickelt worden, die Trainingsinhalte sind allerdings auch auf andere Zielgruppen leicht anpassbar. Mittlerweile wurden einzelne Module im neuen Kontext gelehrt (z. B. im Kontext Schulpsychologie und Notfallseelsorge). Auch in betrieblichen Kontexten sind stressresistente Führungskräfte, Kommunikation in Meetings und deeskalierende Gesprächsführung mit Mitarbeitern aktuelle Themen, welchen mit dem vorliegenden Training Rechenschaft getragen werden kann. Es ist unwahrscheinlich, dass die evaluierte positive Wirkung sich ausschließlich auf die Branche Feuerwehr beschränkt. Das Training benötigt zudem recht geringe Ressourcen (1 Trainer, Räumlichkeiten, Material und Verpflegung), da im Training selbst die Ressourcen der Teilnehmer aktiviert und von Multiplikatoren im Bereich der Leitung die Umsetzung in der Praxis begleitet (Arbeit mit Checklisten etc.).

Die Themen „Umgang mit Stress“ und „Kommunikation“ sind zentrale Elemente eines jeden Berufsalltags – im Sinne des lebenslangen Lernens sollte an diesen Themen immer wieder explizit in Form von Trainings oder speziellem Teambuilding gearbeitet werden. Das vorliegende Konzept bietet hier eine erprobte und positiv evaluierte Lösung.

Dr. Mathia Quellmelz ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Psychologie der TU Dortmund und freiberuflich als Trainerin und Beraterin tätig, u.a. im psychologischen Institut Intakkt – psychological solutions.

# Wir packen an!

## Team Bayern organisiert Laienhelfer im Katastrophenfall

Gabriel Bücherl

„Team Bayern“ ist eine Kooperation von Bayerischem Roten Kreuz und Bayerischem Rundfunk. Freiwillige können sich auf einer Plattform registrieren, um bei Katastrophen und anderen Notfällen gezielt professionelle Helfer zu unterstützen. Vorbild sind Team Österreich und Team Mecklenburg-Vorpommern.

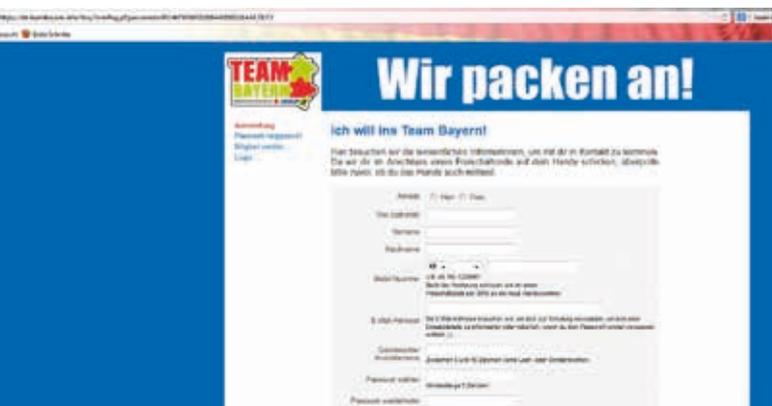
Als im Sommer 2013 in Süddeutschland das Hochwasser die Schlagzeilen dominierte, waren Tausende Helferinnen und Helfer im Einsatz. Professionelle Helfer der Hilfsorganisationen und Feuerwehren, viele von ihnen ehrenamtlich. Dazu kam eine große Zahl von Freiwilligen, die keiner Organisation angehörten und weder Uniform noch Training für den Hochwassereinsatz hatten. Wie schon beim Elbehochwasser 2002 war die spontane Hilfsbereitschaft der Bevölkerung groß. Ob Sandsäcke füllen, Schlamm schaufeln oder Hilfsgüter sortieren: Viele packten wie selbstverständlich mit an. Anders als 2002 organisierten sich die Freiwilligen vielfach spontan über Gruppen in sozialen Netzwerken wie Facebook. So wurden Hilfsbedarf und -angebote koordiniert.

Aus dieser Zusammenarbeit lernten Bayerischer Rundfunk und Rotes Kreuz zudem, dass die vielen spontanen Gruppen in den sozialen Netzwerken zwar sehr schnell und effizient arbeiteten, eine übergeordnete Koordination aber nicht stattfand. Außerdem konnten viele Einsatzleitungen mit den Hilfsangeboten wenig anfangen, die Integration in die traditionellen Einsatzstrukturen im Katastrophenschutz war eine Herausforderung. Und nicht zuletzt zeigte sich, dass Hilfe auch über einen längeren Zeitraum nach der eigentlichen Katastrophe notwendig ist und dass es sehr hilfreich wäre, Freiwillige gezielt und nach bestimmten Kriterien zum Einsatz zu bringen.

Diese Erfahrungen spornten Heiny und seine Kollegen an, „Team Bayern“ zu forcieren, das sie bereits seit zwei Jahren vorbereitet hatten. Es soll eine Plattform bieten, um dauerhaft die Daten und konkreten Fähigkeiten von Freiwilligen zu sammeln, die sich nicht an eine Hilfsorganisation binden wollen, aber mit anpacken, wenn Hilfe dringend gebraucht wird. „Unser Ziel und die Vision dieses Projektes ist, dass wir Bayerns größtes Hilfswerk installieren, damit wir große Katastrophen bewältigen können“, sagte Christa Prinzessin von Thurn und Taxis, damalige Präsidentin des Bayerischen Roten Kreuzes, zum Projektstart. „Wir mussten das Rad nicht neu erfinden“, ergänzt Heiny. „Das Team Österreich besteht seit 2007, das Team Mecklenburg-Vorpommern seit 2011.“

Beide Projekte sind eine Kooperation zwischen Rotem Kreuz und regionalen Medienpartnern und funktionieren nach demselben Prinzip: Freiwillige registrieren sich in einer Datenbank und werden im Bedarfsfall per SMS alarmiert. Sie können in jedem Einzelfall entscheiden, ob sie für den konkreten Einsatz zur Verfügung stehen oder nicht. Sie erhalten nach ihrer Anmeldung eine vierstündige Einweisung, verpflichten sich aber ansonsten zu nichts. Im Einsatzfall sind sie über das Rote Kreuz versichert. Eine Kontaktaufnahme erfolgt jedoch nur im Einsatzfall und keinesfalls zu Werbe- oder Marketingzwecken. „Uns ist sehr wichtig, die Daten der Freiwilligen nicht zu missbrauchen und sie auch nicht mit lästigen Mailings abzuschrecken“, so Heiny.

Mitmachen kann jeder, der in Bayern oder angrenzenden Regionen wohnt und über eine deutsche Handynum-



Bei der Anmeldung geben die Freiwilligen eine Reihe von Daten ein, die der gezielten Alarmierung im Einsatzfall dienen. (Screenshot [www.teambayern.info](http://www.teambayern.info))

Auch Bayerisches Rotes Kreuz und Bayerischer Rundfunk boten mit ihrer gemeinsamen Initiative „Bayern packt an“ eine solche Koordinationsplattform. „Das war eine ganz spontane Kooperationsidee, ohne große Vorbereitung“, sagt Raimund Heiny selbstkritisch. Der 57-Jährige Diplom-Biologe ist ehrenamtlich Bezirksbereitschaftsleiter des Roten Kreuzes in Unterfranken. „Wir erhielten mehr als 3.000 Hilfsangebote und konnten auch alle Hilfsgesuche bedienen, aber die Erfassung der unterschiedlichen Angebote war schon sehr mühsam.“

mer und Zugang zu einer aktiven E-Mail-Adresse verfügt. Wer sich online registriert, gibt zunächst seine persönlichen Daten und Informationen zu seiner Erreichbarkeit ein. Anschließend muss sich der Freiwillige entscheiden, für welche Art von Aufgaben er zur Verfügung steht. Zur Auswahl stehen so unterschiedliche Bereiche wie administrative Tätigkeiten, Information der Bevölkerung, Betreuung von Unverletzten oder Logistikaufgaben. Zudem kann man angeben, ob man auch unabhängig von Katastrophen für Nachbarschaftshilfe, Einmal-Aufgaben, Projekte oder Veranstaltungen zur Verfügung steht. Es folgen Fragen zur Kleidergröße, der Dauer eines möglichen Einsatzes, dem gewünschten Einsatzradius und eigene Ressourcen, die der Freiwillige zum Einsatz mitbringen kann.

„Das können Autos sein, aber auch spezielles Werkzeug oder Pumpen“, so Heiny. Auch Einschränkungen der Einsatzfähigkeit oder Allergien können die Freiwilligen angeben, ebenso wie eine mögliche Zugehörigkeit zu einer Hilfsorganisation. Außerdem werden vorhandene Qualifikationen wie Sprachkenntnisse, Führerscheine und Berufsausbildungen abgefragt. „Den sehr detaillierten Fragebogen haben wir im Wesentlichen von unseren österreichischen Kollegen übernommen“, sagt Heiny. „Das hat uns Arbeit gespart und stellt außerdem sicher, dass wir bei künftigen Hilfeersuchen an das Team Bayern gezielt die geeignetsten Freiwilligen per SMS informieren können. Denn die alarmierten Helfer sollen ja auch tatsächlich sinnvoll zum Einsatz kommen.“ Etwa 3.600 Freiwillige haben sich seit Anfang November 2013 beim Team Bayern registriert.

Wichtig ist den Initiatoren, dass das Team Bayern nicht in Konkurrenz zu etablierten Hilfsorganisationen tritt. „Wir wollen die organisierten Helfer ergänzen, entlasten und unterstützen“, betont Heiny und ergänzt: „Team Bayern ist kein exklusiver Ressourcenpool des Roten Kreuzes, sondern kann von jedermann und jeder Organisation angefordert werden.“

Einsatzvoraussetzungen für das Team Bayern sind ein öffentliches Interesse, eine durchgehende Betreuung und Begleitung der eingesetzten Freiwilligen und ein Einsatzumfeld, das die Freiwilligen weder gefährdet noch psychisch oder physisch überfordert. „Jede Anforderung des Teams, die beim Bezirksverband Unterfranken des Roten Kreuzes eingeht, wird deshalb von uns auf diese Kriterien überprüft“, so Heiny. „Schließlich soll das Team Bayern nicht als Vermittler billiger Arbeitskräfte missbraucht werden oder die Helfer gefährden.“ Kommt es dann zu einem Einsatz des Teams, werden in der Datenbank die geeigneten Freiwilligen ausgewählt und per SMS alarmiert. Sie antworten per SMS mit „Ja“ oder „Nein“. Wer für den Einsatz zur Verfügung steht, erhält detailliertere Informationen per E-Mail und erfährt Zeit und Treffpunkt für eine Einsatzbesprechung.

„Die Freiwilligen müssen vor Ort gezielt eingesetzt und begleitet werden“, sagt Heiny. Denn im Unterschied zu den Helfern der Hilfsorganisationen sind sie weder für den Katastropheneinsatz ausgebildet, noch sind sie es gewohnt, sich in Einsatzstrukturen einzugliedern oder in Katastrophengebieten zu arbeiten. Auch die Abläufe und Zusammenhänge sind ihnen in der Regel nicht bekannt. „Das werden wir mit den kurzen Einweisungsveranstaltungen im Vorfeld nur

zum Teil kompensieren können“, sagt Heiny. „Deshalb müssen wir vor Ort genau darauf achten, die Freiwilligen nur für solche Aufgaben einzusetzen, denen sie gewachsen sind. Alles andere übernehmen die dafür ausgebildeten Helfer der Hilfsorganisationen“.

Dass das gut funktionieren kann, hat sich bereits beim Sommerhochwasser 2013 gezeigt. „Die Integration von Freiwilligen in unsere klassische Einsatzstruktur war ungewohnt, aber sehr bereichernd“, berichtet Thomas Wagnüller vom Münchner Roten Kreuz, der mit einer Schnelleinsatzgruppe Verpflegung gemeinsam mit der Bundeswehr in Passau Helfer und Einsatzkräfte verpflegte. „Das waren überwiegend Passauer Studenten, aber auch ein Verein von Hobbyköchen und diverse Gastronomieprofis, die uns da spontan unterstützt haben. Die haben dann gemeinsam mit unseren Helfern das Lager organisiert, Semmeln geschmiert oder Obstsalat geschnitten. Natürlich mussten wir auf die erforderliche Hygiene achten, das hat aber gut funktioniert. Die Unterstützung und die spontane Hilfsbereitschaft waren wirklich beeindruckend!“



Einfache körperliche Arbeiten wie das Stapeln von Sandsäcken sind ein Betätigungsfeld für die Freiwilligen.  
(Foto: LV Brandenburg / DRK)

„Wir haben gesehen, dass Menschen in Katastrophen das Bedürfnis haben, mit anzupacken“, fasst Raimund Heiny zusammen. „Und wir haben gesehen, dass sie sich vor allem über soziale Netzwerke selbst organisieren. Wenn wir nun etwas Struktur in diese Hilfe bringen wollen und zudem eine Verbindung zu den professionellen Hilfsorganisationen herstellen wollen, können Initiativen wie das Team Bayern oder unsere Vorbilder in Österreich und Mecklenburg-Vorpommern das unterstützen. Wenn wir zudem davon ausgehen, dass der demographische Wandel und die veränderten Anforderungen an ehrenamtliches Engagement die organisierte Selbsthilfe der Bevölkerung immer wichtiger werden lassen, sollten wir es unbedingt versuchen. Ich bin gespannt, welche Erfahrungen wir damit machen.“

Die Erfahrungen der „Schwesterteams“ geben Heiny recht: Ca. 35.000 Freiwillige sind beim Team Österreich registriert. Bei den bisherigen Einsätzen beseitigten die Helfer unter anderem Hochwasser- und Sturmschäden, besetzten ein Spendentelefon für die Flut in Pakistan, suchten Vermisste

oder schaufelten Schnee. Zudem engagiert sich ein fester Stamm der Team Österreich-Mitglieder in einem eigenen Tafel-Projekt, das an 80 Ausgabestellen in ganz Österreich Hilfs-

#### Mögliche Aufgaben der Freiwilligen des Team Bayern

Bei Katastrophen und Großschadenslagen:

- Administrative Unterstützung (z. B. Registrierung Betroffener)
- Unterstützung bei der Betreuung (z. B. Essensausgabe)
- Unterstützung durch manuelle Arbeitskraft
- Unterstützung bei Aufräumarbeiten (z. B. nach Sturmschäden)
- Unterstützung bei der Logistik (z. B. Kraftfahrerdienste)
- Unterstützung durch spezielle Qualifikationen (z. B. Dolmetscher)

Bei anderen Einsätzen:

- Unterstützung beim Umzug eines Heimes
- Nachbarschaftliche Unterstützung bei Krankheit oder Behinderung
- Hilfe bei Behindertenschiffahrten
- Dolmetschertätigkeiten
- Unterstützung sozialer Projekte
- Hilfe bei der Arbeit sozialer Einrichtungen

bedürftige mit Lebensmitteln versorgt. 513 registrierte Freiwillige zählt das „Team MV“ in Mecklenburg-Vorpommern. Neben einem Einsatz zur Deichsicherung 2013 waren die Helfer auch bei etlichen Übungen des Roten Kreuzes beteiligt. So unterstützten sie beispielsweise eine Betreuungs-Einheit beim Einrichten und Betreiben einer Notunterkunft.

Bei allen drei bestehenden Teams ist die Kooperation mit einem Medienpartner wesentlich. So ist gewährleistet, dass einerseits professionell für ein Engagement in den Freiwilligenteams geworben wird. Andererseits können die Medienpartner im Einsatzfall auch über den Einsatz der Freiwilligen berichten und zudem etwa Sach- und Ressourcenspenden passend zum Einsatzauftrag der Freiwilligen aquirieren. Das sorgt wiederum für eine Anerkennung des freiwilligen Engagements.

Ob sich bei künftigen Katastrophen Freiwillige in den Teams engagieren oder doch lieber weiterhin ihre eigenen Initiativen über soziale Netzwerke gründen und organisieren, bleibt abzuwarten. Ebenso wird sich zeigen, ob die Teams auf einzelne Bundesländer beschränkt bleiben oder ob es wie in Österreich gelingt, bundesweit ähnliche oder gar einheitliche Strukturen zu schaffen. Schließlich halten sich Schadensereignisse selten an politische Grenzen.

Das gerade gegründete Team Mitteldeutschland, eine Kooperation zwischen Malteser Hilfsdienst, THW, Mitteldeutschem Rundfunk und weiteren Partnern, scheint die Entwicklung hin zu ähnlichen Modellen zu bestätigen.

Gabriel Bücherl M.A. ist Fachjournalist und lebt in München.

Robert Jonas ist Referent für Bevölkerungsschutz beim Landesverband Mecklenburg-Vorpommern des Deutschen Roten Kreuzes. Er ist Beauftragter für das Team MV im Landesverband und hat die Einführung und Umsetzung des Teamkonzeptes begleitet. Mit Robert Jonas sprach Gabriel Bücherl.

#### Mit dem Team MV waren Sie Vorreiter dieses Prinzips in Deutschland. Was war die Motivation, das Team zu gründen?

Robert Jonas: Das Generalsekretariat des Deutschen Roten Kreuzes suchte unter seinen Landesverbänden Partner für ein Pilotprojekt, um das erfolgreiche Prinzip des „Team Österreich“ in Deutschland zu erproben. Wir haben uns gemeldet, weil wir im Team MV eine Chance sehen, das Angebot des Roten Kreuzes zu erweitern und ein niederschwelliges Angebot für Freiwillige zu machen, ganz ohne große Ausbildungshürden.

#### Wie viele Freiwillige haben sich bislang beim Team MV registriert?

Wir haben das Team MV zum 8. Mai 2011 gestartet, dem Weltrotkreuztag. Bis Januar 2014 haben sich 513 Freiwillige registriert. Besonders viel Interesse stellen wir fest, wenn es konkrete Einsätze oder Übungen des Teams MV gibt. Echte Bilder und Stimmen sind eben wirksamer als das Verteilen von Flyern.

#### Welche Einsätze oder Übungen waren denn das konkret und welche Rückmeldungen haben Sie dazu von den Freiwilligen?

2011 und 2012 haben wir das Team MV in die Abschlussübungen der landesweiten Führungskräftequalifizierung eingebunden. Da ging es um die Ausstattung einer Notunterkunft. Beim Hochwasser im Sommer 2013 waren die Freiwilligen im Realeinsatz. In Heiddorf haben Teammitglieder

aus ganz Mecklenburg-Vorpommern zwei Tage lang Sandsäcke gefüllt. Ein Helfer kam zu mir, um mir zu sagen, dass er drei Stunden gefahren sei, um hier mitzuhelfen. Sein Einsatzfazit: Sensationell! In Boizenburg unterstützte das Team vier Tage lang die ehrenamtlichen Einsatzkräfte von zwei Betreuungszügen beim Betrieb einer Notunterkunft und der Verpflegung. Wir haben sie nach dem Infektionsschutzgesetz belehrt und mit Schutzkleidung ausgestattet, damit sie richtig mit anpacken konnten. Die Rückmeldungen waren durchweg positiv, die Team MVler fühlten sich gut integriert. „Klassenunterschiede“ zu den „normalen“ Rotkreuzhelfern gab es nicht.

#### Welchen Rat geben Sie den bayerischen Kollegen für den Start ihres Teams mit auf den Weg?

Wir hatten ja schon im Vorfeld der Gründung des Team Bayern Kontakt. Intern finde ich wichtig, die Verbandsgremien von der Idee des Teams zu überzeugen, damit die Einbindung und Motivation der Freiwilligen gesichert ist. Extern ist vor allem die Zusammenarbeit mit dem Medienpartner entscheidend. Dazu gehört die Abgrenzung von Zuständigkeiten und natürlich eine regelmäßige Berichterstattung über die Teamaktivitäten, damit sich die Freiwilligen wertgeschätzt fühlen und sich auch neue Freiwillige finden. Ich finde es schön, dass sich jetzt verstärkt regionale Initiativen bilden, die nach der gleichen Idee arbeiten und bin schon gespannt, welche Erfahrungen die Kollegen machen.



## Der ASB baut Brücken

SAMARITAN INTERNATIONAL (SAM.I) wurde 1994 in den Räumen der ASB-Bundesgeschäftsstelle in Köln gegründet. Gründungsmitglieder waren die Samariter-Verbände aus Deutschland und Österreich, sowie aus Dänemark und Frankreich. SAM.I ist ein europäischer Zusammenschluss von parteipolitisch und konfessionell neutralen Nichtregierungsorganisationen, die in der Ersten Hilfe bei Notfällen und Erkrankungen tätig sind und sich der historischen Samariterbewegung verbunden fühlen. Zentrales und kennzeichnendes Element der am Gemeinwohl orientierten und nicht auf die Erzielung von Gewinn ausgerichteten Organisationen ist die demokratische Beteiligung vieler Bürgerinnen und Bürger als Mitglieder, Freiwillige und Förderer.

Mittlerweile gehören 16 Samariter-Organisationen aus 15 europäischen Ländern dem internationalen Netzwerk an. Darüber hinaus gibt es weitere nationale, regionale und lokale Samariter-Organisationen und -Initiativen in der Schweiz, Rumänien, Gambia und Südafrika. SAMARITAN INTERNATIONAL fördert auch Partnerschaften zwischen den Samariter-Organisationen im europäischen Raum.

Weit über drei Millionen Mitglieder, 130.000 ehrenamtliche Helfer sowie 40.000 hauptamtliche Mitarbeiter bilden die Fundamente von SAM.I. Die Mitgliedsverbände bringen ihre langjährigen Erfahrungen im Bereich der Sozialen Dienste, des Rettungswesens, der Erste-Hilfe-Ausbildung und des Katastrophenschutzes sowie der Humanitären Hilfe im Ausland in die gemeinsame Arbeit ein. Der Zusammenschluss fördert den Erfahrungsaustausch zwischen den Mitgliedern und den von ihnen unterstützten Verbänden durch europäische Fachtagungen, Projektoperationen, Partnerschaften und Arbeitsgruppen.

### Netzwerk ohne Grenzen

Ein Beleg für die erfolgreiche Zusammenarbeit über politische Grenzen hinweg ist der alle zwei Jahre stattfindende Europäischen Erste-Hilfe-Jugendwettbewerb. Der fünfte Erste-Hilfe-Jugendwettbewerb wird vom 7. bis 10. August 2014 von der SAM.I.-Mitgliedsorganisation ANPAS in Adria und Venedig ausgerichtet.

Das Europäische Erste-Hilfe-Zertifikat ist Ergebnis der SAMARITAN-Arbeitsgruppe „EC First AID“. Es bestätigt eine vergleichbare Qualität bestimmter, jeweils definierter

Erste-Hilfe-Ausbildungen der SAM.I.-Mitgliedsorganisationen. Vergleichbare nationale Anforderungen einzelner europäischer Länder an die Kenntnisse ausgebildeter Personen zur Ersten Hilfe bei Notfallsituationen sind damit erfüllt und bescheinigt. Zurzeit arbeiten die Samariter Organisationen an der Etablierung Europäischer Erste-Hilfe Standards.

### Cross-Border Samaritan Flood Preparedness

Das Jahr 2013 war von einer zerstörerischen Flut geprägt. Hunderte von freiwilligen Helfern von SAM.I.-Mitgliedsverbänden haben sich in der Fluthilfe engagiert. Mit der Unterstützung von Aktion Deutschland Hilft (ADH) wurde Ende 2013 ein gemeinsames Hochwasserprojekt gestartet.



Der ASB-Bundesvorsitzende Knut Fleckenstein (fünfter von links) und die Teilnehmer der SAMETS-Konferenz in Brüssel.  
(Foto: ASB/S. Havekost)

Unter dem Leitgedanken „Voneinander lernen, gemeinsame Standards definieren und Ressourcen binden“ soll in einem zweijährigen Projektzeitraum vor allem festgestellt werden, wie und in welche Hilfsmaßnahmen befreundete Samariter-Organisation im Fall einer Hochwasserkatastrophe eingebunden und die Einsätze durchgeführt werden können.

Zur Optimierung von nationalen Einsätzen und der Zusammenarbeit bei grenzübergreifenden Hochwassereinsätzen sind zwei gemeinsame Übungen geplant. An den

Übungen nehmen Einsatzkräfte der Partnerorganisationen teil, u. a. Freiwillige aus den bereits vorhandenen FAST-Teams (First Assistance Samaritan Teams) des ASB.

Samariter-Organisationen mit dem nötigen Know-how und spezieller Expertise im Bereich der Katastrophenhilfe, aber ohne ausreichendes Equipment, erhalten bedarfsorientiert entsprechendes Material für nationale oder grenzübergreifende Einsätze. Ziel ist es, die M.I.-Organisationen technisch und personell so auszustatten und zu schulen, dass sie rascher und effizienter auf Hochwasserkatastrophen reagieren können. Neben einsatztechnischen Fragen ist auch der Aspekt der Prävention ein wichtiger Bestandteil des Projektes. Über Informationsmaterial und Social-Media-Aktivitäten wird die Bevölkerung in hochwassergefährdeten Ge-



Logo Samaritan International

parlament trafen sich am 23. Januar 2014 Vertreter des ASB, des Südtiroler Weißen Kreuzes, des ASB Österreichs, der italienischen Samariterorganisation ANPAS und der slowakischen ASSR zum Auftakt ihres gemeinsamen Katastrophenschutzprojektes SAMETS. Das Treffen hatte der ASB-Bundvorsitzende Knut Fleckenstein ermöglicht. Er ist Europaabgeordneter und außerdem Präsident von SAMARITAN INTERNATIONAL.

SAMETS steht für "Social Affair Management in Emergency Temporary Shelter". Innerhalb der nächsten zwei Jahre werden die beteiligten Samariterorganisationen gemeinsam ein europaweit einsetzbares Modul für Not- und Behelfsunterkünfte im Katastrophenfall erarbeiten. Das Projekt zielt insbesondere auf die Versorgung von Kindern,



Beim 4. Erste-Hilfe-Wettbewerb 2012 in Riga traten 17 Teams von Samariterorganisationen aus acht Ländern an, um ihre Fähigkeiten als Ersthelfer unter Beweis zu stellen. (Foto: ASJ/A. Bühler)

bieten auf Gefahren vorbereitet. Schließlich soll auch die Zusammenarbeit mit staatlichen Institutionen und Entscheidungsträgern gestärkt werden, um die Kommunikation im Falle einer Hochwasserkatastrophe zu verbessern. Die Ergebnisse des Projektes werden im Rahmen einer internationalen Abschlusskonferenz Ende 2015 vorgestellt.

#### **SAMETS: Nach Katastrophen gemeinsam helfen**

SAM.I. intensiviert die Zusammenarbeit auf europäischer Ebene mit einem weiteren Projekt: Im Brüsseler Europa-

älteren Menschen und Menschen mit Behinderungen in Katastrophenlagen ab. Deren Evakuierung und Unterbringung stellt besondere Anforderungen an Helfer und Ausstattung.

Im Fokus aller Projektmaßnahmen steht zudem die Verbesserung der Kompetenzen von Freiwilligen und Experten bei Katastropheneinsätzen. „Das freiwillige Engagement ist in Europa von großer Bedeutung“, erklärt Knut Fleckenstein. „Darum müssen die Freiwilligen bei ihren Einsätzen in einem multikulturellen Umfeld unterstützt

werden. Die Zusammenarbeit auf europäischer Ebene stärkt gleichzeitig den Bevölkerungsschutz in Europa.“ Mit dem Ziel der Entwicklung eines europaweit einsetzbaren SAM.I.-Moduls erarbeiten die Projektteilnehmer Standards und Leitlinien zur bedarfsgerechten Versorgung die-

ser in Katastrophenfällen besonders schutzbedürftigen Gruppen. Damit reagiert das Projekt gleichzeitig auf den demografischen Wandel in Europa im Kontext der Katastrophenhilfe.

**Technisches  
Hilfswerk** 

## Einstieg ins EU-Netzwerk mit dem IPA II-Programm

Mit dem EU-Programm „Instrument for Pre-Accession Assistance“ (IPA II) werden Beitrittskandidaten und potentielle Beitrittskandidaten an die EU herangeführt. Das THW ist an einem Teilprogramm im Bereich Katastrophenschutz beteiligt. Ziel der Kooperation ist die Stärkung der Westbalkanstaaten und der Türkei.

Zwischen den Zivilschutzorganisationen der EU ist die Vernetzung eng, die Zusammenarbeit durch grenzübergreifende Einsätze und Übungen aufeinander abgestimmt. Drittstaaten, etwa EU-Kandidaten und mögliche Beitrittsländer, haben nur wenige Kontaktpunkte zu dem Netzwerk. Was aber, wenn solche Staaten von Katastrophen



Der Lenkungsausschuss des IPA-Programms II traf sich im Februar 2014 zur Auftaktveranstaltung in Brüssel.



Bei der CroFloods-Übung im kroatischen Zagreb simulierten THW-Kräfte gemeinsam mit Vertretern und Vertreterinnen der Bewerberstaaten den Einsatz nach einer Überflutung. Die Übung war im Mai 2012 Teil des ersten IPA-Programms.

führung an die EU durch Ausbildungen, Übungen und thematische Workshops. Das THW übernimmt die Federführung in der Komponente Ausbildung und trägt zu allen weiteren Aktivitäten bei.

In sechs Trainingskursen werden insgesamt rund 100 Personen ausgebildet. 35 Experten erhalten darüber hinaus die Möglichkeit, zu anderen Organisationen in den Anwärterstaaten oder zu Teilnehmerstaaten des Katastrophenschutzverfahrens der Union zu reisen, um deren Arbeitsweise kennenzulernen.

Im Oktober 2014 und Juni 2015 finden zwei Feldübungen statt, in denen Einheiten aus den Westbalkanstaaten, der Türkei und aus EU-Mitgliedsstaaten zusammen den gemeinschaftlichen Einsatz nach Erdbeben trainieren.

betroffen sind? Wie verlaufen dann nationale Gefahrenabwehr und die Zusammenarbeit mit internationalen Hilfskräften?

Im Rahmen des IPA-Programms „Kooperation im Bereich Zivil- und Katastrophenschutz“ führt das THW, zusammen mit Partnern aus Slowenien, Kroatien, Italien und Schweden, acht Nicht-EU-Staaten an das Unionsverfahren heran und stärkt sie für den Katastrophenfall. Dazu gehören Albanien, Bosnien-Herzegowina, der Kosovo (unter UNSCR 1244/99), ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Montenegro, Serbien und die Türkei. Das Programm läuft seit November 2013 mit einer Dauer von zwei Jahren.

Bei dem Programm können die Experten auf gründlichem Vorwissen aufbauen. Von 2010 bis 2012 gab es bereits einen Vorläufer, IPA I. Eine Besonderheit: Kroatien, das damals als Beitrittskandidat an dem Programm teilnahm, unterstützt nun als Partner im Konsortium die neuen Anwärter.

Inhalte des Programms sind verschiedene Maßnahmen zur Stärkung der Teilnehmerstaaten und ihre Heran-

Unterstützt werden diese Aktivitäten durch Workshops und kleinere landesspezifische Übungen zur Thematik Hilfsanfrage und Akzeptanz internationaler Hilfe.



Ein wichtiger Teil des Programms: Die Camps für internationale Hilfsorganisationen nach einheitlichen Standards aufbauen und einrichten. (Fotos: THW)



# Zentraler Wasserrettungsdienst Küste der DLRG – ein Erfolgsmodell wird 40

## Sicherste Badegebiete Europas

Die Küsten der deutschen Nord- und Ostsee gehören zu den sichersten Badegebieten in Europa. Durch die langanhaltende Schönwetterperiode im Juli des vergangenen Jahres mit mehreren Tropentagen war der Ansturm auf



Ein Wachgänger der DLRG im Einsatz.  
(Foto: Peter Schmidhüsen)

die Strände besonders groß. Trotz des Gedränges in den Badezonen entfielen im Jahr 2013 lediglich 26 von 446 Todesfällen durch Ertrinken (5,82 %) in Deutschland auf die Meeresregionen. Großen Anteil an dem hohen Sicher-

heitsstandard haben die Wachleiter, Rettungsschwimmer, Bootsführer, Taucher und Sanitäter der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft, die im „Zentralen Wasserrettungsdienst Küste“ (ZWRD-K) in den Sommermonaten für die Sicherheit von Millionen Touristen, Badegästen und Wassersportlern aus dem In- und Ausland sorgen. Der Wasserrettungsdienst an den Küsten ist eine Gemeinschaftsaufgabe aller DLRG-Gliederungen in Deutschland. Er wird in diesem Jahr 40 Jahre alt.

Im Februar 1974 erfolgte die erste Ausschreibung in der DLRG-Verbandszeitschrift „Der Lebensretter“ für den sogenannten „Zentralen Wasserrettungsdienst für die Küsten“ der Bundesrepublik Deutschland. Im Sommer des Jahres wachten zum ersten Mal Rettungsschwimmer aus Bayern, Nordrhein, Westfalen und anderen DLRG-Landesverbänden auf den DLRG-Wachstationen an der Küste. Die Organisation des Zentralen Wasserrettungsdienstes Küste wurde bis zum Jahr 2009 von den Einsatzleitungen der DLRG-Landesverbände Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern vorgenommen. Damals dachte noch niemand daran, welchen umfassenden Service die DLRG einmal an den Stränden erbringen würde. Seit 2010 erfolgt die zentrale Koordinierung aller Rettungsschwimmer durch die neu geschaffene Stabsstelle ZWRD-K in der DLRG-Bundesgeschäftsstelle in Bad Nenndorf. Sie ist zuständig für alle 86 Wachstationen, die sie heute an Nord- und Ostseeküste unterhält. Die einzelnen Wachstationen sind dabei sehr verschieden. Von einer kleinen Wachstation mit zwei Rettungsschwimmern bis hin zu großen Stationen mit bis zu neun Wachtürmen, sechs Motorrettungsbooten und rund 40 Rettungsschwimmern ist alles dabei. Alle Stationen sind mit den entsprechenden Rettungsmitteln, teilweise mit Rettungsbooten, teilweise mit Quads sowie mit der notwendigen medizinischen Ausstattung versehen.

## ISO-Norm, Gefahrenanalysen und Full-Service-Angebote

Im letzten Jahrzehnt haben sich die Rahmenbedingungen für den ZWRD-K weiter verbessert. Der Badegast kann seinen Urlaub an Nord- und Ostsee künftig mit einem Plus

an Sicherheit verbringen. Drei Veränderungen sind besonders hervorzuheben:

1. Die ISO-Norm 20712 hat weltweit ein einheitliches Flaggen- und Signalsystem für Badestellen eingeführt. Das Deutsche Institut für Normung (DIN) hat die Norm für den Bereich der Bundesrepublik in großen Teilen übernommen. An allen DLRG-Küstenwachstationen wurde das neue System bereits eingeführt.
2. Gefahrenanalysen sind ein weiteres neues Modul, um Strände und Badestellen in Europa sicherer zu machen und die Badegäste über bestehende lokale Gefahren (Strömungen, Buhnen) aufzuklären. Zahlreiche Gemeinden und Kurverwaltungen, in denen die DLRG die Badeaufsicht hat, haben das europäische Sicherheitszertifikat „Bewachter Strand/Lifeguarded Beach“ bereits erhalten. International zertifizierte Gefahrengutachter (Risk Assessor) bewerten die Strände auf ihre Sicherheit.
3. Die DLRG bietet den Küstengemeinden sogenannte Full-Service-Vereinbarungen an. Mit der Vertragsunterzeichnung übernimmt die DLRG nicht nur die Gestellung der Rettungsschwimmer, sondern sie stellt auch die erforderliche Ausstattung, also Rettungsboote (falls erforderlich), Rettungsbretter, Einsatz- und Erste-Hilfe-Materialien, etc.

Im Jahr 2013 absolvierten 3.894 Rettungsschwimmerinnen und Rettungsschwimmer an den Küsten von Nord- und Ostsee ehrenamtlich 4.924 Wachaufträge. Zahlreiche Aktive nutzten die große Zahl attraktiver Wachstationen,



Rettungsschwimmerinnen und Rettungsschwimmer der DLRG im Einsatz im zentralen Wasserrettungsdienst.  
(Foto: Jan Schumann)

um mehrmals zwischen Mitte Mai und Ende September 2013 ihren Dienst auf verschiedenen Stationen zu versehen.

### Leichtsinn und Selbstüberschätzung

Auch im letzten Jahr haben die Rettungsschwimmerinnen und Rettungsschwimmer der DLRG an den Küsten von Nord- und Ostsee neben unzähligen kleineren und größeren sanitätsdienstlichen Leistungen wieder zahlreiche

Menschen vor dem Ertrinken gerettet und mehrere Hundert Personen aus lebensbedrohlichen Situationen in Sicherheit gebracht. Dies zeigt, wie wichtig und notwendig der zentrale Wasserrettungsdienst an den Küsten ist. Ungeachtet widriger Wetterbedingungen geraten immer wieder Menschen in Lebensgefahr, überschätzen ihre Leistungsfähigkeit oder handeln leichtsinnig.

In der Regel sind die Stationen von Anfang Mai bis Ende September an jedem Tag zwischen 9 Uhr und 18 Uhr besetzt. Bis auf wenige Ausnahmen setzt die DLRG aus-



Bis auf wenige Ausnahmen sind die Wachgänger ehrenamtliche Helfer.  
(Foto: Jan Schumann)

schließlich ehrenamtliche Helfer ein. Diese verpflichten sich in der Regel für mindestens eine Woche in der Vor- und Nachsaison bzw. mindestens für zwei Wochen in der Hauptsaison zum Einsatz. Die größte Wasserrettungsorganisation der Welt übernimmt für die ehrenamtlichen Retter die Fahrtkosten, die Unterkunft sowie Verpflegung oder zahlt ein Verpflegungsgeld. Zusätzlich gibt es ein kleines Taschengeld. Während der Schulferien ist es kein Problem alle Stellen zu besetzen. In den Wochen vor den Sommerferien besteht jedoch immer Bedarf an zusätzlichen Rettungsschwimmern, in diesem Jahr insbesondere in der Zeit vom 21. Mai bis 5. Juli. Das Mindestalter der Wachgänger beträgt 16 Jahre. Das Deutsche Rettungsschwimmabzeichen (DRSA) Silber darf nicht älter als zwei Jahre sein. Wenn die Qualifikation älter ist, ist die Rettungsfähigkeit durch die Wiederholung der kombinierten Übung aus dem DRSA Silber nachzuweisen. Ergänzt wird diese durch den Nachweis über einen Erste-Hilfe-Lehrgang, der nicht älter ist als drei Jahre.

Mitarbeitern im öffentlichen Dienst, insbesondere bei Polizei und Feuerwehr, aber auch Angehörigen der Bundeswehr kann für diesen ehrenamtlichen Einsatz auch Sonderurlaub gewährt werden. Wer Interesse hat, am Zentralen Wasserrettungsdienst an den deutschen Küsten zwischen Borkum und Usedom mitzuwirken kann sich auf der DLRG Homepage weitergehend informieren. Die Stabsstelle ZWRD-K ist unter 05723 / 955 450 oder [zwrddk@dlrg.de](mailto:zwrddk@dlrg.de) zu erreichen.

Andreas Klingberg/Martin Janssen

## Deutsche Feuerwehren bringen Slowenien Strom

Mehr als 10 Prozent der Bevölkerung in Slowenien war als Folge heftiger Schneefälle und Eisregens von der Stromversorgung abgeschnitten – sie erhielten Hilfe aus Deutschland: Dass Katastrophenschutz in der europäischen Union funktionieren kann, hat der Einsatz hessischer Feuerwehren in Slowenien unter Beweis gestellt. „Dies war der bisher größte geschlossene Verband deutscher Feuerwehren im Einsatz des europäischen Gemeinschaftsverfahrens für den Bevölkerungsschutz“, erklärten Ralf Ackermann, DFV-Vizepräsident und Präsident des LFV Hessen sowie DFV-Präsident Hans-Peter Kröger.

Aufgrund starker Schneefälle und Eisregen war es in dem südöstlich von Österreich gelegenen Land zu großflächigen Stromausfällen gekommen. Eine Situation, die das Land mit etwa zwei Millionen Einwohnern nicht allein stemmen konnte und daher um internationale Hilfe im Rahmen des europäischen Gemeinschaftsverfahrens für den Bevölkerungsschutz ersuchte.

Da der Hessische Katastrophenschutz als einer der wenigen in der Bundesrepublik über eine flächendeckende Ausstattung von insgesamt 27 Notstrom-Großaggregaten mit einer Leistung von 250 kVA verfügt, sagte das Hessische Innenministerium seine Unterstützung zu. Die Hessische Landesfeuerweherschule schickte ein Vorauskommando los, tags darauf starteten zehn hessische Aggregate. Die Kräfte stellten die Kreise Darmstadt-Dieburg, Gießen, Hochtaunus, Lahn-Dill, Main-Kinzig, Main-Taunus, Offenbach und Wetterau sowie die Städte Darmstadt und Wiesbaden. Die Feuerwehr der Stadt Frankfurt unterstützte beim Personaltransport während der „Schichtwechsel“ des insgesamt dreiwöchigen Einsatzes. Dem Verband gehörten 43 Feuerwehrleute aus Hessen und sieben THW-Kräfte unter Führung der Feuerwehr an, die in das Katastroph-

gebiet südwestlich der slowenischen Hauptstadt Ljubljana entsandt wurden.

Diese erreichten nach fast 18-stündiger Fahrt Slowenien:



Die Folgen von starken Schneefällen und Eisregen.

Eine bizarre, teilweise kunstvolle Eislandschaft und zuvor schon umgeknickte Bäume und Strommasten, heruntergerissene Stromleitungen und blockierte Straßen. Innerhalb weniger Stunden wurden allen zehn Generatoren des Hessischen Katastrophenschutzes konkreten Einsatzgebiete zugewiesen. Nachdem Mitarbeiter der örtlichen Energieversorgungsunternehmen und der Elektrofachkräfte des Verbandes die Stromaggregate angeschlossen hatten, konnte wichtige Einzelgebäude, Straßenzüge oder ganze Wohngebiete mit Strom versorgt werden. In den folgenden drei Wochen speisten die Notstromaggregate reibungslos in das öffentliche Netz ein und brachten den Menschen in Slowenien Linderung ihres Notstandes. Die



Ein Notstrom-Großaggregat speist Strom in das öffentliche Stromnetz ein.  
(Fotos: Führungseinheit Hessen)

Hilfe beschränkte sich zunächst auf größere Städte. Mit der Wiederherstellung der Stromversorgung in diesen Gebieten konnten auch abgelegene, bisher von der Außenwelt abgeschnittene Gebiete, über die Generatoren des Katastrophenschutzes versorgt werden.

„Zusammenfassend kann dieser erste vom Land Hessen im Rahmen EU-Gemeinschaftsverfahren bei Katastrophenschutzmaßnahmen organisierte Einsatz Hessischer Feuerwehren unter Beteiligung des THW als großer Erfolg gewertet werden“, bilanzierten die vier Feuerwehr-Einsatzleiter Ralf Ackermann, Gregor Fanroth, Werner Merget und Thomas Peters.

Besonders heben die vier Führungskräfte, die sich während der drei Wochen abgelöst hatten, hervor: „Die slowenische Bevölkerung hat den Einsatz der internationalen Kräfte sehr dankbar angenommen. Den Einsatzkräften ist stets eine sehr große Herzlichkeit entgegengebracht worden.“



## DRK-Hilfe in Syrien

Seit Anfang 2012 hilft das Deutsche Rote Kreuz trotz schwieriger Sicherheitslage in Syrien. Gemeinsam mit dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz und dem Syrischen Roten Halbmond (SARC) sind die Helfer unermüdlich im Einsatz. Das DRK beteiligt sich mit Hilfslieferungen und logistischer Unterstützung.

Der Syrisch Arabische Rote Halbmond (SARC) hat erstmals nach vier Monaten Zivilisten in der Provinz Deir ez-Zor, im Osten des Landes, mit lebensnotwendigen Hilfsgütern versorgen können.

Ende Februar erreichten 26 LKW vollgeladen mit Hilfsgütern des DRK, der Internationalen Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmond-Gesellschaften (IFRC) und des UN World Food Programm (WFP) die Stadt Dair Alzur und das Umland. Die Provinz liegt etwa 500 Kilometer östlich von Damaskus. Beladen waren die LKW mit 8.000 Nahrungsmittelpaketen und weiteren 8.000 Hygienepaketen des DRK und IFRC sowie weitere 5.400 Nahrungsmittelrationen und 1.700 Kilogramm Mehl von WFP. Mit diesen



Trinkwasser in Flaschen wird von einem Lastkraftwagen abgeladen und an die Bevölkerung verteilt.

Hilfsgütern können 80.000 Menschen versorgt werden.

Bereits Mitte Februar hatten erstmals 14 LKW die Region erreicht und 7.000 Nahrungsmittelpakete und weitere 7.000 Hygienepakete in die Provinz Deir ez-Zor transportiert. Freiwillige Helfer des SARC konnten die Hilfsgüter dort ohne Zwischenfälle an Frauen, Kinder und Männer verteilen. Die Hilfe reicht für 35.000 Menschen für einen Zeitraum von einem Monat. Ein Großteil der Hilfsgüter in diesem Konvoi waren vom DRK beschafft worden.

In Lagerhäusern des SARC in der Hafenstadt Tartous stehen weitere Hilfsgüter des DRK und anderer Partner für notleidende Familien in Syrien bereit. Der Bedarf, der auf Hilfe angewiesenen Menschen, ist jedoch bei weitem größer als die humanitären Organisationen gemeinsam abdecken können. Der SARC wird seine Hilfe für die Region Deir ez-Zor fortsetzen, sofern der Zugang wei-



Freiwillige Helfer des SARC verteilen Hilfsgüter an Frauen, Kinder und Männer.

ter bestehen bleibt und weitere Hilfsgüter in Syrien eintreffen. Die Verbindungsstraße in die Region war seit Oktober vergangenen Jahres nicht passierbar.



Zivilisten in der Provinz Deir ez-Zor erhalten erstmals nach vier Monaten lebensnotwendige Hilfsgüter. (Fotos: DRK)

Das DRK leistet seit 2012 humanitäre Hilfe in Syrien, die von einer DRK-Delegierten vor Ort koordiniert wird. 2013 hat das DRK in Zusammenarbeit mit SARC Nahrungsmittel- und Hygienepakete sowie Küchensets und weitere, dringend benötigte, Artikel des täglichen Bedarfs verteilt. SARC erreicht monatlich mehr als 4 Millionen Menschen in Syrien mit Hilfsgütern. Das DRK unterstützt SARC darüber hinaus logistisch, indem es die Instandhaltung und den Betrieb von Lagerhäusern finanziert, die für die humanitäre Hilfe im Land essentiell sind, und Transportmittel zur Verfügung stellt.

Die finanziellen Zuwendungen, durch die die Nothilfe des DRK in Syrien und den Nachbarländern möglich gemacht wird, erhält das DRK vom Auswärtigen Amt und von der Europäischen Union (ECHO).

# DIE JOHANNITER



## Zivilschutz im Auftrag der Europäischen Union

Die Johanniter-Unfall-Hilfe ist seit 2006 im EU-Katastrophenschutz tätig. Eins ihrer Projekte ist das europäische Katastrophenschutz-Team EURACARE, das nach einer zweijährigen Projektphase seit Anfang März 2014 bereit für den Ernstfall ist.

EURACARE steht für das European Assistance Team for Citizens in Areas of Evacuation, das im Rahmen eines von der EU-Kommission geförderten Projektes von den Johannitern und der Landesregierung der Steiermark in Österreich aufgebaut und trainiert wurde. Aufgabe des Teams ist es, weltweit die Evakuierung von EU-Bürgern aus Katastrophen- oder Krisengebieten zu unterstützen. Mit seiner modularen Team-Struktur kann EURACARE flexibel an

und psychosoziale Versorgung für die Betroffenen anbieten. Oder das Team unterstützt die betroffenen Behörden vor Ort in den Bereichen Informationsmanagement, Registrierung oder Logistik.

Das EURACARE-Team besteht zurzeit aus 33 ehrenamtlichen Soforthelfern der Johanniter-Auslandshilfe und Mitgliedern des Kriseninterventionsteams des Landes Steiermark. Zum Team gehören Psychologen, Rettungsassistenten, Ärzte, Logistiker, IT-Spezialisten und Kommunikationsexperten. EURACARE ist als sofort verfügbare und einsatzbereite Einheit in CECIS, dem Kommunikations- und Informationssystem der EU (Common Emergency Communication and Information System) registriert. Das Team kann von den 32 am Katastrophenschutzverfahren der Union teilnehmenden Staaten angefordert werden.



Das europäische Katastrophenschutz-Team EURACARE ist nach einer zweijährigen Projektphase bereit für den Ernstfall.  
(Foto: Johanniter / Harm Bastian Harms)

die Gegebenheiten vor Ort angepasst werden. Je nach Bedarf können die Helfer zum Beispiel basismedizinische

In einer zweijährigen Aufbauphase wurden die Teammitglieder in speziellen Trainingskursen auf ihre Aufgabe vorbereitet. Neben den individuellen Fähigkeiten der einzelnen Teammitglieder (z. B. Informationsmanagement, Logistik) ist das Wissen über Abläufe und Koordination im Rahmen des EU-Katastrophenschutzes sowie die Zusammenarbeit mit internationalen Akteuren grundlegend für die EURACARE-Helfer. Auch Themen wie Interkulturelle Kommunikation, Crowd-Management, Teambuilding-Aktivitäten, Stress-Management sowie praktische Trainings zum Umgang mit Material und Technik standen auf dem Kursplan.

Eine groß angelegte Übung, die vom 17. bis 18. November 2013 in Lübeck stattfand, bildete den Abschluss der Aufbauphase. Das Szenario war, angelehnt an die Ereignisse um die Libanon-Krise von 2006, eine Evakuierung von europäischen Staatsbürgern aus einem Krisengebiet außerhalb der EU nach Zypern. Das Team durchlebte

an zwei Tagen alle wichtigen Stationen eines EURACARE-Einsatzes. Rund 160 Beteiligte waren an dieser Übung beteiligt – von zahlreichen Komparsen und Johanniter-Helfern über das Organisationsteam der Projekt- und Übungspartner bis hin zu internationalen Trainern und Übungsbeobachtern. Darunter waren Experten des Auswärtigen Amtes, des österreichischen Innenministeriums sowie des Zivilschutzes aus Zypern, Finnland, Luxemburg und Schweden.

An drei Einsatzorten im Raum Lübeck agierten die Soforthelfer. Der Lübecker Flughafen – im Szenario der Flughafen Larnaca auf Zypern – war Hauptschauplatz der Übung. Dort landete am ersten Tag eine Maschine mit evakuierten europäischen Bürgern. Das EURACARE-Team war bereits eingetroffen, um die zypriischen Behörden und das Flughafenpersonal in dem logistischen und organisatorischen Ausnahmezustand zu unterstützen. Die EURACARE-Helfer sorgten für die basismedizinische und psychosoziale Betreuung der Gestrandeten und registrierten diese am sogenannten Helpdesk des EURACARE-Teams – dem zentralen Anlaufpunkt für alle Hilfesuchenden.

Im weiteren Verlauf der Übung teilte sich das EURACARE-Team und trainierte an zwei verschiedenen Schauplätzen: Am Hafen bauten die Helfer einen weiteren Helpdesk auf, um über den Seeweg ankommende Europäer zu betreuen. In einem Hotel wurde zudem das EURACARE-Office bei der EU Repräsentanz in Zypern inszeniert. „Das realistische Szenario bereitet die Helfer auf ihre künftigen Einsätze vor. In Krisensituationen müssen sie routiniert sein und flexibel auf die jeweilige Herausforderung reagieren“, erläuterte Harm Bastian Harms, Projektleiter von EURACARE. Nach der Aufbauphase seien die Helfer nun voll einsatzfähig, so Harms. „Wir werden das Team auch nach Ende der Projektlaufzeit durch regelmäßige Trainings fit halten, so dass die Soforthelfer jederzeit in den Einsatz gehen können.“

Seit 2009 werden Ehrenamtliche bei den Johannitern in verschiedenen Teams aus- und fortgebildet, um Einsätze der Europäischen Kommission zu unterstützen. So wurde bereits im Rahmen eines früheren EU-Projektes das deutsch-zyprische technische Unterstützungsteam EUTAC TAST (Technical Assistance and Support Team) gemeinsam mit dem Zyprischen Zivilschutz (Cyprus Civil Defence) aufgebaut. Dessen ehrenamtliche Helfer sind darauf vorbereitet, in Katastrophenfällen internationale Experten bei Erkundung und Koordinierung zu unterstützen. Außerdem wurde das multinationale EURAMET-

Team (European Aerial Medical Evacuation Team) für die medizinische und psychosoziale Betreuung von Verletzten bei Flugevakuierungen entwickelt – Ergebnis eines Kooperationsprojektes der Johanniter mit dem Land Steiermark und dem österreichischen und slowakischen Arbei-



Das EURACARE-Team bei einer Besprechung des während der Abschlussübung der zweijährigen Projektphase. (Foto: Johanniter / Berenike Matern)

ter-Samariter-Bund. Beide, EURAMET und EUTAC TAST, sind wie EURACARE als einsatzbereite europäische Katastrophenschutz-Teams in CECIS registriert.

*Claudia Haase/Verena Götze*

Weitere Informationen: [www.euracare-project.eu](http://www.euracare-project.eu)



[www.euramet-project.eu](http://www.euramet-project.eu)



[www.eutac-project.eu](http://www.eutac-project.eu)





**Malteser**  
... weil Nähe zählt.

## ...und rede darüber

### Kommunikation als Aufgabe bei Großeinsätzen

Als im Jahr 2000 ein Prominenter auf einer Großveranstaltung in Hamburg einen Kreislaufzusammenbruch erlei-

ren Fakten, Spekulationen und Zwischenstände durch die sozialen Medien wie Facebook und Twitter. Bevor professionelle Redaktionen die Nachricht geprüft und verarbeitet haben, hat sie sich über jedermanns PC, Smartphone und Tablet tausendfach verbreitet. Der Vorteil: Mehr Menschen wissen frühzeitig Bescheid. Der Nachteil: Woher eigentlich?

In der großen Zahl der Posts, Tweets und sonstigen Mitteilungen wird eines offensichtlich: Durch die sozialen Medien treten immer mehr Vermutung, Witz und Ironie eines Einzelnen neben überprüfbare Fakten, die sich aus mehreren Quellen speisen oder festgelegten Kriterien folgen. Neben die in den Malteser Diensten üblichen Einsatzmeldungen und Nachrichten aus der Pressestelle tritt damit eine weitere Informationsquelle. Für die Malteser bedeutet das, noch genauer darauf zu achten, was „wirklich“ ist oder wie Besucher und Teilnehmer einer Veranstaltung das Ereignis empfinden.

War es früher einfach eine „Kreislaufschwäche“ des Prominenten, muss daraus heute kein „schlimmes Un-

glück“ werden. Aber als Gastgeber oder Dienstleister einer großen Veranstaltung geben die Malteser nicht (mehr) alleine den Stand der Dinge zum Sanitätseinsatz wieder. Ihnen stehen womöglich viele Meinungen entgegen, die quasi jeder genauso verfolgen kann wie das, was die Malteser sagen.

Im Stab einer Einsatzleitung ist unter anderem das Sachgebiet Kommunikation und Pressearbeit verankert, kurz „S5“ genannt. Dessen wesentliche Aufgaben: Sowohl die Einsatzleitung über die öffentliche Wahrnehmung des Einsatzes als auch – in umgekehrter Richtung – die Öffentlichkeit über die Maßnahmen des Sanitätsdienstes zu infor-



Gerade in Großveranstaltungen sind die Einsatzkräfte bei den Medien gefragt.  
(Foto: Christina Gold)

det, setzt dies die anwesenden Reporter in Aufruhr: Sie versuchen alles, um bei den Maltesern genauere Informationen über den Zustand des Patienten zu bekommen. Die bereitstehenden Rettungskräfte versorgen derweil den Prominenten. Das Ergebnis des Einsatzes – der Patient war in ein Krankenhaus transportiert und dort erfolgreich behandelt worden – stand am nächsten Tag in den Zeitungen zu lesen.

Heute hat sich die Nachricht über ein besonderes Ereignis auf einer Großveranstaltung wenige Minuten später schon viel weiter verbreitet. Mit ihren Smartphones machen die Anwesenden Fotos und Videos; in wenigen Worten schwir-



Malteser Social Media Leitlinien  
(Bild: MHD)

mieren. So plant der Stab, worüber er die Medien informieren will, um eine sichere Veranstaltung zu ermöglichen.

#### Social Media Guidelines

Die Malteser haben sich Leitlinien für die Nutzung der sozialen Netzwerke gegeben, an denen sich die eingesetzten Helfer orientieren. Das Ziel: Daten über Patienten, die Einsatzdurchführung oder auch nur der eigene Seufzer über das leichtsinnige Verhalten von Teilnehmern sollen durch den „Senden“-Knopf nicht leichtfertig bekannt werden. Daher dürfen alle Helfer während ihres Einsatzes nichts veröffentlichen – auch zu ihrem eigenen Schutz. Denn ein Foto ist zum Beispiel aus einer Stimmung heraus zwar schnell geschossen und veröffentlicht, aber ein Zurückholen nicht mehr möglich. In den Taschenkarten für die Sanitäts- und Rettungskräfte bei Großveranstaltungen lautet der Hinweis: „Das Internet vergisst nichts“.

Gibt die Einsatzleitung zum Beispiel vor dem Public Viewing eines WM-Fußballspiels in einer Presse-Information Tipps zum richtigen Verhalten – wie auf ausreichende Flüssigkeitszufuhr zu achten, feste Schuhe gegen Glassplitter anzuziehen und Kopfbedeckung zum Schutz vor einem Sonnenstich zu tragen –, hofft sie, dass dadurch weniger Menschen den Sanitätsdienst in Anspruch nehmen müssen. In einem „Pressespiegel“ berichtet der S5 der Einsatzleitung, welche Informationen die Medien aufgegriffen haben. Zugleich beobachtet er die Medien, um zum Beispiel die Nachricht eines vor Ort recherchierenden Journalisten, es klagten in einer Massenunterkunft Menschen über Übelkeit, an die Einsatzleitung weiterzugeben.

*Klaus Walraf*



## Rapid Deployment Systems für Wiederaufbauten in Katastrophengebieten

Dieser Beitrag beschreibt das geplante Konzept für leichte Bauten, die man relativ schnell errichten kann und die gleichzeitig als permanente Systeme konzipiert sind. Der Beitrag stellt außerdem einen Teil des Forschungsvorhabens im Rahmen des neugestalteten Fraunhofer-Zentrums für leichte, umweltgerechte Bauten dar, das in diesem Jahr an der TU Braunschweig gestartet ist.

Gemäß der Statistik der Vereinten Nationen (UN) leben über eine Milliarde Menschen in unzureichenden Unterkünften. Der UN zufolge stellt die Schaffung adäquater Wohnbedingungen eine fundamentale Lösung für die durch Flüchtlingskrisen ausgelösten Probleme dar. Die UN definiert die Nachhaltigkeit im Bau (Wohnbau) als eine der wichtigsten Prinzipien für die „Housing Policy“ [2] und

betrachtet den nachhaltigen Wohnungsbau ganzheitlich. Sie sieht die Nachhaltigkeit im Wohnbau als eine Chance für die Lösung der Flüchtlingskrisen [1, 3.]

Rapid Deployment Systems (RDS) für Wiederaufbauten in Katastrophengebieten ist ein Konzept, mit welchem man versucht, die Bauwerke einerseits schnellstmöglich zu errichten und andererseits gleichzeitig diese Lösungen für die Infrastruktur langfristig zu etablieren. Im Bauingenieurwesen im klassischen Sinne würden die Bauarbeiten Monate oder gar Jahre dauern, was in Katastrophengebieten nicht akzeptabel ist.

RDS wurden seit Langem mit militärischen Einsätzen verknüpft, wo die Geschwindigkeit des Ausbaus einen entscheidenden Parameter darstellt (shelters). Typischerweise dauert der Ausbau solcher Systeme oft nur wenige Minuten (inflatable systems, Zelte) und die Systeme können gleichzeitig Luftfeuchtekontrollsysteme beinhalten. Oft stehen für die Errichtung solcher Systeme in Krisengebieten nur Menschenkraft oder Autokräne zur Verfügung. Die RDS für Katastrophengebiete können in ersten Einsätzen ebenso wie beim Militär konzipiert werden, was als kurzfristige Lösung akzeptabel ist. Langfristig sind solche Lösungen allerdings nicht tragbar und mittelfristige Lösungen, die permanente Strukturen gestalten, werden benötigt. Die RDS für Wiederaufbauten in Katastrophengebieten müssen die folgenden Rahmenbedingungen erfüllen:

1. Die Vorbereitungen auf der Baustelle müssen schnell und einfach sein

2. Das System muss schnell transportabel sein
3. Das System muss schnell aufgebaut werden können (innerhalb einiger Tage bis zu einigen Wochen; entweder mittels Menschenkraft oder eines Autokranes )
4. Das RDS muss alle energetischen und mechanischen Systeme beinhalten und diese integrieren
5. Das System muss in die neu aufgebaute Infrastruktur im Katastrophengebiet integriert werden (von z.B. unabhängiger Stromversorgung zu externer Stromversorgung oder von Abwasserreinigungsanlagen zu Stadtkanalisationsnetzen, usw.). Das bedeutet, dass weitere Baumaßnahmen zur dauerhaften Gewährleistung des Systems eingesetzt werden müssen ( Fassaden, Anschlüsse für Energiequellen, Anschlüsse für Wasser/Abwasser usw.)
6. Das System muss dauerhaft und als permanentes Baupsystem angelegt werden
7. Das System muss resistent gegenüber zukünftigen Katastrophen sein (z. B. Erdbeben, Wind)
8. Das System muss flexibel gestaltet werden können, um multifunktional und gleichzeitig effizient zu sein (Baumöglichkeiten vom Wohnbau bis zum Krankenhaus)

Die oben definierten Rahmenbedingungen können durch die folgende Konstruktionsweise erfüllt werden:

1. Leichtbau
2. Hybride Bauweise
3. Modularität

Leichtbau und Modularität sind notwendig, um einen schnellen Transport sowie einen ebenso schnellen Aufbau zu gewährleisten. Den Leichtbau kann man als Gleichgewicht zwischen der Funktion und der Massendistribution verstehen. Die Funktion und Leichtigkeit können jedoch miteinander in Konflikt stehen. Daher sind Optimierungsverfahren notwendig, um z. B. die Masse-, Energiespeicher-, oder Steifigkeitsverteilung effizient gestalten zu können. Für den Leichtbau stehen praktisch nur zwei Materialien zur Verfügung: Holz und Holzwerkstoffe einerseits und Stahlprofile andererseits. Stahlbeton (inklusive z. B. Ultrahochfeststahlbeton) kann lokal verwendet werden, wird jedoch kaum die Bedingungen für den Transport, die Konstruktionsleichtigkeit und die Baugeschwindigkeit erfüllen.

Die Modularität ist essentiell für die Flexibilität des Systems und die Integration der Gebäudesysteme, die als modulare Systeme konzipiert sein müssen. Die Modularität ist kein

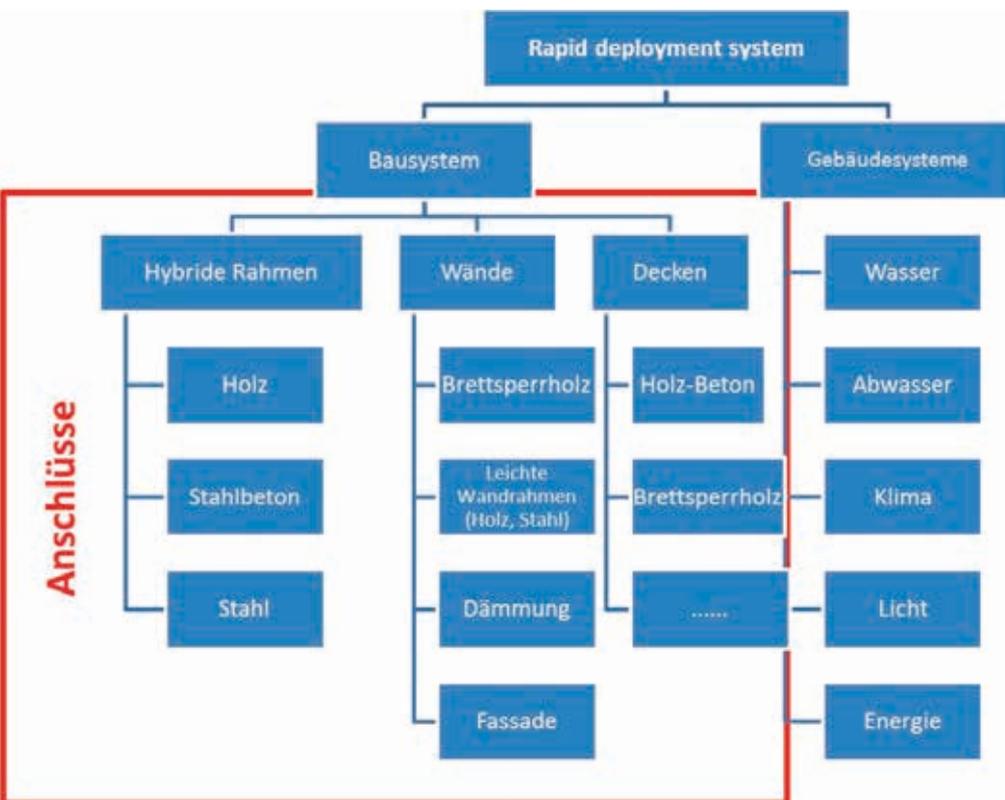


Abb.1: Schematische Darstellung der RDS-Komponenten.

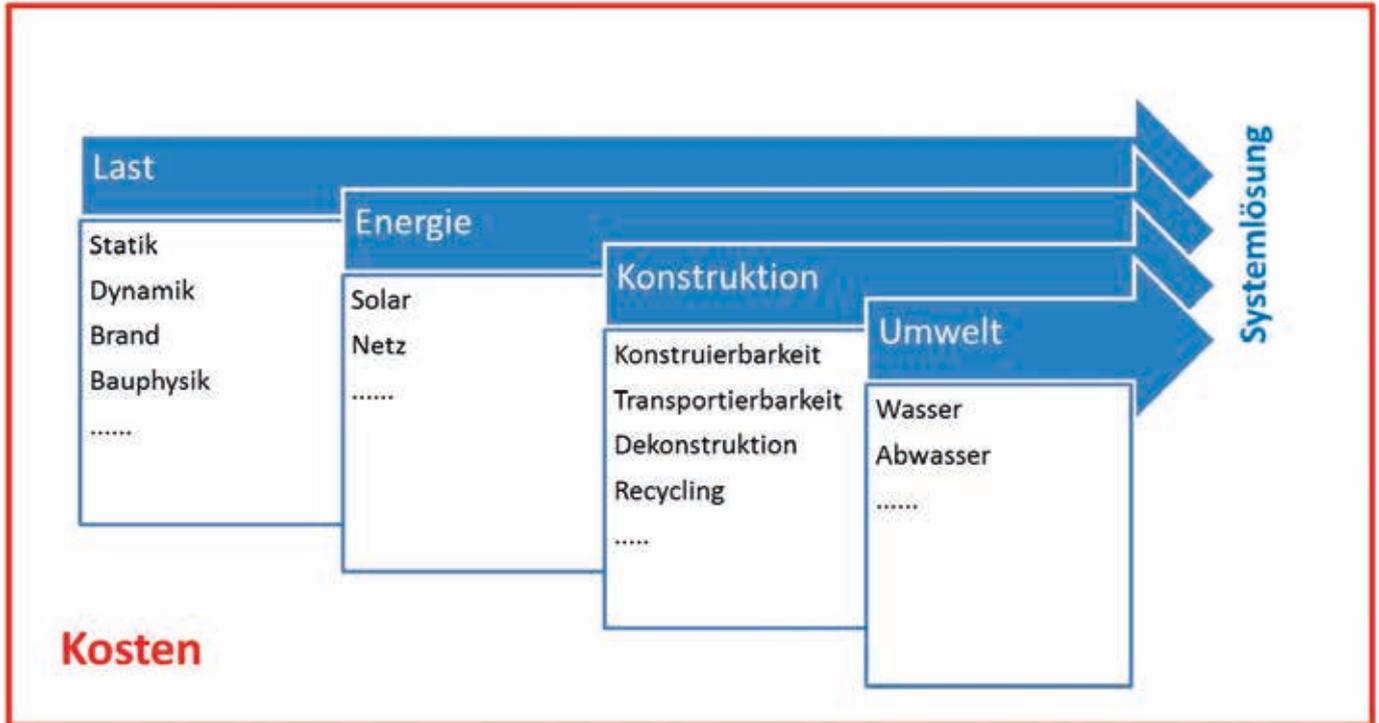


Abb.2: Schematische Darstellung der Herausforderungen an RDS.

Neukonzept im Bauwesen, sondern wurde in der Vergangenheit zumeist aus ökonomischen Gründen eingesetzt.

Eine hybride Bauweise ermöglicht es, verschiedene Materialien innerhalb eines Bauwerkes auszutauschen. Das ist wichtig, um die Massen, Steifigkeiten, Funktion und Kosten optimieren zu können.

Die Komponenten der RDS sind in Abbildung 1 schematisch dargestellt. Die RDS müssen alle definierten Herausforderungen für permanente Systeme erfüllen. Dazu kommen weitere Randbedingungen wie geringe Masse, extrem gute Transportfähigkeit, schnelle Bauzeiten und geringe Kosten. Diese Herausforderungen stehen potenziell miteinander im Widerspruch (Einfluss auf die Kosten), daher müssen systematische Optimierungsprozesse (Software) entwickelt werden (Abbildung 2).

Obwohl die Entwurfskriterien auf der Ebene der individuellen Komponenten und Subsysteme („component approach“) definiert sind, benötigt die Integration der zusätzlichen Kriterien einen neuen Systemansatz. Systemansätze gibt es bisher nur selten und die bislang verwendeten Ansätze auf Komponentenebene verhindern eine Optimierung.

*Bo Kasal, Fraunhofer WKI, Braunschweig*

#### Literatur

- [1.] A Year of Crisis. UNHCR Global Trends 2011. 2012 United Nations High Commissioner for Refugees. (Database: <http://www.unhcr.org/statistics/populationdatabase>).
- [2.] Adequate Housing for all Factsheet (28 June 2011). UN Habitat 2011. ([http://www.unhabitat.org/downloads-docs/10006\\_1\\_593992.pdf](http://www.unhabitat.org/downloads-docs/10006_1_593992.pdf))
- [3.] SUSTAINABLE HOUSING FOR SUSTAINABLE CITIES: A POLICY FRAMEWORK FOR DEVELOPING COUNTRIES. United Nations Human Settlements Programme 2012. ISBN: 978-92-1-132488-4. 82 p.

Prof. Dr.-Ing. Bohumil Kasal leitet das Fraunhofer-Institut für Holzforschung, Wilhelm-Klauditz-Institut (WKI) in Braunschweig und vertritt an der TU Braunschweig das Fachgebiet Organische Baustoffe und arbeitet in der Forschung für die zivile Sicherheit mit ARKAT und Schutzforum zusammen.

## Langjähriger Präsident des BZS Dr. Paul Wilhelm Kolb verstorben

Im Alter von 93 Jahren verstarb am 28. April 2014 Dr. Paul Wilhelm Kolb. Kolb war von 1969 bis 1985 Präsident des Bundesamtes für Zivilschutz (BZS), einer Vorgängerbehörde des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK).



Er prägte den Katastrophenschutz in Deutschland, begann seine Amtszeit doch kurz nach der Verabschiedung des „Gesetzes über die Erweiterung des Katastrophenschutzes“, mit dem eine Ära der Kooperation zwischen Bund und Ländern eingeleitet wurde. Kolb zeigte sich dabei als ein ausgewiesener Verfechter humanitärer Anliegen.

Unter seiner Leitung wurden die organisatorischen Strukturen ausgebaut, die Ausbildung der Helferinnen und Helfer geregelt, Fahrzeuge und Technik beschafft, zur Warnung der Bevölkerung das Netz der Sirenen ergänzt und der Selbstschutzgedanke weiter verfolgt.

In zahlreichen Veröffentlichungen hat er sich durchaus auch kritisch mit Themen auseinandergesetzt. So ging er z. B. der Frage nach, welche politischen Argumente das deutliche Missverhältnis bei den Ausgaben für die militärische und die zivile Verteidigung begründeten.

Sein Anliegen war es in erster Linie, der Bevölkerung praktische Hilfestellung bei der Bewältigung der Auswirkungen

eines möglichen Spannungs- und Verteidigungsfalles zu geben. Dabei versuchte er aber auch, wichtige Multiplikatoren und Institutionen für den Gedanken der Vorsorge zu gewinnen. Und dies in einer durchaus kritischen Zeit der aufkommenden Friedensbewegungen, als vielfach Zivilschutz mit Kriegsvorbereitung gleichgesetzt wurde.

Herr Dr. Kolb, Jahrgang 1920, in München geboren, gelangte über einen Umweg in den öffentlichen Dienst. Nach Jurastudium und Promotion arbeitete er als Anwalt und Syndikus, dann wechselte er in das Bundesministerium der Verteidigung. Nach verschiedenen Verwendungen in diesem Geschäftsbereich wurde ihm im Mai 1969 die Leitung des Bundesamtes für Zivilschutz übertragen. Er war ein sehr geschätzter Gesprächspartner in Bundes- und Landesbehörden. Dabei lag ihm insbesondere ein enger Kontakt mit allen im Katastrophenschutz tätigen Organisationen am Herzen. Er verfolgte schon damals den Gedanken des „Doppelnutzens“, der effizienten Verknüpfung von Zivil- und Katastrophenschutz. Ihm waren bundesweit einheitliche und länderübergreifende Strukturen – unabhängig von der Art der Bedrohung – für den Schutz der Bevölkerung ein wichtiges Anliegen.

Als Leiter der Behörde unterstanden ihm zum damaligen Zeitpunkt ca. 1.600 Beschäftigte in bundesweit 30 Dienststellen. Dazu gehörten auch die Katastrophenschutzschule des Bundes sowie 600 Ortsverbände mit 55.000 ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern des Technischen Hilfswerkes.

Nach seinem Ausscheiden 1985 engagierte sich Kolb u. a. im „Schutzforum“, dessen Gründer und Präsident er bis 1998 war. Dort diskutierten Experten aus unterschiedlichen Bereichen die Entwicklungen im Bevölkerungsschutz und gaben wichtige Impulse für Forschungsprojekte.

Sein Lebenswerk war das mehrbändige Werk „Katastrophenschutzpraxis“, das bei Fachleuten nur als „der Kolb“ firmierte. Es war über lange Jahre die umfassendste Sammlung von Rechtsvorschriften zum Bevölkerungsschutz.

Bei seiner Verabschiedung wurde Dr. Kolb mit dem Großen Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet. Eine Ehrung, die er sich wie kaum ein Zweiter für sein Engagement zum Schutz der Bevölkerung verdient hat.

### IMPRESSUM

Herausgegeben im Auftrag des Bundesministeriums des Innern vom Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK), Provinzialstraße 93, 53127 Bonn  
Postfach 1867, 53008 Bonn  
redaktion@bbk.bund.de  
<http://www.bbk.bund.de>

Redaktion:  
Ursula Fuchs (Chefredakteurin),  
Tel.: 022899-550-3600  
Nikolaus Stein,  
Tel.: 022899-550-3609  
Margit Lehmann,  
Tel.: 022899-550-3611  
Petra Liemersdorf-Strunk,  
Tel.: 022899-550-3613  
Layout: Nikolaus Stein

Bevölkerungsschutz erscheint vierteljährlich (Februar, Mai, August, November), Redaktionsschluss ist jeweils der erste Werktag des Vormonats.

Auflage: 30.000 Exemplare

Vertrieb:  
Bevölkerungsschutz wird kostenfrei geliefert. Bestellungen und Adressänderungen bitte an: [margit.lehmann@bbk.bund.de](mailto:margit.lehmann@bbk.bund.de)

Druck, Herstellung und Versand:  
BONIFATIUS Druck · Buch · Verlag  
Karl Schurz-Straße 26, 33100 Paderborn  
Postf. 1280, 33042 Paderborn  
Tel.: 05251-153-0  
Fax: 05251-153-104

Manuskripte und Bilder nur an die Redaktion. Für unverlangt eingesandte Beiträge keine Gewähr. Nachdruck einzelner Beiträge, auch im Auszug, nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung der Redaktion gestattet. Mit Namen gezeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers wieder und müssen nicht unbedingt mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.

Bei Nichterscheinen der Zeitschrift im Falle höherer Gewalt oder bei Störung des Arbeitsfriedens besteht kein Anspruch auf Haftung.

(Titelbild: NASA/Goddard Space Flight Center)

# Heute: Schloss Hartenfels, Sachsen



Als Burg bereits im 10. Jahrhundert errichtet, steht 15 m über dem Elbufer das Schloss Hartenfels. Im Jahre 1485, nach dem sich das sächsische Herrschergeschlecht der Wettiner in zwei Linien aufteilte, wurde das Schloss Hartenfels zur neuen Hauptresidenz der ernestinischen Linie von Kurfürst Friedrich III ausgebaut. Die damalige Albrechtsburg in Meißen wechselte in den Besitz der albertinischen Wettiner Linie. Bauleiter Konrad Pflüger verbaute im Schloss Hartenfels traditionelle spätgotische Elemente mit den aus Italien eingeflossenen fremden Renaissanceformen im 15. Jahrhundert. In den Jahren 1543/44 erweiterte Nikolaus Gromann einen Teil des Nordflügels durch Anfügung einer repräsentativen Schlosskirche. Sie wurde im Jahre 1544 noch von Martin Luther selbst eingeweiht. Der Innenraum dieses Sakralbaus ist ein 23 m langer, 11 m breiter, 14 m hoher richtungsloser Saal. Auf der Hofseite des Ostflügels befindet sich eine imposante fast 20 Meter hohe freitragende steinerne helle Wendeltreppe mit Brüstungen und Pilaster (pfeilerartiges Formelement) aus Elbsandstein. Als die Wettiner im Jahre 1547 ihre ständige Residenz in das Dresdner Schloss verlegten, begann der Zerfall des Schlosses. Im Jahre 1636 stand das Schloss unter schwedischem

Beschuss und wurde anschließend geplündert. Hartenfels wurde in der Folgezeit Lazarett, Arbeits-, Waisen- und Ir-



Im Innenhof am Schlossgebäude befindet sich die Wendelsteintreppe und der Hausmannsturm. Konstruktives Vorbild dieser architektonischen Neuinterpretation war der Wendelstein an der spätgotischen Albrechtsburg in Meißen. (Foto: wikipedia)

renhaus, Kaserne und Landgericht. Erst im Jahre 1771 setzte der sächsische Staat das Gebäude wieder notdürftig instand. Das Königreich Preußen übernahm im Jahre 1815 das Schloss und von diesem Zeitpunkt an, diente es der preußischen Verwaltung des neugebildeten Kreises Torgau. Heute erstrahlt Schloss Hartenfels wieder in seinem alten Glanz und beherbergt u. a. das Landratsamt des Kreises Torgau-Oschatz und im Flügel D, dem Albrechtsbau, Ausstellungsräume. Dort wurde u. a. im Jahr 2004 die 2. Sächsische Landesausstellung präsentiert. In den historischen Gewölben, dem Lapidarium unter der Schlosskirche und in der ehemaligen „Unteren Hofstube“ werden über 80 herausragende originale Zeugnisse der Bildhauer- und Steinmetzkunst des Schlosses präsentiert. Höhepunkt der sandsteinernen Bildwerke ist die Wappengalerie des weltberühmten Wendelsteins. Das Schloss Hartenfels zählt heute zu einer der ältesten und architekturgeschichtlich bedeutendsten Frührenaissance-Schlössern Deutschlands. Weitere Informationen erhalten Sie auf der Internetseite des Bundeslandes Sachsen unter:

[www.schloesserland-sachsen.de](http://www.schloesserland-sachsen.de)

ml



Die spindellose freitragende Treppenanlage des Großen Wendelsteins ist in ihrer künstlerischen und statischen Form einmalig und gehört zu den Denkmälern der Weltarchitektur. (Foto: resa/pixelio.de)

Bevölkerungsschutz  
ISSN: 0940-7154  
Bundesamt  
für Bevölkerungsschutz  
und Katastrophenhilfe  
Postfach 1867, 53008 Bonn  
PVSt, Deutsche Post AG,  
Entgelt bezahlt, G 2766



Aus diesem Anlass gibt es  
im Internet die Sonderseite:  
**[www.10-jahre-bbk.de](http://www.10-jahre-bbk.de)**



Über Glückwünsche und  
Grußworte würden wir uns  
freuen!